Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 403. Morgen-Ausgabe. Achtundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Dinstag, den 14. Juni 1887.

Der Unterricht in der Gesetzeskunde.

Die Anregung der Coburger Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, in den Fortbildungsschulen den Unterricht in der Gesetzeskunde einzuführen, hat in der conservativen Presse eine gewisse Aufregung erzeugt, welche wohl nur aus einer ungenügenden Prüfung des Sachverhaltes hervorgegangen ist. Manche Kreise haben einmal ein Vorurtheil gegen alle Vorschläge, an denen freisinnige Männer betheiligt sind. Und da nun die Leitung der genannten Gesellschaft, welche einst von Schulze-Delitzsch begründet ist, noch heute wesentlich in entschieden liberalen Händen liegt, so wird sofort der Verdacht rege, hinter dem Unterricht in der Gesetzeskunde lauere irgend ein unlauterer Zweck, wenn nicht gar der Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.

Thatsächlich ist der Vorschlag der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung weder neu noch politisch, weder gefährlich noch undurchführbar. Niemand verlangt, daß der junge Bürger, der die Volksschule verlassen hat, nunmehr zum Fachjuristen ausgebildet werde. Niemand denkt an die Interpretation von Stellen aus den Pandekten oder auch nur aus dem bürgerlichen Gesetzbuche durch Schüler von sechszehn Jahren. Aber giebt es nicht gewisse Grundregeln, welche zu kennen auch jedwedem Laien von Nutzen wäre? Soll denn das Gesetz des Landes Monopol einer einzelnen Kaste sein? Erzählt denn nicht Cicero, daß noch in seiner Zeit die Jugend in Rom die Bestimmungen des Zwölftafelgesetzes wie heilige Gedenkverse auswendig lernte? Und eine ähnliche Gepflogenheit sollte heute in Deutschland unmöglich und gefährlich sein?

Auf allen Gebieten der Wissenschaft sucht man heute die Ergebnisse der Forschung zum Gemeingut der Nationen zu machen. Wer sträubt sich gegen die Popularisirung der Naturwissenschaften?

Jedermann hält es für natürlich und nützlich, daß der junge Mensch schon in der Schule die Elektrisirmaschine kennen lerne. Je nun, gar zu tief dringt der Schüler auch in die Geheimnisse der Physik und Chemie nicht ein, wenn er dieselbe nicht später noch berufsmäßig studirt mit heißem Bemühen. Thut ihm aber im Leben die Kenntniß der Grundbegriffe des Rechts nicht ebenso noth, wie diejenige irgend einer anderen Wissenschaft? Und sollte es schwerer sein, die Elemente der Jurisprudenz volksthümlich zu machen als diejenigen der Statik und Dynamik?

Der Bürger ist im Staate Rechtssubject, er ist Person, also Träger von Rechten und Pflichten. Er miethet eine Wohnung — weshalb soll er nicht die Grundzüge des Miethsrechtes kennen lernen? Er nimmt Hypotheken auf — ist es undenkbar, ihm die Fundamentalbegriffe des Hypothekenrechtes beizubringen? Wir vermögen den Nutzen nicht abzusehen, den es für Staat und Gesellschaft mitbringen soll, daß der Bürger in Unkenntniß darüber bleibe, wie er über seinen Nachlaß zu verfügen, oder wie er einen Dienstvertrag zu machen, oder einen Wechsel auszustellen habe. In früheren Zeiten, da noch das Römische Recht in Deutschland herrschte, verzweifelte das Volk am Rechte überhaupt und stimmte in den Ruf ein: „Absit pestis et jus civile!“ Damals bethätigte sich die Meinung des Volkes von der Justiz in dem guten Rath:

> Wenn Du willst hadern um ein Schwein,
> So nimm eine Wurst und — laß es sein!

Die Wirkung dieser strengen Abgeschlossenheit der Juristen von den Laien aber war die Ursache einer unheilvollen Entfremdung zwischen Theorie und Praxis und eines tief gewurzelten Hasses der Nation gegen die „Doctoren“. Schon Ulrich von Hutten eiferte gegen das unverständliche Recht, Luther brandmarkte dasselbe in seinen Tischreden, und die aufrührerischen Bauern im Jahre 1515 verlangten: „Alle Doctoren der Rechten, sie seindt geistlich oder weltlich, sollen an keinem Gericht, bei keinen Rechten, auch in keines Fürsten oder anderen Räthen mehr gelitten, sunder ganz abgethan werden. Sie sollen auch fürbas hie vor Gericht und Recht nit weiter reden, schreiben oder rathgeben“, und in den Motiven ist gesagt: „Den Doctoren ist das Recht härter als den Laien verschlossen und kann ihr keiner einen Schlüssel dazu finden, bis beide Theile arm werden oder gar verdorben sind, die Doctoren der Rechte sollen aller weltlichen Rechte müßig stehen, darum, daß sie die Stiefväter und nicht die rechten Erben des Rechtes sind.“

Das waren die naturgemäßen Wirkungen der geflissentlich erhaltenen Unkenntniß des Volkes über sein Recht. Da war es der große Friedrich, der es in der Cabinetsordre vom 14. April 1780 als „sehr unschicklich“ bezeichnete, daß die Gesetze „in einer Sprache geschrieben sind, welche Diejenigen nicht verstehen, denen sie doch zu ihrer Richtschnur dienen sollen“. Und als dann seine großen Reformgesetze geschaffen wurden, welche zum Theil erst nach seinem Tode zur Verabschiedung gediehen, da verlangte die Regierung just dasselbe, was jetzt die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung fordert, ja noch mehr, daß nämlich die Grundzüge des bürgerlichen Rechts schon in den Volksschulen gelehrt werden. Wie wenig revolutionär dieser Gedanke der Popularisirung des Rechts ist, ergiebt auch die Thatsache, daß in Oesterreich bei der Abfassung des jetzigen bürgerlichen Gesetzbuches die Commission beantragte, dasselbe von den Kanzeln dergestalt bekannt zu machen, daß nach jeder Predigt etliche Hauptstücke verlesen würden.

Gilt die Nothwendigkeit des Unterrichtes in der Gesetzeskunde schon für das Privatrecht, wie viel mehr nicht für das öffentliche Recht! Jeder Bürger wird politischer Wähler, er wird vielleicht zum Schöffen-, zum Geschworenen-Amte einberufen; er kann zum Stadtverordneten, zum Amtsvorsteher gewählt werden; er hat mit dem Standesamte, mit den Verwaltungsbehörden zu thun — muß ihm nicht in allen diesen Fällen eine gewisse Gesetzeskenntniß vom größten Nutzen sein? Er soll in der Fortbildungsschule so wenig zum Juristen ausgebildet werden, wie der Laie, der lernt, die erste Hilfe bei Unglücksfällen, bei Verwundungen zu leisten, zum Arzte ausgebildet werden soll. Aber daß der Bürger, auch ohne zünftig die Rechtswissenschaften zu studiren, doch die Grundbegriffe des Rechtes kennen lerne, ist um so nothwendiger, als die gesammte Rechtssicherheit auf dem Principe beruht, daß sich Niemand mit der Unkenntniß der Gesetze entschuldigen könne.

Der Unterricht in der Gesetzeskunde hat mithin mit Partei und Politik nichts zu schaffen; seine Durchführung kommt nicht einer einzelnen Richtung zu Gute, noch kann sie einer einzelnen Richtung Abbruch thun. Der Vorschlag ist ein Ergebniß des thatsächlichen Bedürfnisses — auch keineswegs lediglich in Deutschland. Schon im Jahre 1878 hat Dr. Emil Steinbach, unseres Wissens gegenwärtig Sectionschef im österreichischen Ministerium, im wissenschaftlichen Club zu Wien einen Vortrag gehalten, in welchem er auf das Dringendste empfahl, „daß auch für die minder gebildeten Bevölkerungsklassen wenigstens soviel vom Rechte gelehrt werde, als für ihre Zwecke geradezu unentbehrlich ist, so z. B. in den Lehrlingsschulen die rechtlichen Grundsätze in Betreff jener Verträge, welche im geschäftlichen Verkehr regelmäßig vorkommen, und die Hauptbegriffe des Wechselrechtes, in den Fortbildungsschulen auf dem Lande hingegen das Essentielle des Immobiliarsachenrechtes und des Grundbuchwesens u. s. w.“

Es ist eine Uebertreibung, wenn man thut, als solle jeder Besucher der Fortbildungsschule zu einem Gajus oder Tribonian auswachsen. Nur den dringendsten Anforderungen des praktischen Lebens soll genügt werden, zum Besten des Bürgers wie des Staates. Daß aber die Durchführung dieses Gedankens sehr wohl möglich ist, hat der Große Berliner Handwerker-Verein gezeigt, welcher schon seit Jahr und Tag in seiner Schule mit gutem Erfolge einen Cursus für Gesetzeskunde eingerichtet hat. In seinen Angriffen auf die Laien in der Rechtspflege hat ein oft genannter Staatsanwalt gespottet, daß die Geschworenen auch nicht einen Anflug von den ersten Rechtsbegriffen zeigen. Nun denn, hier ist Rhodus! je mehr der Elementarunterricht in der Gesetzeskunde gefördert wird, um so besser werden die Bürger ihre Pflichten erfüllen, und im Uebrigen hat Steinbach mit Recht dasjenige Staatswesen ein trauriges genannt, in welchem nur die Soldaten Muth, nur die Beamten Patriotismus und nur die Juristen Rechtsgefühl besäßen.

Deutschland.

⊙ **Berlin**, 12. Juni. [Die zweite Lesung des Branntweingesetzes.] Im Reichstage herrscht der rege Wunsch, die Session am nächsten Sonnabend zu schließen. Allein morgen beginnt erst die zweite Lesung des Branntweinsteuergesetzes, zu dem eine große Reihe von Abänderungsanträgen vorliegt. Einzelne derselben sind für weite Kreise von einschneidender Bedeutung, beispielsweise hinsichtlich der Hintansetzung der gewerblichen Brennereien, hinsichtlich des contingentirten Quantums für die süddeutschen Staaten, hinsichtlich der Beihilfen zur Rectification und endlich hinsichtlich der Nachversteuerung. Ob das Plenum irgendwelche Aenderungen acceptiren wird, läßt sich noch nicht ermessen. Aussichtsvoll erscheinen jedoch wenigstens die Anträge auf Beseitigung der Reichszuschüsse zur Rectification und auf Beseitigung oder Milderung der Nachsteuer. Die Regierung hatte solche Zuschüsse weder gefordert noch gewünscht; in der Commission hatte man nicht gleich die Tragweite der Anregung des Herrn Miquel übersehen und nicht gewußt, daß in Deutschland über hundert Millionen Capitals in Fabriken angelegt sind, welche sich mit der Reinigung des Spiritus beschäftigen. Die Existenz dieser Fabriken ist aufs Spiel gesetzt, wenn fortan die Reinigung des Spiritus ganz oder theilweise auf Reichskosten geschehen soll. An sich ist es gewiß nothwendig, daß nur gereinigter Branntwein zum Consum verabreicht werde. Allein es genügt, wenn das Gesetz diesen Grundsatz ausspricht und alsdann den Gewerbetreibenden überläßt, für die Reinigung selbst zu sorgen. Giebt die Commission in Sachen des Reinigungszwanges der Regierung mehr, als dieselbe fordert und braucht, so hat sie in Sachen der Nachsteuer allerdings weniger gegeben, als die Regierung fordert, aber immer noch mehr, als sie braucht. Für diesen Beschluß, alle am 1. October d. J. vorhandenen Vorräthe mit 30 Mark pro Hektoliter Alkohols zu versteuern, fehlt es an jeder Analogie in der Geschichte. So lange der Termin vom 1. April 1888, wie ihn die Vorlage angenommen hatte, in Frage kam, trat die Rücksicht auf die geschlossenen Verträge in den Hintergrund; denn nur vereinzelt sind wohl Lieferungsverträge über den März nächsten Jahres hinaus geschlossen worden. Allein zum October d. J. sind hunderte und tausende Lieferungen abgeschlossen worden. Wer trägt nun die Nachsteuer? Es ist in der Commission diese Frage auch an den Finanzminister gerichtet worden. Derselbe hat sich jedoch einer Antwort entzogen, indem er meinte, das möchten die Gerichte entscheiden. Allein es wäre gefährlich, jeden Lieferungsvertrag zum Gegenstand des Processes zu machen. Erstlich können die Gerichte verschieden urtheilen, zweitens hat nicht Jedermann Muße und Geld zur Proceßführung, drittens kann diese Art der Entscheidung eines Zweifels nur Unfrieden stiften. Nach Lage der Sache ist die Entscheidung der Gerichte mit einiger Sicherheit vorauszusehen. Der Verkäufer muß den Spiritus zu dem vereinbarten Preise liefern; ob er seinerseits aber für den Spiritus Maischraumsteuer oder Nachsteuer oder Lagergeld oder was sonst bezahlt hat, das kümmert den Käufer nicht im mindesten, so wenig wie es ihn kümmern würde, ob der Verkäufer etwa den Spiritus geschenkt erhalten hat. So lange also die Waare beim Verkäufer und derselbe nicht berechtigt ist, den Käufer zur vorzeitigen Abnahme zu zwingen, muß er, der Inhaber des Spiritus, mit dem allein der Fiscus zu thun hat, die Steuer zahlen, ohne sie irgend abwälzen zu können. Das ist nun allerdings so ungeheuerlich, daß man nicht annehmen kann, der Reichstag werde diesen Ruin zahlreicher Geschäfte gutheißen. Entweder die Nachsteuer muß ganz fallen, oder sie muß wenigstens für die Verträge, welche vor Erlaß des Gesetzes gemacht waren, beseitigt werden. Es ist aber ferner die gerechte Durchführung der Nachsteuer schlechthin unmöglich, und zwar besonders hinsichtlich der fertigen Getränke, deren Alkoholgehalt in den meisten Fällen garnicht zu ermitteln ist außer durch chemische Analysen. Wie sollen an einem Tage in nahezu 400 000 Geschäften die Alkoholbestände aufgenommen werden? Woher sollen die Geschäfte auch nur die Gefäße zum Ummessen nehmen? Woher sollen die Beamten zu dieser Riesenarbeit kommen? Eine sorgfältige Nachbesteuerung ist garnicht denkbar, eine oberflächliche aber öffnet der Willkür, dem Unterschleif, der Unredlichkeit Thür und Thor und lähmt auf lange Zeit hinaus das reelle Geschäft. Es wird mithin auch für die fertigen Getränke, wenigstens soweit sie dem gewöhnlichen nachgewiesenen Vorrathe entsprechen, eine Ausnahme von der Nachbesteuerung gemacht werden müssen. Alle diese Anträge werden ohne Zweifel zu langen und lebhaften Debatten führen. Dazu kommt noch die Anregung der freisinnigen Partei bezüglich der Aufhebung des Kaffeezolles, welche wenigstens ein gewisses Entgelt für die Vertheuerung des Branntweins wäre. Nun herrscht auch über die Zuckersteuer unter den Mehrheitsparteien keine Einigkeit, und die nationalliberale Partei droht, das Zustandekommen des Branntweingesetzes von dem Zustandekommen des Zuckergesetzes abhängig zu machen: unter diesen Umständen scheint, selbst von allen anderen Gesetzentwürfen abgesehen, welche noch erledigt werden sollen, die Hoffnung, daß Sonnabend der Schluß der Session erfolgen könne, vorläufig als eine eitle; es wird sich dieselbe vielmehr der Voraussicht nach etwa bis zum 24. Juni hinziehen.

[Parlamentarisches.] Die Commission des Reichstags zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betr. die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen hat die Vorlage mit wenigen Abänderungen angenommen und den Abg. Dr. Witte zum Referenten bestellt. Das Gesetz soll am 1. Mai 1888 in Kraft treten. Die Farbstoffe und Farbezubereitungen, welche Dinitrokresol enthalten, sind nicht gesundheitsschädlich im Sinne dieses Gesetzes. Der Reichskanzler wird ermächtigt, nähere Vorschriften über das bei der Feststellung des Vorhandenseins von Arsen und Zinn anzuwendende Verfahren zu erlassen.

[Eine Versammlung der Christlichsocialen und Antisemiten] tagte vorgestern in der Tonhalle. In derselben sprach Hofprediger Stöcker über das Thema: „Das Berliner Judenthum und die nationalen Parteien.“ Der Redner sagte: Die Berliner Bewegung habe durch die letzten Reichstagswahlen gelitten, aber man könne nicht dafür, wenn gewisse Leute von gewisser Seite Geld annehmen. Das Judenthum habe sich in die Bewegung hineingemischt, und es stelle sich nach Lage der Verhältnisse nicht auf die Seite der Reichsfeinde, das sei klug von ihm. Dennoch müsse man die Juden von der Bewegung zurückweisen, da die Professoren Goldschmidt und Lazarus sich gleich nach den Wahlen Unarten gegen die antijüdische Bewegung hätten zu Schulden kommen lassen. Allerdings hätten sie sich um die nationale Bewegung Verdienste erworben und dafür wisse man ihnen Dank; sie hätten manche gute Ansicht zu Tage gefördert, sich aber widersprochen, da sie einerseits zugegeben, daß die Fortschrittspresse mit Entstellungen arbeite, andererseits aber die Berichte in derselben als baare Münze nehmen. Alles was Prof. Goldschmidt an der Fortschrittspartei tadele, habe man beseitigen wollen, darum sei die Bewegung entstanden. Nicht recht wäre es daher, wenn derselbe ihn (Redner) einen sittlich verwerflichen Demagogen nenne, es würde ihm nicht einfallen, Prof. Goldschmidt so zu bezeichnen, und unter den Christen, die Prof. Goldschmidt als mit ihm einverstanden bezeichnet, würden wohl sehr viel jüdische Convertiten sein. Auch Prof. Lazarus komme mit Verachtung, da könne man sagen, wenn der Professor sich in seiner Studirstube entrüsten könne, könne es der Hofprediger auch. Prof. Delitsch in Leipzig sei einer der größten Gegner der antisemitischen Bewegung, aber was er in seinen Broschüren über die Juden gesagt habe, lasse in ihm, der den Antisemitismus als die Bekämpfung des Bösen mit Bösem bezeichnet habe, den vaterlandsliebenden christlichen Deutschen erkennen. Der Kampf sei von jüdischer Seite provocirt durch das Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung gegenüber. Nicht wahr wäre es, daß die Juden sich in Deutschland assimilirten, das bewiesen die hebräischen Inschriften an den Läden; sie bildeten immer noch eine Nation, und bei strengen Juden sei eine Ehe mit Nichtjuden wegen des jüdischen Essens nicht möglich. Solch mathematischer Beweis müsse einem Professor verständlich sein. Auch machten die Juden nicht alle Arbeiten der Nation mit, sondern nur die leichteren und einträglicheren, das sei kein Aufgehen in die Nation, darum verlange Luther schon, daß man ihnen den Dreschflegel in die Hand geben solle. Redner wendet sich dann gegen die freie Advocatur und meint, daß die Beseitigung derselben spruchreif für die Gesetzgebung sei; die Richter und Anwälte wären dafür. Man stelle über den Kosmopolitismus die nationale Idee, obgleich man auch für Gleichstellung der Menschen, die ein Recht darauf haben, sei. Betrachte man die Arbeitgeber Berlins, so finde man, daß 73 pCt. derselben jüdisch seien. Diese hätten am Sonnabend Feiertag, aber sie ließen ihre nichtjüdischen Leute vielfach arbeiten und ebenso des Sonntags, denn dieser sei für sie kein Feiertag. Außerdem habe ein Großcapitalist nicht das Recht, sich an die Spitze der Socialdemokraten zu stellen und die Arbeiter aufzuhetzen. Der deutsche Michel wäre nur noch nicht völlig erwacht, sonst würde es nicht mehr geschehen können, daß den Juden aus Rücksicht auf sie Vortheile gewährt würden. Wenn das Schächten eine Thierquälerei sei, müsse es abgeschafft werden. Bei einem Verhalten wie das der Professoren Lazarus und Goldschmidt könnten die jüdischen Schwachheiten nicht beseitigt werden. Nachdem der Antisemit Herr Blavier noch bemängelt hatte, daß von den Conservativen bei der Schächtungsdebatte im Reichstag keiner das Wort genommen und den reinen Antisemitismus, der die Bekehrung der Juden verwerfe, betont hatte, entgegnete der Vortragende, daß man die Unrichtigkeit dieses Standpunktes an Männern, wie z. B. Stahl, beobachten könne. Bezüglich des Schächtens habe Dr. Böckel recht gehabt. Nachdem noch ein Herr Bartschis sich im Sinne des Vorredners Blavier ausgesprochen, schloß diese letzte „christlich-sociale“ Versammlung vor den Ferien.

[Reichsgesetzliche Regelung des Verkehrs mit Bier.] Am 13. d. M. werden im Reichsgesundheitsamte und unter dem Vorsitze des Directors desselben, Geheimen Raths Köhler, Sachverständige zusammentreten, welche die Frage erörtern sollen, ob es sich empfehle, eine reichsgesetzliche Regelung des Verkehrs mit Bier in Aussicht zu nehmen. Bejahenden Falls sollen die Gesichtspunkte besprochen werden, welche bei dieser Regelung vom gesundheitlichen und wirthschaftlichen Standpunkt in Betracht zu ziehen seien, und zwar in Bezug auf die einzelnen Bestandtheile, Hilfsmittel und Verfahren bei der Herstellung und Aufbewahrung, sowie dem Vertriebe des Bieres. In Köln hat gestern schon eine rheinisch-westfälische Brauerversammlung stattgefunden, um zu der Frage Stellung zu nehmen. Wie die „Voss. Ztg.“ meldet, beschloß dieselbe beim Reichsgesundheitsamt zu beantragen, bei der Bierbereitung nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser zuzulassen, alle Surrogate aber auszuschließen, insbesondere Maltose und Salizyl. Die Beschlüsse vertritt der als Sachverständiger einberufene Director der Altenburger Bierbrauerei.

[Ein Frühlingsfest in Berlin.] Zum Besten der Feriencolonien fand am Sonnabend im Ausstellungspark ein „Frühlingsfest“ statt. „Gedenket der armen, schwächlichen Kinder“ las man an den zahlreich im Garten angebrachten Sammelbüchsen des Vereins. Um 5 Uhr wurde die Festlichkeit durch Concert von 3 Musikcapellen eröffnet. Aber schon drängte sich das Publikum nach dem großen Platz vor dem Pergamon-Panorama, woselbst der Erk'sche Männergesangverein Aufstellung nahm, um trotz des den Sängerkehlen feindlichen Boreas ein gewähltes Programm zu absolviren. Zehn Minuten vor 6 Uhr ging eine Bewegung durch die Menge; die Frau Kronprinzessin erschien in Begleitung der 3 Prinzessinnen und des Erbprinzen sowie der Erbprinzessin von Meiningen, von den Anwesenden auf das Ehrfurchtsvollste begrüßt. Empfangen wurden die Herrschaften zunächst vom Abg. Director Schrader. Bald darauf erschienen auch Stadtrath Borchardt und Syndicus Eberty, um ebenfalls der Kronprinzessin und den Herrschaften den Dank für deren Erscheinen auszusprechen. Die Herrschaften begaben sich zuerst nach dem in der Osteria arrangirten Bazar, woselbst man für gutes Geld Quincaillerien kaufen, einen wärmenden Trunk erstehen konnte. Die Kronprinzessin wandte sich hier an Herrn Sanitätsrath Ehrenhaus und erkundigte sich theilnehmend nach dem Wohlergehen der in seiner Anstalt untergebrachten Zöglinge. Die Frau Kronprinzessin ließ sich bei dieser Gelegenheit auch Herrn Zweig, den Vertreter des Pächters des Ausstellungsparks, vorstellen, welcher den

Park für den gedachten Zweck bereitwilligst zur Verfügung stellte. Von der Osteria begaben sich die Herrschaften nach dem Platz vor dem Panorama, und in diesem Moment ließ der Sängerchor Kreutzers Composition des Uhland'schen Liedes „An das Vaterland" ertönen. Nachdem der Gesang verklungen war, zog die Frau Kronprinzessin die Mitglieder des Vorstandes in die Unterhaltung und drückte u. a. im Namen des Kronprinzen dessen Bedauern aus, dem Feste nicht beiwohnen zu können, sie selbst aber freue sich herzlich, einmal wieder mitten unter ihren Berlinern weilen zu können. Alsdann begaben sich die Herrschaften nach dem Speisesaal, während die Zigeuner-Capelle ein „Mikado-Potpourri" und den „Radetzky-Marsch" spielte. Nach mehr als einstündiger Anwesenheit verließen die Fürstlichkeiten den Park und die Kronprinzessin nahm noch einmal Anlaß, ihrer Befriedigung die wärmsten Worte zu leihen. Die bis dahin vorherrschend gewesene feierliche, der Etiquette entsprechende Haltung des Publikums wich nunmehr einer freieren Bewegung desselben, und nun entwickelte sich im Park ein großstädtisches Bild. In der 10. Stunde wurde die Aufmerksamkeit der Anwesenden noch einmal auf einen Punkt concentrirt, nämlich auf die Altane des Pergamon-Panoramas, woselbst lebende Bilder gestellt wurden. Dieselben stellten dar: 1) den Triumphzug einer Königin: Die Königin befindet sich auf einem Triumphwagen, den Sclaven vorwärts bewegen, während eine große Menge Volk der Königin huldigend den Wagen umgiebt. 2) Dankopfer: Reigen der Priesterinnen. 3) Apotheose: Die Büste Kaiser Wilhelms umgeben von Bürgern und Soldaten, welche zu ihr begeistert und voll Ehrfurcht emporblicken. Sämmtliche Bilder wurden von der Kuppel des Speisesaales aus von mächtigem, zeitweilig farbenwechselndem elektrischen Licht beschienen und erzielten einen großen Erfolg, der sich bei dem Schlußbilde zu einer erhebenden Demonstration steigerte. Ein Festblatt fand zahlreiche Käufer, da verlautete, daß sich hervorragende Schriftsteller Berlins an der Mitarbeiterschaft betheiligt hätten.

[Die Prager Universität.] Der Bundesrath hatte sich in seiner vorgestrigen Sitzung mit einer in den zuständigen Ausschüssen vorberathenen Eingabe zu beschäftigen. Sie war von einer Studentenversammlung in Halle ausgegangen und trug eine große Anzahl von Unterschriften von Angehörigen aller Facultäten. Das Gesuch ging dahin, daß den Studirenden des Deutschen Reiches die auf der Universität Prag verbrachte Zeit, gleich als ob sie auf deutschen Universitäten zugebracht wäre, in Anrechnung gebracht werde. Begründet war das Ansinnen damit, daß eine derartige Bestimmung wesentlich dazu beitragen werde, die Zahl der deutschen Studenten der Prager Hochschule zu erhöhen, und somit den Bedrängnissen, welche das Deutschthum dort immer mehr finde, Einhalt zu thun. Man erinnert sich wohl noch der vorjährigen Anregung aus studentischen Kreisen, in Schaaren, wie einst Studenten von Prag auszogen und die Universität Leipzig gründen halfen, jetzt dahin zu ziehen und der Hochschule gegenüber dem vordringenden Czechenthum den Charakter einer Pflanzstätte deutscher Cultur nicht völlig nehmen zu lassen. Der Bundesrath wäre staatsrechtlich höchstens in Bezug auf das Studium der Mediciner in der Lage gewesen, den Wünschen der Gesuchsteller förderlich zu sein; die Regelung des Studiums in den anderen Facultäten ist ausschließlich Sache der Einzelstaaten. Unter allen ausländischen Universitäten aber für Prag eine Sonderstellung einzuführen, lediglich aus politischen Gründen, war der Bundesrath nicht in der Lage.

[Ein auf mysteriöse Art ausgeführter Diebstahl] war es, welcher die 3. Strafkammer hiesigen Landgerichts I längere Zeit beschäftigte. In den Geschäftsräumen des deutschen Offiziervereins, Dorotheenstr. 77/79 wurde in der Zeit vom 6. März Nachmittags bis zum 7. März Morgens ein Einbruchsdiebstahl verübt, bei welchem aus den erbrochenen Pulten eine Summe von 1988 M. entwendet worden ist. Der Diebstahl war insofern merkwürdig, als sämmtliche Thüren beim Verlassen der Localitäten wohl verschlossen worden waren, und auch in demselben Zustande wieder aufgefunden wurden, trotzdem es sich herausstellte, daß der Dieb eine ganze Anzahl von Thüren geöffnet haben mußte, um bis zu dem Bureau zu gelangen. Es wurde nämlich festgestellt, daß der Dieb zweifellos die in der ersten Etage belegenen Räume auf verbotenem Wege erreicht, dort mehrere Thüren geöffnet hat und schließlich an einem Seile sich durch einen Lichtschacht in die Parterre-Räume hinabgelassen hat. Nach Ausübung des Diebstahls hat der Einbrecher sämmtliche Thüren wieder sorgfältig verschlossen und ist auf demselben mysteriösen Wege wieder unsichtbar geworden. Die Anklagebehörde hatte nun den im Offiziersverein als Portier und Packer beschäftigten Johannes Schmidt als den vermeintlichen Dieb gefänglich eingezogen und zwar weil derselbe im Besitze der sämmtlichen in Frage kommenden Schlüssel war und die bequemste Gelegenheit hatte, den Diebstahl auszuführen. Der Staatsanwalt hielt diese und die sonstigen herangezogenen Verdachtsmomente für so schwerwiegende, daß er 2 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten in Vorschlag brachte. Der Gerichtshof hielt aber mit dem Rechtsanwalt Wronker die vorgeführten Verdachtsmomente für viel zu wenig ausreichend und erkannte deshalb auf Freisprechung des Angeklagten.

[Karl Röpell †.] Aus Danzig kommt die Nachricht von dem Tode des Justizraths Karl Röpell, eines Führers der dortigen Liberalen von der Reactionszeit der 50er Jahre an bis Ende der 60er Jahre. Er war seit 1849 als Rechtsanwalt in Danzig thätig, begründete 1857 mit einigen Gesinnungsgenossen die liberale „Danziger Zeitung" und wurde 1862 neben Behrend und Kalau v. d. Hofe zum Vertreter des Wahlbezirks Danzig im Abgeordnetenhause gewählt. Hier schloß er sich mit seinen beiden Collegen der Fortschrittspartei an, nach den Ereignissen von 1866 war er einer der Begründer der nationalliberalen Partei. Er vertrat den Wahlkreis noch bis 1868, legte dann aber sein Mandat nieder und zog sich aus dem politischen Leben ganz zurück. Er war ein gründlicher Kenner des Bankwesens; von seinen praktischen Erfahrungen und von seinen Studien auf diesem Gebiete legen mehrere Schriften und Abhandlungen Zeugniß ab. Karl Röpell, welcher ein Alter von 80 Jahren erreicht hat, war der ältere Bruder des Geschichtsprofessors Dr. Richard Röpell in Breslau.

[Der II internationale Volapükisten-Congreß] findet am 6., 7., 8. und 9. August in München statt. Der I. Volapükisten-Congreß wurde in Friedrichshafen im Jahre 1884 abgehalten.

Posen, 11. Juni. [Zur Wiedereröffnung der Klöster. — Umzugskosten für Lehrer.] Wie dem „Kuryer Pozn." aus „bester" Quelle mitgetheilt wird, haben die bischöflichen Ordinariate sich damit einverstanden erklärt, daß nicht die geistliche Behörde in erster Reihe, sondern die Mitglieder der aufgelösten Congregationen bei der Regierung Anträge auf Gestattung der Wiederkehr und der Besitzergreifung von den früher besessenen Klöstern stellen sollen. — Dem „Pos. Tgbl." zufolge ist nach einer Bestimmung des Cultusministers die Gewährung einer Vergütung für Umzugskosten auf Grund des Gesetzes vom 15. Juli 1886, betreffend die Anstellung und das Dienstverhältniß der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen im Gebiet der Provinzen Posen und Westpreußen, dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Schulstelle, aus welcher die Versetzung erfolgt, außerhalb der vorgenannten Provinzen liegt.

Oesterreich-Ungarn.

X. **Wien**, 11. Juni. [Czechische Versöhnungsschalmeien. — Auszeichnungen für Parlamentarier. — Aufgehobene Confiscation.] Die Fehde, die zwischen Jung- und Altczechen am Schlusse der Reichsrathssession ausgebrochen ist und seither in den Zeitungsorganen wie in Vereinen eifrigst fortgesetzt wurde, hat auf Rieger und seinen Anhang einigermaßen ernüchternd gewirkt. Die Altczechen hatten geglaubt, indem sie Gregr und Genossen in ihrem bekannten Manifest gewissermaßen als „Verräther an der Nation" hinstellten, einen Sturm der Entrüstung gegen diese ungeberdigen Elemente hervorzurufen und ihnen auf diese Weise jeden Boden in der czechischen Bevölkerung zu entziehen. Allein wie der Erfolg zeigte, hat man sich darin geirrt. Gregr selbst hat in seinem Wahlbezirke Vertrauensvoten über Vertrauensvoten erhalten, Rieger aber, dem „verehrten Führer", dem „czechischen Deak", ward seitens der czechischen studirenden Jugend eine regelrechte Katzenmusik zu Theil, und die zu den Altczechen zählenden Universitätsprofessoren sahen sich genöthigt, ihre Beziehungen zu dem offen mit den Jungczechen sympathisirenden Leseverein der czechischen Hochschule bis auf Weiteres abzubrechen. Will man auf diese verschiedenen unliebsamen positiven Erscheinungen kein großes Gewicht legen, so ist doch jedenfalls die negative Erscheinung sehr beachtenswerth, daß die erwarteten Sympathiekundgebungen der Bevölkerung für Rieger und den Altczechen so gut wie ganz ausgeblieben sind. Nun steht die Session des böhmischen Landtages nahe bevor. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß die Bänke der Deutschen auch diesmal leer bleiben werden, die Czechen werden daher ganz unter sich sein. Darob wird aber den Altczechen in ihrem Innern recht bange. Die Abstention der Deutschen paßt ihnen an sich nicht in den Kram, sie paßt ihnen gegenwärtig noch weniger, weil sie bei Abwesenheit der Deutschen, des „gemeinschaftlichen Feindes", dem gegenüber man einig und geschlossen auftreten muß, ein agressives Auftreten der jungczechischen Fraction fürchten. Diese Gemüthsstimmung erklärt es, daß in der jüngsten Zeit Riegers Organe den Deutschen gegenüber wieder einmal versöhnlichere Töne anschlugen, sich anstellten, als ob sie den Curienvorschlag Schmeykals für discutabel hielten, um auf diese Weise die Deutschen, deren Mandate wohl bei den bevorstehenden Neuwahlen durchweg erneuert werden dürften, wieder in den Landtag zu locken. So viel ich in hiesigen Kreisen der Verfassungspartei höre, werden diese Lockungen ohne Erfolg bleiben. Man weiß aus oft gemachter Erfahrung, was hinter den süßlichen Versöhnungsphrasen der Czechen zu stecken pflegt und wird sich hüten, denselben auf den Leim zu gehen. Soll der Prager Landtag aufhören, ein Rumpfparlament zu sein, dann wird man sich schon bequemen müssen, den deutschen Böhmens mit besseren Garantien für ihre bedrohte nationale Existenz zu kommen, als mit einigen anonymen Zeitungsartikeln. — Das Amtsblatt hat vor einigen Tagen eine Reihe von Auszeichnungen für Mitglieder beider Häuser des Reichsraths publicirt. Dieselben gehörten durchwegs der Rechten an, und, wie aus einem in den officiösen Journalen gleichlautend enthalten gewesenen Commentar hervorgeht, erfolgten diese Auszeichnungen aus Anlaß des Abschlusses wichtiger parlamentarischer Arbeiten, insbesondere des Ausgleichs mit Ungarn. Es ist dies meines Erinnerns das erste Mal, daß Volksvertreter eingestandenermaßen für ihre Thätigkeit im Parlamente mit Titel und Orden belohnt wurden. Unter den Decorirten befand sich auch der clericale Graf Revertera, der einst österreichischer Botschafter in Petersburg war, dann der polnische Fürst Czartoryski, nebst zwei anderen Polen und zwei Czechen, deren Namen sich außerhalb Oesterreichs der größten Unbekanntschaft erfreuen. Die Hälfte der Decorirten sind übrigens Leute von höchst bescheidenen parlamentarischen Fähigkeiten, und ihre ganzen Verdienste bestanden darin, daß sie als Obmänner irgend eines Ausschusses fungirten oder ein Referat zu erstatten hatten, von dem es allgemein bekannt ist, daß nicht sie selbst, sondern irgend ein Ministerialrath es verfaßt hatten. — Die „Neue Freie Presse" wurde jüngst wegen einer die Finanzkunst des Herrn von Dunajewski scharf kritisirenden Artikels confiscirt; die erste Instanz hob die Beschlagnahme auf, der Staatsanwalt recurrirte und das Oberlandesgericht bestätigte die Entscheidung der ersten Instanz. Aehnliche Fälle sind in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, während es früher, auch noch in der Aera Taaffe, zu den größten Seltenheiten gehörte, daß eine Beschlagnahme nicht die Bestätigung des Richtercollegiums fand. Der Wandel sollte der Regierung zu denken geben. Die freie Ueberzeugung des Richterstandes in Ehren, aber Stimmungen üben auch auf Ueberzeugungen ihren Einfluß aus. Wäre es nicht möglich, daß sich des deutschen Richterstandes in Oesterreich, der sich durch die Aspirationen der Slaven auf den Aussterbeetat gesetzt sieht, eine Stimmung bemächtigt hat, die ihn Angriffe gegen Mitglieder des Cabinets nicht mehr mit jenen strengen Augen betrachten läßt, wie früher?

Frankreich.

s. **Paris**, 11. Juni. [Vom Ministerium Goblet. — „Vive la Pologne". — Gerücht.] Aus dem Schlusse der Regierungszeit des gefallenen Cabinets Goblet werden jetzt einige Thatsachen bekannt, welche ganz geeignet sind, die im Großen und Ganzen tadellose Führung der Geschäfte durch dasselbe in den Augen der Welt zu paralysiren und die von den Radicalen an sich im Gegensatz zu den Opportunisten gelobten staatsmännischen Eigenschaften als Unbestechlichkeit und starren Rechtssinn illusorisch erscheinen zu lassen. Da hatte zuerst der Justizminister Demôle eine Anordnung erlassen, die an die schlimmsten Zeiten der despotischen Willkür erinnerte. Es war nämlich den höheren Justizbeamten aufgegeben worden, nicht nur ihre Empfangslage, ihren Bekanntenkreis u. s. w. in einer Statistik für das Ministerium genau zu beschreiben, sondern auch über den Charakter ihrer Frauen und deren Einfluß auf sie selbst, sich auszulassen. Diese absurde und beleidigende Ordre war in der schönsten Befehlsform gegeben, so daß die Justizbeamten die Geheimnisse ihres Hauses der radical-demokratischen Regierung hätten mittheilen müssen, wenn nicht der neue Justizminister Mazeau diese den Grundsätzen der Republik in Bezug auf die Würde des einzelnen

---

Zola in Berlin.

„Therese Raquin" im Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.

Die erste Aufführung eines Dramas von Zola in Berlin und wohl auch in Deutschland ist gewiß ein literarisches Ereigniß, dem man ein allgemeines Interesse entgegenbringt. Denn welche Stellung man auch Zolas Schaffen gegenüber einnehmen mag, so kann man doch nicht umhin, von den Versuchen des Romaniers, auch auf dem Theater festen Fuß zu fassen, Notiz zu nehmen. Das Berliner Publikum muß daher dem Director Kurtz vom Ostendtheater (der gegenwärtig mit seiner Gesellschaft im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater ein einmonatliches Gastspiel giebt) Dank dafür wissen, daß er am gestrigen Tage den Versuch mit diesem Drama gewagt hat. Herr Kurtz war es ja auch, der es dem Berliner Publikum ermöglicht hat, das „Neue Gebot" von Wildenbruch auf einer Berliner Bühne zu sehen.

Es ist ein grauenhaftes Bild, welches Zola in seinem Drama entrollt. Er führt uns in eine Familie des niederen Bürgerstandes, die von dem Lande nach Paris gezogen. Die Mutter, Madame Raquin, hat einen kleinen Laden, ihr kränklicher Sohn Camille bekleidet eine niedere Beamtenstellung. Die Mutter hängt mit leidenschaftlicher Zärtlichkeit an dem Sohn; sie ist es auch, die ihm eine arme Verwandte zur Frau gegeben, die in ihrem Hause lebte. Diese aber, Therese, hat keine Zuneigung zu dem armen Camille, sie wünscht aus den kläglichen, engen Verhältnissen, in denen sie sich befindet, herauszukommen. Mit einem Freund ihres Gatten, der in ihrem Hause viel verkehrt, Namens Laurent — er war früher Maler und bekleidet zur Zeit des Stückes eine kleine Beamtenstellung, unterhält sie ein Liebesverhältniß. Die Worte des Geliebten: „Wenn Du Wittwe wärest" fallen wie ein Funke in ihre, nach Freiheit dürstende Seele. Sie reizt ihren Geliebten zur Ermordung ihres Mannes. Camille fordert beide zu einer Spazierfahrt auf; durch höhnische Bemerkungen veranlassen ihn Therese und Laurent, eine Kahnfahrt zu machen, trotzdem die Mutter trübe Ahnungen hegt. Soweit führt uns der erste Act. In dem zweiten, der ein Jahr später spielt, erfahren wir, daß der ruchlose Anschlag der Beiden geglückt ist. Laurent hat den Camille vom Kahn ins Wasser gestoßen; in den Augen der Welt aber gilt er als der opfermuthige Freund, der dreimal ins Wasser gesprungen ist, um Camille zu retten. Aber weder Therese noch Laurent können Ruhe finden, auf beiden lastet furchtbar die Erinnerung an das Geschehene. Laurent, in ein dunkles Zimmer geschickt, um ein Arbeitskörbchen zu holen, stürzt leichenblaß und verstört zurück, als ob er verfolgt würde. Einer der älteren Freunde der Familie räth der Madam Raquin, Therese, um sie zu trösten, mit Laurent zu verheirathen. Madam Raquin erklärt sich nach kurzem Bedenken mit dem Vorschlag einverstanden; Therese wird herbeigerufen und willigt nach scheinbarem Zögern und heuchlerischen Worten ein, ebenso Laurent. Der dritte Act spielt in der Nacht nach dem Hochzeitstage. Die übermüthigen Scherze einzelner Hochzeitsgäste, mit welchen der Act beginnt, contrastiren in furchtbarer Weise mit dem grauenhaften Schluß desselben. Als Therese und Laurent allein sind, gestehen sie sich, daß sie auf Glück nicht mehr hoffen können. „Wir lieben uns nicht mehr," ruft Therese aus, „das ist klar, wir haben die Liebe getödtet! Glaubst Du, ich fühlte es nicht, wie eisig Du in meinen Armen lagst. Lassen wir das. Es wäre grausig und abscheulich!" Als Laurent sie wieder in seine Arme schließen will, fällt sein Blick auf das von ihm selbst gemalte Portrait des Camille; er schreit erschreckt auf und reißt das Bild von der Wand, um es nicht mehr sehen zu müssen. Madame Raquin, die den Schrei gehört, kommt herbei, um zu sehen, was es giebt, als sie eintritt, hört sie, wie Laurent, der noch immer das Bild hält und es wider seinen Willen betrachtet, ausruft: „Es ist gräßlich — so sah er aus, als wir ihn ins Wasser stießen." Sie durchschaut sofort den Zusammenhang, stößt Verwünschungen gegen seine Mörder aus, aber die furchtbare Erschütterung raubt ihr die letzten Kräfte, vom Schlage getroffen, sinkt sie zusammen. Der vierte Act ist von dem dritten wiederum durch einen kleinen Zeitraum getrennt. Madame Raquin lebt, aber sie kann weder sprechen, noch irgend ein Glied bewegen. Laurent hat seine Stellung als Beamter aufgegeben und will sich ganz der Malerei widmen, aber die Leinwand, auf der er ein großes Gemälde für die Ausstellung entwerfen will, bleibt unberührt, und alle anderen Köpfe, die er entwirft, haben Aehnlichkeit mit Camille. Zwischen Laurent und Therese herrscht statt des erträumten Glückes Haß, Zwietracht und bitterer Groll. Dazu die stete schreckliche Furcht, daß Madame Raquin sie verrathen könne. Als die alten Freunde der Familie einmal wieder, wie früher, bei Madame Raquin sind, gewinnt diese für einen Augenblick die Fähigkeit des Schreibens zurück und beginnt, die furchtbare Thatsache niederzuschreiben. Aber nur die ersten Worte: „Therese und Laurent" vollendet sie, dann ist ihre Kraft erschöpft. Die beiden Schuldigen haben während dieses Vorganges Todesqualen ausgestanden; in dem auf diese Scene folgenden Gespräch zwischen Laurent und Therese, bei welchem Mad. Raquin zugegen ist, enthüllt sich das ganze trostlose Elend der Beiden. Jeder wirft dem Anderen die Unthat vor, den leidenschaftlichen Ausbrüchen Laurents setzt Therese ihr stereotypes: „Du hast ihn getödtet" entgegen. „War ich ein Schurke?" ruft Laurent aus, „ein rechtschaffener Mann, der Niemandem was zu Leide that. — Ich hätte keine Fliege tödten können.... Du hast aus mir ein wildes Thier gemacht. Ich war vernünftig, ich war friedliebend. Und jetzt zittere ich vor jedem Schatten wie ein verzagtes Kind. Ich habe dieselben elenden Nerven wie Du, ich, dem die Gesundheit aus allen Poren sah. Du hast mich zum Ehebruch, zum Mord geführt, ich merkte es nicht; und wenn ich jetzt zurückdenke, begreift mein blöder Geist noch nicht, was ich gethan habe; — doch wie Gespenster im Traum verfolgen sie mich stets, die Gensdarmen, die Gerichtsboten und die Henker." Laurent erklärt, zu dem Commissär des Viertels gehen und ihm die ganze Wahrheit gestehen zu wollen, aber er kehrt wieder zurück. Da läßt Mad. Raquin ein Messer vom Tisch fallen und richtet ihren Blick starr auf Therese; diese versteht sie. „Sie hat Recht. Dieser Mann macht mir das Dasein unerträglich. Wenn er nicht da wäre, um mich stets an das zu erinnern, was ich so gern vergessen möchte, ich könnte ruhig sein, ich könnte ein friedliches Leben führen. . . . Er hat Camille getödtet, weil er ihm im Wege war; jetzt ist er mir im Wege." Sie naht sich ihm mit dem Messer, um ihn zu ermorden; dieser hat unterdessen den gleichen Anschlag gefaßt und gießt Gift in ihr Glas. Jeder von beiden bemerkt das Vorhaben des Anderen; die schreckliche Uebereinstimmung der Gedanken ruft in ihnen die Erinnerung an frühere Zeiten wach. „Erinnere Dich Laurent," sagt Therese, „wie heiß wir uns geküßt haben in eben diesem Zimmer. Und jetzt stehen wir uns gegenüber mit Gift und Dolch." In diesem Augenblick erhält plötzlich Mad. Raquin ihre Sprache wieder. Als beide sie anflehen, sie nicht den Gerichten zu überliefern, erwidert sie, daß diese Strafe zu gelind sei; die menschliche Gerechtigkeit würde ihre Sünden sühnen. „Ich will Eurer langsamen Sühne beiwohnen . . . . die Gewissensbisse sollen Euch wie zwei wilde Bestien zusammenhetzen." Da greifen beide nach dem Giftfläschchen und sinken, nachdem sie daraus getrunken, entseelt zu Boden; Mad. Raquin aber schließt mit dem Ausruf: „O! sie sind meiner Rache zu bald entgangen!"

Auch bei der Bearbeitung dieses peinlichen und schrecklichen Stoffes zeigt sich wieder Zolas großes und unbestreitbares Talent. Mit außerordentlicher Kunst hat Zola es verstanden, zu schildern, wie der Gedanke des Mordes in der Seele der beiden Schuldigen erwacht, wie er sich dann schnell festsetzt und Beide dann zur Ausführung der entsetzlichen That schreiten. Mit der gleichen Virtuosität sind die Folgen des Mordes gezeichnet: der Haß, der nach und nach zwischen den beiden Mördern entsteht, die Furcht vor dem Gemordeten, die schreckliche Seelenangst, die sie von einem Ort zum anderen treibt, und die Feigheit, mit der Einer dem Andern die Schuld zuzuschieben sucht. Aber diesen Vorzügen des Dramas stehen ebenso viele schwere Mängel gegenüber. Weder der Charakter der Therese noch der des Laurent ist im Ganzen ordentlich herausgearbeitet. Weiter die Wahl des Stoffes: die trübe, schwere Athmosphäre, die über der ganzen Handlung liegt, kann man sich in der Erzählung noch allenfalls gefallen lassen, im Drama wird sie unerträglich und das dumpfe Mißbehagen, mit dem man die Romane Zolas aus der Hand legt, empfindet man hier in verstärktem Maße. Nirgends dringt ein Lichtstrahl in das tiefe Dunkel; überall nur Portraitirung einer trüben Wirklichkeit; die episodischen Figuren, Grivet und Michaud, die Freunde

Bürgers Hohn sprechende Anordnung widerrufen hätte. Ferner wird der Cabinetschef Rouvier in einer von 800 Post- und Telegraphenbeamten unterzeichneten Petition aufgefordert, einer schreienden Ungerechtigkeit entgegenzutreten, die sein Vorgänger in der Postverwaltung, Granet, das am meisten roth gefärbte Mitglied des vorigen Cabinets, in den letzten Tagen seiner Amtsführung begangen. Nachdem nämlich dieser unbestechliche Volksfreund mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage den unteren schlechtbesoldeten Beamten die im Budget vorgesehenen, alle zwei Jahre zu bewilligenden Gehalts-Aufbesserungen von je 100 Francs pro anno verweigert, hat er kurz vor seinem Sturze — andere sagen selbst während der Krise, als er noch interimistisch die Geschäfte führte — 69 900 Francs Gehaltserhöhungen für 39 Beamte, die nur 1 bis 1½ Jahre im Staatsdienste stehen, — darunter einem Journalisten, der als Chemiker fungiren sollte, 3000 Francs bewilligt. — Ueber die Urheberschaft des „Vive la Pologne" tobt jetzt, nachdem Herr Andrieux die Frage von Neuem angeregt hat, ein wilder Kampf in der Pariser Presse. Die Opportunisten leugnen jede Betheiligung Gambetta's in dieser Angelegenheit. Die Radicalen halten Andrieux' Darstellung mit der Einschränkung aufrecht, daß zwar Floquet an erster Stelle „Vive la Pologne" geschrieen, daß aber Gambetta bei Wiederholung dieses Rufes das den Czaren besonders beleidigende „Monsieur" hinzugefügt habe. Eine Vergleichung der Commentare der Journale vom Jahre 1868 über diesen Vorfall ergiebt als zweifellos, daß Floquet den Ruf „Vive la Pologne" ausgestoßen, während von einem hinzugefügten „Monsieur" allerdings nicht die Rede ist, Gambetta aber wird bei der Sache von den damals erscheinenden Zeitungen absolut nicht genannt! — Die Gerüchte, daß in diesem Jahre die Truppenrevue auf dem Longchamps gelegentlich des Nationalfestes am 14. Juli aus Furcht vor einer Demonstration für Boulanger in Wegfall kommen soll, erhalten sich. Jedenfalls ist Vorsicht im Falle einer derartigen militärischen Schaustellung geboten. Der ehemalige Kriegsminister ist von der Pariser Bevölkerung doch noch nicht ganz vergessen, ebenso wenig in der Provinz, wie dies verschiedene ärgerliche Vorkommnisse beweisen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 13. Juni.

Die Vorlage des Magistrats über den Ankauf des Alte Taschenstraße 30 und 31 belegenen Grundstücks der Cohn'schen Erben behufs Durchlegung einer Straße nach der Neuen Gasse und Errichtung eines Schulgebäudes war bekanntlich dem Grundeigenthums- und dem Bauausschuß übergeben worden. Diese beiden Ausschüsse empfehlen nunmehr, den Antrag des Magistrats auf Ankauf des Grundstücks, sowie auf Durchlegung der Straße abzulehnen.

Dieselben Ausschüsse empfehlen dem Plenum, den Beschluß über die Umwandlung des Lessingplatzes in Gartenanlagen so lange auszusetzen, bis der Magistrat den Bebauungsplan des ganzen Lessingplatzes incl. der Gasanstalt vorgelegt haben wird.

Den neuesten Vorlagen für die Berathungen der Stadtverordneten-Versammlung entnehmen wir Folgendes:

Bei der Verwaltung der polizeilichen Einnahmen und Ausgaben sind für das Etatsjahr 1886/87 4030,87 Mk. Mehrkosten erforderlich gewesen; es werden u. A. verausgabt an Besoldung zweier Thierärzte statt 2540 Mk. 5393 Mk., für Pockenimpfungen statt 3650 Mk. 3859,54 Mk., für Desinfectionen statt 580 Mk. 1309 Mk. Die Mehrausgaben sind verursacht u. A. durch die verschärfte Controle der Wochenmärkte, insbesondere der Fleischverkaufsstellen, sowie der Vieh- und Pferdemärkte; durch Maßregeln zur Vorbeugung gegen das Auftreten der Cholera. Die Kosten der öfteren Reinigung und der anhaltenden Desinfection der Schlammfänge haben allein ca. 900 Mk. betragen; an Entschädigungen für Mobilien, welche aus Anlaß zweier Cholera-Erkrankungsfälle auf sanitätspolizeiliche Anordnung vernichtet werden mußten, sind 177,80 M. gezahlt worden; die übrigen Kosten fallen auf die Desinfection aller städtischen und unter städtischer Verwaltung stehenden Grundstücke, Höfe, Bedürfnißstätten ꝛc. Im Allgemeinen gründen sich die Ueberschreitungen auf die mit der Zunahme der Bevölkerung umfangreicher gewordenen Geschäfte des Königl. Polizei-Präsidiums und insbesondere auf dessen erweiterte Maßnahmen zur Hebung der öffentlichen Gesundheitspflege.

Bei dem Neubau der Irrenstation des Allerheiligen-Hospitals (Göppertstraße) soll ein Eishaus errichtet werden. Das Eishaus ist für 180 cbm Eis projectirt und genügt bei der Annahme von 0,60 cbm Eisraum für einen Kranken für 300 Köpfe, es ist also bereits für eine Vergrößerung der Anstalt von 100 Köpfen ausreichend vorgesehen.

Von dem an der Göppertstraße neu zu errichtenden Armenhause sollen zunächst das Krankenhaus für 220 Männer und das Wohnhaus für 160 Männer errichtet werden. An Gesammtkosten des Baues des Armenhauses sind 1 169 000 Mark angesetzt, hiervon sollen zunächst 286 987,88 Mark für die gedachten beiden Baulichkeiten bereitgestellt werden. Das Krankenhaus bietet in 6 Sälen zu 20 Betten, 6 Sälen zu 12 Betten, 2 Sälen zu 8 Betten, sowie 1 Krankenzimmer zu 4 Betten und 4 Zimmern zu 2 Betten, Raum für 220 Männer, wobei in den größeren Sälen 7,50 bis 8 qm, in den Zimmern rund 10 qm Zimmerfläche für das Bett gerechnet sind, so daß bei einer lichten Geschoßhöhe von ungefähr 4 m 30 bezw. 40 cbm Luftraum auf den Kranken kommen. Sollte in der Folge das augenblickliche Verhältniß der Anzahl kranker und siecher, d. h. völlig arbeitsunfähiger Männer und der mehr oder minder arbeitsfähigen, welches eine größere Anzahl von arbeitsfähigen Männern aufweist, bestehen bleiben, so steht nichts im Wege, einen Theil des Krankenhauses, ein ganzes Stockwerk oder nur einen Saal auch arbeitsfähigen Häuslern einzuräumen. Das Wohnhaus enthält im Erdgeschoß und im I. Stockwerk 4 große Schlafsäle zu je 34 Betten, im I. Stockwerk außerdem 1 Saal zu 14 Betten und im Erdgeschoß 5 Einzelräume zu je 2 Betten, im Ganzen Raum für 160 Männer, die während der Tagesstunden in den im II. Stockwerk untergebrachten 3 Arbeitssälen zu je 50 Köpfen beschäftigt werden sollen, wobei vorausgesetzt wird, daß stets wenigstens 10 der Häusler arbeitsunfähig sind. In den Schlafsälen sind 6 qm, in den Arbeitssälen 4 qm auf den Kopf gerechnet, so daß bei einer lichten Stockwerkshöhe von rund 4 m 24 bezw. 16 cbm Luftraum auf den Kopf kommen.

Der Baumschulenbesitzer Guido von Drabizius hat dem Magistrat das Anerbieten gemacht, das früher den Hausbesitzer Kolewe'schen Erben gehörige, an der Oelsner- und Matthiasstraße, sowie am Ausgange der Blücherstraße gelegene Grundstück Nr. 27 Matthiasstraße, das jetzt in seinen Besitz übergegangen, in demjenigen Theile, der von den Fluchtlinien der verlängerten Blücher- und der Oelsnerstraße abgeschnitten ist, der Stadtgemeinde kosten-, schulden- und lastenfrei aufzulassen und, soweit dasselbe gegenwärtig eingezäunt ist, zur Straßenanlage freizulegen, wenn ihm die Stadtgemeinde dagegen einen Gesammtpreis von 1500 M. zahlt und das freigelegte Straßenterrain an der Kreuzung der Matthias-, Oelsner und Blücherstraße, ausschließlich der Bürgersteige, auf städtische Kosten straßenmäßig regulirt und demselben ferner das freie Anbaurecht an der Matthias- bezw. verlängerten Blücherstraße, sowie an der Oelsnerstraße in den vorgedachten Fluchtlinien zusichert. Der Magistrat befürwortet diese Offerte bei den Stadtverordneten.

Der Magistrat sucht das Einverständniß der Stadtverordneten-Versammlung damit nach, daß der Kämmereigutspächter Dr. Emil Bannert zu Ransern vom 24. Juni d. J. ab aus den zwischen ihm und der Stadtgemeinde Breslau über das Kämmereigut Ransern geschlossenen Pachtverträgen unter Rückempfang der von ihm hinterlegten Pachtcaution entlassen werde und an seiner Statt der Landwirth, Herr Alfred Ruprecht zu Illnisch, Kreis Neumarkt, in die vorgedachten Verträge als Pächter des Kämmereigutes Ransern unter Erneuerung der Pachtcaution eintrete.

* **Lobetheater.** Die „Münchener" beginnen Sonnabend, den 18., ihr Gastspiel mit „Der Herrgottschnitzer von Ammergau."

* **Der Hypnotiseur und Magnetiseur Rénau-Krause** tritt gegenwärtig im Concerthause auf. Herr Rénau-Krause hat seine Experimente vielfach vor Auditorien von Aerzten und Fachvereinen ausgeführt und, wie aus Zeugnissen, die wir eingesehen, ersichtlich, stets mit größtem Erfolge. So liegt uns u. A. ein Bericht in der „Saale-Zeitung" vor, welcher von einer Séance Günstiges mittheilt, die Herr Rénau-Krause im Halleschen Aerzteverein abgehalten hat.

—ä. **Vacante städtische Ehrenämter.** In nächster Zeit sind in vacante städtische Ehrenämter zu wählen: 1 Mitglied für den Vorstand der Commerzienrath Ernst Heimann'schen Stiftung; sämmtliche Mitglieder der Canal-Betriebs-Deputation; 1 Curator für die katholische höhere Bürgerschule; 1 Mitglied für die Deputation zur Berathung über die Einführung der elektrischen Beleuchtung; 1 Schiedsmann für den Drei-Berge-Bezirk; 1 Curator für die Willert'sche Stiftung zu Herrenprotsch; ein Schiedsmann für den Huben-Bezirk; je 1 Vorsteher für den 11. und 72. Bezirk; 1 Vorsteher-Stellvertreter für den 76. Bezirk; 1 Schiedsmann für den Regierungs-Bezirk; 1 Vorsteher für die evangelische Elementar-Mädchenschule Nr. 30 (Lohestraße 22/24). Etwaige geeignete Vorschläge für diese Ehrenämter aus der Mitte der Bürgerschaft sind an den Wahl- und Verfassungs-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zu richten.

* **Aerztekammern der Provinz Schlesien.** Der Regierungs-Präsident zu Oppeln hat den Termin zum Beginn der Auslegung der Wählerlisten des Regierungsbezirks Oppeln für die vorzunehmende Wahl von Mitgliedern der Aerztekammer auf den 15. d. M. festgesetzt.

=ββ= **Einquartierung.** Im Monat Mai sind seitens der Stadtgemeinde einquartiert worden: 1 Feldwebel, 1 Vicefeldwebel, 18 Unteroffiziere, 213 Gemeine und 2 Offizierpferde.

Z. **Ausgrabung.** Am 4. d. Mts. entsandte der Vorstand des Vereins für das Museum schlesischer Alterthümer Herrn Assistenten Zimmer zur Erforschung eines prähistorischen Gräberfeldes nach Carlsruh bei Steinau a. O. Es waren daselbst auf dem Terrain des Herrn Gutsbesitzers Jeltsch, dem das Museum die Fundanzeige verdankt, schon in früheren Jahren beim Kiesschachten Urnenfunde gemacht worden, dabei auch Bronzen zu Tage gekommen. Leider sind besonders seltene Stücke, wie ein schwarzes, dreihalsiges Gefäß, in Privatbesitz übergegangen, und damit der Centralsammelstelle verloren. Trotz sehr ungünstiger Witterung und schwieriger Bodenverhältnisse gelang es, zwei complette, in sich abgeschlossene Grabstätten aufzufinden und zu öffnen. Von beiden wurden genaue Zeichnungen angefertigt. Eine 0,35 Meter hohe, dicht gefügte Steinsetzung umschloß einen Raum von 1,10 Meter Länge und 0,75 Meter Breite, welcher 5 Thongefäße und einen als Wandverkleidung benützten Urnendeckel enthielt. Das Ossuarium, ein schwarzes Gefäß mit scharf eingezogenem linearem Ornament verziert, stand schräg geneigt unter einem großen Steine genau im Westen. Das zweite Grab barg unter einer regulären Steinpackung von etwa ½ Meter Länge und 0,30 Meter Breite ohne jede Steinumfriedung oder Abpflasterung 7 Gefäße, darunter mehrere umgelegte Schalen. Knochenreste konnten in keinem dieser Gefäße entdeckt werden, doch ist es wahrscheinlich, daß auch hier die im Westen stehende größte Urne die Ueberreste des Todten enthalten hat. Im weiteren Verlaufe der Ausgrabung wurden nur noch einzelne, in mäßiger Tiefe unter der Erdoberfläche meist allein eingesetzte Knochengefäße bloßgelegt, die sämmtlich schon zerdrückt mit ihrem Inhalt den umgebenden Kies durchsetzt hatten. Metall- oder Steinbeigaben wurden nicht gefunden, doch hat Herr Jeltsch die Freundlichkeit gehabt, dem Museum schlesischer Alterthümer aus benachbarten Fundstellen ein bronzenes Sichelmesser, eine eiserne Fibula mit Bronzespuren und ein eigenthümlich geformtes Quarzgestein (in einer Urne gefunden) geschenkweise zu überlassen. Auch die bei der Ausgrabung gehobenen Thonwaaren wurden dem Museum in liberalster Weise zu eigen gegeben und die Erlaubniß zu weiterer Aufdeckung des Gräberfeldes im Herbst ertheilt.

=ββ= **Von der Promenade.** Sämmtliche exotischen Gewächse der Promenade sind nunmehr in das Freie gebracht worden und haben an den verschiedenen Plätzen Aufstellung gefunden. Auch das Bepflanzen der Teppichbeete ist beendet, ebenso wie auch die Neupflanzungen auf dem Terrain des ehemals Knorr'schen Gartens. Da der städtische Garteninspector Losener bereits in dem in diesem neuen Theile der Promenade gelegenen Häuschen Wohnung genommen hat, dürfte nunmehr bald mit dem Abbruch des alten Inspector-Häuschens am Lessingplatze vorgegangen werden. Die Böschungen des Stadtgrabens von der Brücke an der Ohlauerstraße bis zu den Schwanhäusern werden nach neuerem System abgepflastert; die erforderlichen Arbeiten sind bereits im Gange.

=ββ= **Die neue Fahne der zweiten Bäcker-Innung** ist im Schaufenster der Firma M. Charig auf der Ohlauerstraße ausgestellt. Die Hauptfarben der in Bannerform hergestellten prächtigen Fahne sind Blau und Gold. Die blaue Seite trägt im Fond in Goldstickerei das herkömmliche Bäckerwappen, eine von zwei heraldischen Löwen gehaltene Brezel, und die ebenfalls goldgestickte Inschrift „Zweite Bäcker-Innung in Breslau." Das Wappen wird von einem in den Naturfarben ausgeführten Eichenlaubgewinde oval umschlossen. Den unteren Theil der Inschrift fassen goldgestickte Getreideähren, als Symbol des von den Mitgliedern der Innung verwendeten Materials, ein. Die Gesammtausführung des Fahnentuches und des Stabes, wie der Krönung desselben trägt das Gepräge großer Sorgfalt und Eleganz.

---

der Familie, dienen in ihrer kläglichen Philisterhaftigkeit nur dazu, das Unbehagen zu mehren; die Nichte Grivauds, Suzanne, sollte nach des Dichters Intention wohl die heitere Seite des Lebens vertreten, aber diese Figur ist nicht sonderlich gelungen. Dazu kommen die auffallendsten Schwächen der Composition und Lücken in der Motivirung.

Die Theilnahme des Publikums ließ in den ersten beiden Acten zu wünschen übrig, steigerte sich jedoch bedeutend während der letzten Acte. Die Aufführung kann als eine sehr gute bezeichnet werden und darf sich getrost mit Aufführungen bedeutender Theater ermessen. Ob sich aber das Stück in Berlin längere Zeit halten kann, bleibt nichtsdestoweniger recht zweifelhaft.

Berlin, 12. Juni. G. E.

Puritanischer Sonntag in Newyork.

In diesem Jahre „brennt" im Staate Newyork eine jener Fragen, die von ihren Vertretern und Verfechtern vorzugsweise als „ideale" bezeichnet und aufgefaßt werden. Es handelt sich um das gesetzliche Temperenz- und Sonntagszwangs-Wesen, welches nicht nur in den staatlichen und localen Gesetzen der älteren an der atlantischen Küste gelegenen Staaten und Gemeinwesen noch von den colonialen Zeiten her eine so große Rolle spielt, sondern neuerdings mit der Kraft einer Art moralischer Seuche verschiedene westliche Staaten, wie Kansas und Jowa, derartig ergriffen hat, daß die Staatsgesetze ausdrückliche Ergänzungen erhalten haben, welche für die genannten Staaten die Fabrikation berauschender Getränke ebenso wie den Ausschank und Verkauf derselben verbieten. Auch Newyork und sein so unmittelbar an die Neuengland-Staaten mit ihren früheren „blue laws", jenen puritanischen Gesetzen engherzigster und zelotischster Art, angrenzendes Gemeinwesen war vom Hauche dieser Gesetze nicht unberührt geblieben. Und so haben denn auch nicht etwa die anderthalb Millionen Newyorker und die achtmalhunderttausend Brooklyner sich selbst diese Enthaltsamkeits-Gesetze gemacht, sondern es ist die Gesetzgebung des Staates Newyork, die mit ihrer Mehrheit von kleinstädtischen und ländlichen Mitgliedern, welche diese beiden Großstädte mit ihrer legislativen Minderheit ganz nach Belieben auch in sämmtlichen Fragen, die nur die Städte allein angehen, die nur sie allein beurtheilen können und für die auch nur sie allein einzustehen haben, maßregelt. Lediglich diesem System ist es zu verdanken, daß eine kleine, aber rastlos thätige und fanatische republicanische Sippe es mit Hilfe der sogenannten Landmitglieder der Albanyer Legislatur seit Jahren vermocht hat, den Städten Newyork und Brooklyn Sonntags-Gesetze und eine Schankgerechtsame aufzuhalsen, welche sich, wie sie da auf dem Papier stehen, ganz gut neben den „blauen Gesetzen" Connecticuts im vorigen Jahrhundert sehen lassen können. Es sind sonntägliche Theatervorstellungen seit Jahren verbotene Früchte für die Newyorker. Die zwei und eine halbe Million Hudson- und Eastriver-Anwohner hatten sich aber auch an die Sonntagsbedrückungen gewöhnt und waren schließlich wohl gar froh, daß ihre Durchführung sie vor so manchem viel Schlimmern bewahrte, was ihnen die gesetzgebenden „Vettern vom Lande" in Albany sonst noch unter dem Titel „Sonntags- und Schank- (excise) Gesetzgebung" im Laufe der letzten dreißig Jahre beschert hatten.

Erst die neuerdings gemachten Anstrengungen, auch diese Bestimmungen aus ihrem geschriebenen Buchstabenzustand in die Wirklichkeit zu übertragen, haben mit einem Schlage wieder ein so grelles Licht auf diese ganze ebenso blödsinnige wie schädliche Newyorker Sonntags- und Schank-Knechtung geworfen, daß die Erhebung, welche sich soeben in allen Schichten der Newyorker Bürgerschaft dagegen vollzieht und in den ganzen Vereinigten Staaten mit größtem Interesse beobachtet wird, nur erklärlich, nur naturgemäß erscheint. Ist man doch — um nur ein paar Beispiele anzuführen —, ganz abgesehen von den jetzt in Flor stehenden sonntäglichen Wirthshetzen und der damit verbundenen ekelhaften Spionage freiwilliger und bezahlter Temperenz-Sbirren, nachgerade so weit gekommen, daß nicht nur seit Monaten bereits in keinem Theater- oder Concertgebäude gleichzeitig ein Ausschank von Getränken stattfinden darf, sondern daß auch in keinem Bier- oder Weinlocal Musik gemacht werden darf. Endlich wurde auch noch ein bestehendes Gesetz aufgefunden, welches sogar den großen Hotels verbietet, ihren ständigen Gästen selbst in deren Zimmern am Sonntag irgend ein berauschendes Getränk zu verabreichen, während gleichzeitig angedeutet wurde, daß dasselbe Gesetz überhaupt auf allen Wein- und Biergenuß am Sonntag, selbst auf den in Privathäusern, auszudehnen sei und demnächst auch ausgedehnt wurde. Und das in Newyork im Jahre des Heils 1887!

Solchen Anmaßungen gegenüber hat schließlich selbst die Jahre und Jahrzehnte lange Geduld der Newyorker ein Ende gefunden, und, einmal wachgerufen, macht sich der Rückschlag sehr entschieden geltend. Vor allen Dingen stehen alle namhaften und einflußreichen Blätter dieses Mal auf Seiten der Billigkeit und der persönlichen Freiheit. Den Reigen aber, den Herren Mäßigkeits- und Sonntags-Fanatikern ein praktisches „Memento" zuzurufen, machte Gouverneur Hill, indem er ein bereits von beiden Häusern der Legislatur genehmigtes, im Dienst des Mäßigkeitszwanges vom Newyorker Crosby eingebrachtes Gesetz einer höheren Besteuerung (high license) der Schanklocale mit seinem Veto belegte. Sodann ist jetzt infolge verschiedener Entrüstungs-Versammlungen ein Gesetz in der Legislatur angenommen worden, welches die wahnwitzige Verfügung, daß Musik und Ausschank von Getränken nicht in einem und demselben Local stattfinden dürfen, wieder aufhebt. Und endlich haben sich soeben sämmtliche Sänger des Staates Newyork, etwa 30 000 an Zahl, als politische Vereinigung organisirt, um durch ein gemeinsames Vorgehen am Stimmkasten eine gesetzgebende Mehrheit zu erzwingen, welche dem verrotteten Plunder einer Gesetzgebung, die schließlich selbst das Singen beim geselligen Glase ächten würde, ein für alle Male den Garaus machen wird. Auch die Gastwirthe sind im Begriff, sich ihrerseits zum Schutz ihrer in so einschneidender Weise bedrohten Interessen ebenfalls zusammen zu thun.

Vom Kukuk.

In der dem „Hannoverschen Courier" entnommenen ornithologischen Skizze über den Kukuk, welche wir in Nr. 397 unseres Blattes im Feuilleton reproducirten, hatte der Verfasser den Versuch gemacht, eine naturwissenschaftliche Begründung der Gewohnheit des Kukuks, seine Eier in fremde Nester zu legen, zu geben. Wenn in dieser Skizze der Verfasser erklärte, daß eine wirklich befriedigende Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Schmarotzerthums des Kukuks nicht vorliege, so erhalten wir heute eine interessante Zuschrift des Herrn praktischen Thierarztes H. Haselbach in Oppeln, welche uns eine ausreichende, naturwissenschaftlich zutreffende Erklärung für die fragliche Eigenschaft des Kukuks zu enthalten scheint. Herr Haselbach führt Folgendes aus:

„Der Grund, aus dem der Kukuk angewiesen ist, seine Eier anderen Nestern uud die Aufzucht seiner Jungen anderen Vogelarten anzuvertrauen, ist ein zweifacher. Anatomisch sind die in Betracht kommenden Organe des Kukuks derartig gebaut, daß es dem Vogel unmöglich ist, wie es bei anderen Vögeln der Fall ist, seine Eier in kurzen Intervallen hintereinander zu legen, so daß die erstgelegten bereits verdorben sein würden, ehe das Gelege vollzählig wäre, um das Brutgeschäft zu beginnen.

Die Nahrung des alten Kukuks besteht ausschließlich aus stark behaarten Raupen, die sonst kein anderer Vogel frißt, und da im Vogelmagen die starken Raupenhaare durch die Verdauung nicht zerstört werden, so wäre es den Kukukseltern aus diesem Grunde geradezu unmöglich, mit dieser Kost die zarten Jungen aufzuziehen, da die Raupenhaare die Magen- und Darmpartien der Jungen stark entzünden würden.

Nachgewiesen ist, daß der Kukuk seine Eier ausschließlich nur in oben offene Nester, und sie weder in gedeckelte, mit seitlichem Flugloche, noch in Nester von Höhlenbrütern legt. Da alle diese Fluglöcher von nur kleinem Durchmesser sind und die Niststätten zumeist Vögeln angehören, welche bedeutend kleiner ist, als der ausgewachsene Kukuk sind, so würde es dem flüggen Kukuke unmöglich sein, s. Z. seine Kinderstube zu verlassen, da das viel zu enge Flugloch ihm den Durchgang verbieten müßte.

Würde der Kukuk, wie angegeben, sein Ei in den Schnabel nehmen, um es in das Nest eines Höhlenbrüters zu befördern, so müßte er vorerst den Schnabel doch so weit öffnen können, um das Ei zu fassen, und so weit vermag er keineswegs denselben zu öffnen;

Statt besonderer Meldung.

Die Verlobung unserer Tochter **Bianca** mit Herrn **Hermann Heim** in Breslau beehren wir uns ergebenst anzuzeigen. [7100]

Fraustadt, im Juni 1887.

Nathan Cohn und Frau **Rosalie**, geb. **Fuchs.**

Bianca Cohn,
Hermann Heim,
Verlobte.

Fraustadt. Breslau.

Die Verlobung meiner einzigen Tochter **Hedwig** mit dem Buchhändler Herrn **Georg Gradenwitz** in Liegnitz beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 12. Juni 1887.

Laura Kassel, geb. Fränkel.

Hedwig Kassel,
Georg Gradenwitz,
Verlobte. [3451]

Statt besonderer Meldung.

Die Verlobung ihrer Tochter **Magda** mit dem Kaufmann Herrn **Georg Bruck** hier beehren sich ergebenst anzuzeigen [8583]

Max Schlesinger und Frau **Elsbeth**, geb. **Lasker.**

Breslau—Scheitnig, im Mai 1887.

Magda Schlesinger,
Georg Bruck,
Verlobte.

Hugo Bergmann,
Rechtsanwalt,
Minna Bergmann,
geb. **Loewenstamm.**
Vermählte.

Myslowitz, Juni 1887. [3460]

Rechtsanwalt **Martin Meyer,**
Laura Meyer, geb. **Wolf,**
Vermählte.

Liegnitz, Juni 1887. [7093]

Statt jeder besonderen Meldung.

Die glückliche Geburt eines Knaben zeigen hocherfreut an

Georg Knorn und Frau **Clara**, geb. **Claassen.**

Breslau, 13. Juni 1887. [8608]

Die glückliche Geburt eines munteren Töchterchens zeigen hocherfreut an [7089]

Wilhelm Kraemer und Frau **Anna**, geb. **Rosenzweig.**

Carlsruh i. Schlesien, den 11. Juni 1887.

Sonntag, den 12. d. Mts., wurde uns unsere innigst geliebte Schwester, Schwägerin, Tante und Grosstante,

Verw. Lotterie-Collecteur
Frau Bertha Sternberg, geb. Hirschfeld,

nach schwerem Leiden durch den Tod entrissen. [8578]

Um stille Theilnahme bittend, zeigen dies tiefbetrübt Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung an

Die Hinterbliebenen.

Trauerhaus: Ohlauerstrasse 83.
Beerdigung: Dinstag Nachm. 4 Uhr.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluss wurde uns heut unser innig geliebter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Bräutigam, der Buchhändler [7099]

Alfred Sadebeck,

im Alter von 36 Jahren nach langem, schweren Leiden in Folge von Herzlähmung durch den Tod entrissen.

Obernigk, den 11. Juni 1887.

Im Namen der tiefgebeugten Verwandten:
Frau Pastor **Emma Sadebeck**, geb. **Paur.**

Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittag 3 Uhr, in Obernigk statt.

Sonntag Abend 7 Uhr verschied sanft nach längerem Leiden im ehrenvollen Alter von 78 Jahren unser inniggeliebter Vater, Schwiegervater, Grossvater und Onkel, [8606]

der Particulier
Rafael Friedmann.

Tiefbetrübt zeigen dies statt besonderer Meldung Verwandten, Freunden und Bekannten um stille Theilnahme bittend an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rawitsch, Breslau, Berlin, Liegnitz, Stolp, Manchester.
Beerdigung: Dinstag, Nachmittag 3¼ Uhr.

Nach längern Leiden verschied heute Nacht unser inniggeliebter Mann, Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, [8607]

Herr Eduard Katz,

im 63. Lebensjahre. Im tiefsten Schmerze widmen diese Anzeige allen Freunden und Bekannten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zabrze, Gleiwitz, Berlin, Bernstadt, Breslau, den 13. Juni 1887.
Beerdigung: Mittwoch, den 15. Juni.

Heute Nacht gegen 12 Uhr starb unser inniggeliebter Vater, Schwieger-, Großvater, Bruder und Onkel, der emeritirte Cultusbeamte [3464]

Bernhard Wolffohn,

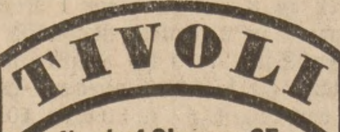
im Alter von nahe 83 Jahren. Tiefbetrübt zeigt dies an Lehrer **Cohn,** im Namen der Hinterbliebenen.

Gleiwitz, 12. Juni 1887.

Beerdigung: Dinstag Nachmittag 3 Uhr.

Sommertheater im Concerthaus

Dinstag. Auftreten des Magnetiseurs Herrn **Renau-Krause.** — **„Au Saus und Braus.“** Posse mit Gesang in 3 Acten. [8594]



Neudorf-Strasse 35 und [7103] **Kaiser Wilhelmstrasse 20.**

Heute Dinstag:

Doppel-Concert.

Entree à Person 50 Pf., Kinder 15 Pf., im Vorverkauf 30 Pf. Kassen-Eröffnung 5 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Alles Andere besagen die Placate.

Freitag, den 17., bei günstiger Witterung:

Monstreconcert und **Alpen-Feuerwerk.**

Victoria-Theater.
Simmenauer Garten.
Heute vorletztes Auftreten sämmtlicher Künstler.

Carina, Costümsoubrette, **Walter-Kröning**, Concertsänger, **Geschw. Schich**, Duettisten, **Nowatzky**, Komiker, **Jogg**, musikal. Imitator, **Fillis**, Akrobat und Clown, **Theodorus**, Caricaturist, **Ancion**, Luftkünstlerin.

Anfang des Concerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. Entree 60 Pf. [7104]

Am 16. Juni: Gastspiel des berühmten Altmeisters der Hypnotiseure
Carl Hansen.

Zeltgarten.

Heute: [7106]

Großes Concert

von der Capelle des 2. Schles. Gren.-Regts. Nr. 11. Capellmeister Herr **Reindel.**

Anfang 7½ Uhr. Entree im Garten 10 Pf., im Saale 20 Pf.

Paul Scholtz's Etablissement.

Heut, Dinstag, den 14. Juni:

Großes Tanzkränzchen.

Anfang präcise 8 Uhr. Ende 1 Uhr. Entree: Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.

Wilhelmshafen.

[5953] **Jeden Dinstag: Gemengte Speise.**

Wölfelsfall,

Hotel zur guten Laune,

mit 25 comfortabel eingerichteten Fremdenzimmern, größeren Colonnaden und Garten, deren Anlagen sich bis zum Wölfelsfall hinziehen, empfiehlt sich für kürzeren und längeren Aufenthalt, mit und ohne Pension, einem geehrten Publikum.

[2390] **J. Weiss.**

!! Zauberin !!
Brief liegt postlagernd.

Josefine wird erwartet Mittwoch, 9 Uhr früh, bei bewußter Kirche. [3446] **Josef.**

Klinik für Hautkranke, 5944

Kaiser Wilhelmstr. 6. Dirig. Arzt **Dr. Hönig.** Wohnung **Tauenzienpl. 10b.** 10—12, 2—4 Uhr.

Für Hautkranke ꝛc.

Sprechst. Vorm. 8—11, Nachm. 2—5, **Breslau, Ernststr. 11.** [6293]

Dr. Karl Weisz,

in Oesterreich-Ungarn approbirt.

Frau Cl. Berger, geb. Baeck,

Specialistin für Zahnleidende (nur für Damen und Kinder) Junkernst. 35, schrgüb. Perlni's Cond.

Geschmackvollste Auswahl [6408]

von **Kleiderstoffen** in Wolle und Seide.

Der Verkauf der Wollstoffe findet in den bedeutend vergrößerten, hellen Räumen statt.

Hugo Cohn, Schweidnitzer Str. 50.

Allerletzte Ulmer Münsterlotterie!

Die Ziehung findet unfehlbar schon am 20., 21. und 22. Juni d. J. statt:

Ulmer Dombauloose!

Hauptgewinne M. 75 000, 30 000, 10 000, zusammen 350 000 Mark baar Geld ohne Abzug.

à M. 3 pr. Stck., 5 St. M. 14, 11 St. M. 30, Ziehungsl. 10 Pf. Partien billigst, telegr. Anfragen empfehlenswerth.

Günstigste Gewinnchance: Antheil an 1000 Ulmerloose = 3000 M. in 50 div. Tausender $^1/_{300}$: 10 Mk. $^1/_{150}$: 20 Mk. $^1/_{100}$: 30 Mk. $^1/_{50}$: 60 Mk. [3380]

Antheil an 100 Ulmerloose = 300 Mk. $^1/_{60}$: 5 Mk. $^1/_{30}$: 10 Mk. $^1/_{10}$ 30 Mk.

Gewinnauszahlung ohne jeden Abzug sofort. — Bestellungen umgehend erbeten.

C. Breitmeyer. Haupt-Depôt. Stuttgart.

Von der Reise zurückgekehrt

Dr. S. Gerstel,
American Dentist.
Junkernstrasse 31, I.

Impfung mit stets frischer animaler u. humanisirter Lymphe Nachmittags von 3—4 Uhr.
Dr. Simm, Carlsstr. 21, II.

R. Peter, Dentist, Reuschestr. 1, I, Ecke Herrenstraße.
Zähne, Plomben, Zahnziehen ꝛc.

Zahn-Atelier
Paul Netzbandt,
Ohlauerstrasse 17.
Mässige Preise. [6753]

Engl. u. franz. Unterricht Kirchstr. 6, 3. Etage.

Die am 1. Juli 1887 fälligen **Pfandbrief-Coupons** werden vom **15. Juni a. cr.** ab in **Berlin** an unserer Casse und **auswärts** bei den bekannten Pfandbrief-Verkaufsstellen eingelöst.*) [7097]

Preussische Hypotheken-Actien-Bank.

*) In **Breslau** bei

Gebr. Guttentag.

Gartenhüte 7049

in Yokohama-Geflecht werden sehr billig ausverkauft.

J. Wachsmann,
Hofl., Schweidnitzerstr. 30.

Voyageuse,

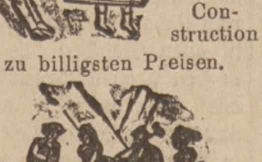
neuester Pariser Reisehut, sehr leicht, elegant und chic. [6237]

M. Gerstel,
Hoflief.
12 Junkernstraße.

Herz & Ehrlich, Breslau.



Kinder-Turn-Apparate für Zimmer und Garten in solidester Construction zu billigsten Preisen.





Croquet-Spiele

für Kinder von 5 Mark an, für Erwachsene von 13 Mark an.

Lawn-Tennies, Boccias etc.

[6752] **billigst.**



Hängematten

mit Tasche und Haken

für Kinder	2,00
f. Erwachs. (200 Ko. Tragf.)	2,75
mexikan. ohne Knoten .	5,50

Herz & Ehrlich, Breslau.

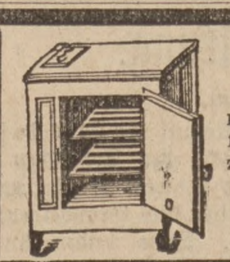
Echtes Linoleum

(Korkteppich), praktischster Zimmerbelag, auch in Läufern u. Vorlagen zu wirklichen Fabrikpreisen. [6784]

Korte & Co., Ring 45, 1. Etg.

Die apartesten Neuheiten in eleganten Hüten, letzte Pariser Moden zum grand prix, sind jetzt eingetroffen.

M. Gerstel, Hoflieferant,
[6656] **12 Junkernstraße.**



Eisschränke

neuester Construction, **mit besonderen Verbesserungen,** für Privat- und Restaurationsbedarf empfiehlt zu billigen Preisen [5566]

Herrmann Freudenthal,
Magazin für Haus- und Küchen-Geräthe,
Schweidnitzerstr. 50.

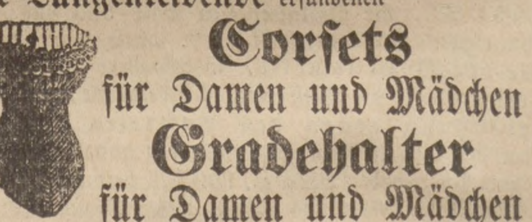
Für Damen! [8604]

empfiehlt sich zur Anfertigung eleganter, wie einfacher Garderobe, nach den neuesten Façons, in gutem Sitz, gediegener Arbeit, zu soliden Preisen

Anna Berger, Modistin, Ohlauerstraße 55 (Königsecke).

Für Lungenleidende.

Meine nach Vorschrift ärztlicher Autoritäten von mir für Lungenleidende erfundenen



Corsets für Damen und Mädchen
Gradehalter für Damen und Mädchen

empfehle ich einer gütigen Beachtung. Jedes Corset trägt meinen Firmenstempel.

Gesetzlich geschützt. Gesetzlich geschützt.

B. Roth,
Corset-Fabrik,
Ring 22, [6813]
vis-à-vis dem Schweidnitzer Keller.

Gr. Concursmassen-Ausverkauf.

Das Juwelier **Ad. Neumann**'sche Waarenlager, bestehend in Juwelen, Gold- und Silberwaaren, Uhren ꝛc., wird einzeln und in Posten ausverkauft. Auch ist die gesammte Laden-Einrichtung, Geldschrank, Mobilien und Werkzeug zu verkaufen.

Der Ausverkauf **muß** wegen Räumung des Ladens am **29. d. Mts.** beendet sein. [8609]

Verkauf Ohlauerstraße 20

werktäglich 9—12 Vorm., 3—6 Nachm.

Ernsdorf-Jaworze Oesterr.-Schles.,
Wasser- und Molken-Heilanstalt,
klimatischer Curort am Fusse der schles. Beskiden,

mit Fichtennadel- und anderen Bädern, elektrischen, Milch-, Kefyr-, Massage-Curen etc. Neben Einzelzimmern auch Familien-Wohnungen mit Küchen in den Villen (Gabrielen-, Anna-, Moriz-, Wilhelms-Villa) zu haben. [7115]

Badeinspection Ernsdorf bei Bielitz Oesterr.-Schlesien.

Stimmbegabten Kindern, [3458]

sowie Herren und Damen, erth. instructiven Gesangunterricht nach Prof. Wüllner'schem Princip. **Edgar Sontag-Uhl,** Elsasserstr. 15, Part.

Mit zwei Beilagen.

—d. **Evangelischer Bund.** Die zu heute Nachmittag 3 Uhr in dem großen Saale des Hotels „König von Ungarn" einberufene Versammlung behufs Bildung eines schlesischen Zweigvereins des evangelischen Bundes Deutschlands war von Damen und Herren recht zahlreich besucht. Den Vorsitz übernahm Propst D. Treblin. Derselbe wies darauf hin, die wachsende Macht Roms, die gegenwärtig überall im siegreichen Vorrücken begriffen sei, die über reiche Geldmittel gebiete und in Folge des Culturkampfes ganz wesentlich in sich gefestigt sei, habe eine Anzahl Männer bewogen, die evangelischen Mitbürger zu vereinter Thätigkeit aufzurufen. Redner macht ferner darauf aufmerksam, welche Macht die katholische Presse erlangt hat und mit welcher Zaghaftigkeit die nicht katholische Presse der katholischen entgegentrete. Und gerade für unsere gemischte confessionelle Provinz sei ein Zusammenschluß der Evangelischen besonders nothwendig. Hierauf führte Diakonus Licentiat Hoffmann, nachdem er den Anwesenden für ihre zahlreiche Betheiligung gedankt, etwa Folgendes aus: Am Ende des vorigen Jahres haben sich evangelische Männer aller Parteien und Stände die Hand zu einem Bunde gereicht, die deutsch-evangelischen Interessen zu wahren. Sie haben an die evangelischen Glaubensgenossen in Deutschland einen musterhaften Aufruf zur Betheiligung erlassen. Nachdem andere Provinzen uns schon vorangegangen, soll nun auch in Schlesien ein Zweigverein des evangelischen Bundes gegründet werden. Es gilt die evangelischen Interessen unseres deutschen Volkes zu wahren. Sind sie denn gefährdet? Ja, sie sind gefährdet, vor Allem durch das Uebergewicht, das die römische Kirche in den letzten Jahren in unserem Vaterlande wieder erlangt hat. Wer hätte es noch vor 2 oder 3 Jahren für möglich gehalten, daß der römische Stuhl einen solchen politischen Einfluß ausüben könne, wie er ihn in unseren Tagen ausgeübt? Die protestantische Welt konnte es kaum glauben, als Leo XIII. das Schiedsrichteramt in der Carolinenfrage übertragen wurde. Man konnte es kaum fassen, ja selbst nicht in der kath. Bevölkerung, daß der Papst auch nur einen berathenden Einfluß auf die Gesetzgebung unserer Nation haben sollte. Durch die Vermittelung des Bischofs Kopp suchte die kath. Kirche immer neue Zugeständnisse der gesetzgebenden Körperschaft abzuringen. Und der Kampf Roms wird weiter gehen, wie es der Abg. Dr. Windthorst in Aussicht gestellt hat. Die Friedensglocken hören sich an wie Sturmgeläut. Von einem wahrhaften Frieden wird noch lange nicht die Rede sein. Fürst Bismarck hat in seiner berühmten Rede im Abgeordnetenhause es selbst ausgesprochen, daß er von einer unbedingten Dauer des in Aussicht gestellten Friedens durchaus nicht überzeugt sei, daß vielmehr der Friede geschlossen werde aus Gründen der politischen Opportunität. Das evangelische Volk darf dem Fürsten Reichskanzler für die Klarheit und Offenheit dankbar sein, mit der er uns gezeigt hat, daß er nicht confessionelle Politik treiben wolle. Er hat unsere evangelische Kirche auf sich selbst gestellt. Der paritätische Staat muß und will beide Confessionen schützen und wahren. Er kann nicht die evangelischen Interessen wahren, wenn wir sie in einer Weise vertheidigen, die Berücksichtigung verdient. Wir wollen nicht die Fackeln des Religionskrieges in unser Volk tragen. Unsere Kirche nennt sich nicht die alleinseligmachende. Und darum kann und muß sie tolerant sein. Darum darf sie nicht vergessen, die christlichen Anknüpfungspunkte auch in der katholischen Kirche zu suchen. In diesen Tagen ist uns nun zugerufen worden, wir sollten uns doch um uns kümmern. Wie steht denn die Sache? Leo XIII. hat schon als Bischof die Reformation als die Quelle alles Uebels verflucht. Er ist nach seiner Erhebung zum Papste dieser Anschauung treu geblieben. Er hat die Attentate Hödels und Nobilings zum Anlaß genommen, die Reformation als die Quelle des Socialismus zu brandmarken, während er über das Kullmann-Attentat geschwiegen hat. Im Jahre 1880 hat Papst Leo unsere evangelischen Missionare als Teufelssöhne in der bis dahin unerhörten Weise beschimpft. Soll uns dies Alles gleichgiltig sein? Sind dies nicht Schläge in unser Gesicht? Es wird uns doch vergönnt sein, wenigstens die Hand zum Schutze und zur Abwehr vorzuhalten, wenn es uns auch unser christlicher Glaube verbietet, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Gilt es da nicht, die evangelischen Interessen dem Manne gegenüber zu wahren, der nach Rehabilitation seiner politischen Macht nicht einen Augenblick zögern wird, um seine Ordensheere nach unserm Vaterlande zu schicken, um hier zu kämpfen und zu wirken, so lange noch ein Ketzer im Lande ist. Die kath. Kirche veranstaltet alljährlich provinzielle und deutsche Katholikenversammlungen. Möge man uns doch den evangelischen Bund lassen, der, wie jene die katholischen, die evangelischen Interessen vertreten soll. Und wir bedürfen eines solchen einigenden Bandes mehr denn je, wie Redner des Weiteren ausführt. Schließlich ruft Redner alle evangelischen Männer jeder Lebens- und Parteistellung, sowie auch die Frauen zur Mitwirkung im evangelischen Bunde auf, damit der 13. Juni für die evangelische Bevölkerung Schlesiens ein Tag des Segens werde. Nachdem noch Licentiat Koffmane den Nachweis geführt, daß die Evangelischen nicht paritätisch behandelt würden, daß es gelte, zu wachen über die Parität, daß man es machen müsse wie die Caplanspresse, immer wieder hinauszurufen, daß man uns Unrecht thue, nachdem er ferner über die Aufgaben des evangelischen Bundes sich verbreitet und zu gemeinsamer Arbeit aufgefordert hatte, gelangte das Statut für den zu bildenden schlesischen Zweigverein zur Verlesung und Annahme. Nach demselben steht der Zweigverein auf dem Boden des im Aufrufe des evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen enthaltenen Programms vom 15. Januar 1887. Mitglied kann jeder würdige evangelische Christ werden, der jährlich mindestens 1 Mark Beitrag zahlt. Ebenso können Frauen und Jungfrauen unter den gleichen Bedingungen dem Vereine als außerordentliche Mitglieder beitreten. In der Provinz sollen Localvereine gebildet werden. Die Zwecke des Vereins sollen durch Versammlung und durch die Presse gefördert werden. — In den Vorstand des schlesischen Zweigvereins wurden hierauf gewählt: Director Dr. Päch, Gymnasiallehrer Dr. Kalkoff, Diakonus Licentiat Hoffmann, Pastor Licentiat Koffmane-Kunitz, Pastor Ziegler-Liegnitz, Propst D. Treblin, Diakonus Konrad, Rector Lipsius, Graf Egloffstein, Rechtsanwalt Felscher-Hirschberg, Oberlandesgerichtsrath Swidom, Landgerichtsrath Oelsner, Pastor Lorenz-Neumittelwalde, Kaufmann Deter-Strehlen, Pastor Spieß, Particulier Würdig, Literat Weiß, Pastor Schafhirt-Weigwitz und Taubstummenlehrer Simon. Der Vorstand wurde ermächtigt, etwa nothwendig werdende Ergänzungen des Vorstandes selbst vorzunehmen. Nach Schluß der Versammlung um 5 Uhr zeichneten sich viele Anwesende in die Vereinslisten als Mitglieder ein.

—k. **Zum Schutze der Pferde und der Rinder,** welche bekanntlich bei der jetzigen Jahreszeit sehr viel von den Fliegen zu leiden haben, ja selbst oft durch sie scheu und wild gemacht werden, empfiehlt eine englische Ackerbau-Gesellschaft ein einfaches Mittel, nämlich das Haar dieser Thiere mit einer starken Abkochung von Nußblättern zu tränken, besonders am Schweif und an den Nasenlöchern. Durch dieses Decoct werden die Thiere nicht nur vor diesen lästigen Thieren bewahrt, sondern es zerstört auch die Eier, welche die Fliegen auf die Haut der Pferde und Rinder legen.

• **Vom Fischmarkt.** [Wochenbericht von E. Huhndorf.] Das Geschäft in vergangener Woche war in Folge des Maschinen- und Wollmarktes ein sehr reges. Hummern, Seezungen und Steinbutt wurden zu billigen Preisen sehr viel gekauft. Schellfisch und Dorsch kam trotz der vorgerückten Jahreszeit bei dem kühlen Wetter gut an. Anfang der Woche mangelte es an Krebsen, doch Ende derselben trafen größere Posten aus Galizien, sowie auch Oderkrebse in prachtvoller Waare ein. Forellen, Rheinlachs, Silberlachs, Zander, Hecht und Aal waren genügend vorhanden und stellten sich die Preise wie folgt: Reinsalm 200–250, Silberlachs 120—150, Seezungen 80—100, Steinbutt 100, Ostender Steinbutt 150, Zander 60—120, Hecht 70—80, Schellfisch 35—40, Dorsch 30, Aal 130 bis 150, Hummern, lebend, 180—200 Pf. per Pfund, Hummern, gekocht, per Pfund 25 Pf. höher. Große Krebse per Schock von 6 -12 M.

+ **Böswillige Sachbeschädigung.** Der Arbeiter Stipane, welcher am vorigen Sonnabend aus dem Arbeitshause, wo er mehrere Monate detinirt gewesen war, entlassen wurde, zertrümmerte an dem Abend desselben Tages lediglich aus Muthwillen die große Spiegelscheibe des auf der Schuhbrücke wohnenden Wurstfabrikanten H. Stipane wurde sofort verhaftet.

+ **Unglücksfall.** Die unverehelichte Anna Scholz, Tochter einer Butterhändlerin von der Neuschestraße, hatte vor einigen Tagen das Unglück sich einen Topf kochendheißen Wassers auf den rechten Fuß zu gießen. Die in Folge dessen entstandenen Brandwunden haben indeß einen so schlimmen Charakter angenommen, daß gestern das verunglückte Mädchen in die Krankenanstalt des Elisabetinerklosters geschafft werden mußte.

+ **Auffinden eines Entseelten.** Am 11. d. M., Abends gegen 10 Uhr, wurde in der Nähe des Lessingplatzes die Leiche eines unbekannten Mannes aus der Oder gezogen und darauf nach dem königl. Anatomiegebäude gebracht. Der Entseelte, der in einem Alter von 40—45 Jahren gestanden, hat blonden Vollbart, dunkelblondes Haar, ist mittelgroß und war mit braunkarrirtem Rock, braunen Beinkleidern, schwarzer Weste, schwarzem Filzhut und Halbstiefeln bekleidet. In den Taschen seines Rockes befanden sich verschiedene, auf den Namen des Malergehilfen Bruno Schnak aus Brieg lautende Legitimationspapiere.

---

† **Löwenberg,** 10. Juni. [Frohnleichnamsfest. — Feuer. — Heuernte. — Ernteaussichten. — Zigeuner. — Beurlaubung.] Gestern wurde in der hiesigen katholischen Stadtpfarrkirche, welche ihr schönstes Festkleid angelegt hatte, unter ansehnlicher Betheiligung das Frohnleichnamsfest in ortsüblicher Weise gefeiert. Zur Aufführung gelangte unter Anderem die große Stationsmusik unseres schlesischen Altmeisters, des weiland Domcapellmeisters in Breslau, J. Schnabel. — Gestern Nachmittag brach in dem Maurer Spremberg'schen Wohnhause, unweit des St. Hedwigsstiftes gelegen, Feuer aus und zerstörte die obere Etage und den Dachstuhl. Durch das thatkräftige Eingreifen unserer Feuerwehr wurde das Feuer auf seinen Herd beschränkt. — Die Heuernte in unserem gesegneten Boberthale nimmt theilweise ihren Anfang und verspricht reiche Erträge. — Die Ernteaussichten in unserem Kreise sind als durchgehend vorzügliche zu bezeichnen. — Nachdem bereits in voriger Woche eine sehr zahlreiche Zigeunerbande unseren Kreis bezw. unsere Stadt heimgesucht hatte, traf gestern wiederum eine kleinere Truppe hier ein, welche aber nach kurzem Aufenthalt weiter zog. — Aus Gesundheitsrücksichten ist dem Herrn Bürgermeister Marzahn und dem Herrn Kreis-Secretär Rzepka je ein sechswöchentlicher Urlaub seitens des Herrn Regierungspräsidenten ertheilt worden.

—r. **Namslau,** 10. Juni. [Gewitter mit Hagel und Blitzschlag.] Gestern Abend gegen 8 Uhr thürmten sich von Westen her mit großer Schnelligkeit kommend, dunkle Gewitterwolken auf, die sich, von der untergehenden Sonne grell beleuchtet, mit wolkenbruchartigem Regen, Blitzschlägen und Hagel fast über unseren ganzen Kreis entluden. Besonders die Fluren von Wind.-Marchwitz wurden arg vom Hagel heimgesucht und fast sämmtliche Felder total verwüstet. Der größte Theil der Besitzer jener Fluren ist ungeachtet aller Ermahnungen unversichert geblieben und ihr Schaden ist daher ein sehr empfindlicher. In dem Dorfe Wilkau traf ein Blitzstrahl das massive Wohnhaus des Gutsbesitzers und Ortsvorstehers Robert Herde, der sich mit seinen Kindern und einem Dienstmädchen gerade in der Küchenstube befand. Der Blitz fuhr durch das Ziegeldach, zersplitterte auf dem Boden einen starken Balken am Giebel und scheint sich von hier aus in mehrere Strahlen zertheilt zu haben, denn in allen vier parterre gelegenen Wohnstuben und in den beiden auf der anderen Seite des Hauses gelegenen Auszugsstuben zeigen sich Spuren, da Wände, Bilder, Uhren, Fenster u. s. w. theils beschädigt, theils bläulich gefärbt sind. Einer der Strahlen drang auch durch die Wand in die Küche und betäubte hier zwei Kinder und das Dienstmädchen des Herde, die sofort zu Boden fielen, sich aber bald wieder erholten. Eine 14 Jahre alte Tochter des Herde hat am Vorderkopfe eine leichte Brandwunde davon getragen. In der hiesigen Deutschen Vorstadt erschlug ein Blitzstrahl 2 Ziegen des Stellenbesitzers Bartille; in östlicher Richtung scheint einer der vielen Blitzschläge gezündet zu haben, denn es wurde dort eine Feuersbrunst wahrgenommen.

—r. **Reichthal,** 12. Juni. [Zur Bürgermeisterwahl.] Zu der Mittheilung in Nr. 391 d. Ztg. muß berichtigend nachgetragen werden, daß nicht der Lehrer Benedix aus Namslau, sondern der bei einem Districtscommissarius im Regierungsbezirk Posen beschäftigte Kanzlist B. in beiden Wahlgängen je 4 Stimmen erhalten hat.

⊙ **Neisse,** 12. Juni. [Genickstarre. — Militärisches. — Radfahrertour. — Sammelverein.] Auch in hiesiger Gegend ist wieder ein Fall von Genickstarre vorgekommen; aus der eine Meile von hier belegenen Zuckerfabrik Bielau wurde vorgestern Nachmittag der 32 Jahre alte Buchhalter Anton Mende nach dem hiesigen städtischen Krankenhause gebracht und von dem Arzt Genickstarre bei ihm festgestellt. — Bis gestern Abend befand sich der Inspecteur sämmtlicher Kriegsschulen, Generallieutenant Mischke mit seinem Adjutanten, Premier Lieutenant Freiherrn von Bock behufs Inspicirung der Kriegsschule hierselbst, ferner am 8. und 9. der General-Inspecteur der Fuß-Artillerie, Generallieutenant Nördansz zur Besichtigung der Festungswerke, und endlich seit dem 10. der Chef des Ingenieur- und Pionier-Corps, General-Inspecteur der Festungen, General der Infanterie von Stiehle hier, welch' letzterer gestern das Pionier-Bataillon besichtigte. Am 13. wird ferner der Inspecteur der I. Artillerie-Depot-Inspection, Oberst Bänsch, zur Besichtigung des hiesigen Artillerie-Depots erwartet. — Am 10., Nachmittags 5 Uhr, langte per Bicycle der Comptoirist Ph. Kneil aus Hollentau bei Olmütz hierselbst an. Er war am 9. früh von Olmütz bis Troppau, am 10. von Troppau nach Neisse gefahren, und setzte am 11. früh seine Fahrt nach Breslau fort, um sich die Stadt anzusehen. Nach dreitägigem Aufenthalt kehrt er wieder in derselben Weise nach Olmütz zurück. — Die diesjährige ordentliche Ausschußsitzung des katholischen Sammelvereins soll hierselbst am 5. k. Mts. mit der Generalversammlung der Katholiken Schlesiens zusammen stattfinden. Anträge hierzu sollen an den Vorsitzenden, Rechtsanwalt Werner in Breslau, Ohlauerstraße Nr. 80, gesandt werden. Zur Sammlung empfehlen sich besonders Cigarrenabschnitte, Zeitungspapier, Bleiplomben, Cigarrenbänder, Flaschenkapseln, Briefmarken und Korken. Stahlfedern finden z. Z. keine besondere Verwendung. Kassirer des Vereins ist Kaufmann Robert Lorke in Breslau, Neue Schweidnitzerstraße Nr. 2.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

* **Berlin,** 13. Juni. Ein seit Langem ungewohntes Bild war es, das der Reichstag heut bot. Zum ersten Mal wieder waren die Tribünen und der Sitzungssaal ansehnlich gefüllt und die Vertreter der verbündeten Regierungen zahlreich erschienen. Augenscheinlich hat die Branntweinsteuer-Vorlage, die heute zur zweiten Berathung auf der Tagesordnung stand, eine starke Anziehungskraft ausgeübt. Vor Eintritt in diese Berathung jedoch erledigte man noch ein Gesetz für Elsaß-Lothringen, betreffend die Anwendung abgeänderter Reichsgesetze auf landesgesetzliche Angelegenheiten Elsaß-Lothringens. Der Abg. Grad bezeichnete auch diesen Entwurf als eine Strafe für den Ausfall der Wahlen, während der Abg. Windthorst vom Rechtsstandpunkt aus die Verwerfung der Vorlage empfahl. Die Ausführungen dieser beiden Redner versuchten die Unterstaatssecretäre Back und v. Puttkamer zu widerlegen. Der erstere leugnete den Zusammenhang des Gesetzes mit den Wahlen, der letztere die große Bedeutung, welche Windthorst ihm beigelegt. Ein Antrag Grad auf commissarische Berathung wurde abgelehnt, und die zweite Berathung wird daher an einem späteren Tage im Plenum stattfinden. Bei der Branntweinsteuer-Vorlage, deren Berathung nun folgte, nahm zunächst Abg. Rickert das Wort. Er wies auf die Befriedigung rein agrarischer Interessen hin, welche der Zweck des vorliegenden Gesetzes sei. Einzelnen Personen werden Vortheile bewilligt, während gleichzeitig die kleinen Brenner unter jenen Bewilligungen leiden müssen. Es wäre viel angemessener, wenn die Regierung eine Vorlage zur Unterstützung der armen Brennereibesitzer machen würde. Der Redner bat die Regierung auch um Aufklärung, wozu das Geld gebraucht werde; denn es sei eins der vornehmsten Rechte des Parlaments, nicht blos Steuern zu bewilligen, sondern auch die Verwendung des Geldes zu controliren. Als Entlastung der Steuerzahler schlage er wenigstens die Aufhebung des Kaffeezolles vor, ein Project, bei dem er auf die Unterstützung des Abg. Miquel gemäß der früheren Haltung der Nationalliberalen rechne. Es sei sicherlich im Interesse des Vaterlandes, wenn man den von der Regierung vorgelegten Gesetz-Entwurf ablehnt. Auch der Abg. Spahn (Centrum) sprach im Namen einiger Freunde gegen das Gesetz. Die Vertretung der Agrarier aber hatte Freiherr von Mirbach übernommen. Er leugnete nicht blos, daß die gegenwärtige Vorlage ein Triumf für die Agrarier sei, sondern, indem er alle angeblichen Bedürfnisse der Landwirthschaft aufzählte, stellte er noch manche agrarischen Projecte in Aussicht. In seinem Eifer ging er sogar zu persönlichen Angriffen gegen den Abg. Richter über, der ihm eine gründliche Abfertigung für die nächste Sitzung versprach. Von der Bedürfnißfrage ausgehend, vor die das Reich jetzt gestellt sei, ging der Abg. Miquel zu einer warmen Empfehlung des Gesetzentwurfes über. Er wolle das Reich, meinte er, angesichts einer drohenden Zukunft wetterfest und gerüstet gegen alle Stürme machen. Die große und gespannte Aufmerksamkeit, deren sich die Abgg. Rickert und Miquel zu erfreuen hatten, wurde den folgenden Rednern bei weitem nicht geschenkt. — Mit lauter, durchdringender Stimme zwar erklärte sich der Abg. Kräcker im Namen der Socialdemokraten gegen das Gesetz, durch welches vor Allem der kleine Mann getroffen würde. Aber es gelang ihm nur zum Theil, sich Gehör zu verschaffen. Der Abg. Huene dagegen betonte, wie der Abg. Miquel, wieder die finanzielle Lage des Reiches als den Grund, der ihn zur Annahme der Vorlage veranlasse. Er empfing dafür das Lob des Finanzministers, der die weitgehende Selbstbeschränkung der Regierung in das rechte Licht zu setzen bemüht war. Die Abstimmung ergab als Resultat, daß § 1 mit 212 gegen 78 Stimmen angenommen wurde. Die Freisinnigen, ein Theil des Centrums und die Socialdemokraten blieben in der Minorität. Mit „Nein" stimmten u. A. Windthorst vom Centrum, Büsing und Engler von den Nationalliberalen, Maubach von den Conservativen, Deahna, Retemeyer, Hildebrand und der Däne Johannsen von den Wilden. Der Abg. Grad stimmte mit Ja, während seine übrigen elsassischen Landsleute sich der Abstimmung enthielten. Morgen wird die Berathung der Branntweinsteuervorlage fortgesetzt, außerdem stehen die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten auf der Tagesordnung.

41. Sitzung vom 13. Juni.

10 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. v. Scholz, Back, v. Puttkamer u. A.

Die Tagesordnung führte zunächst zur ersten nnd zweiten Berathung des Gesetzentwurfs für Elsaß-Lothringen, betr. die Anwendung abgeänderter Reichsgesetze auf landesgesetzliche Angelegenheiten Elsaß-Lothringens.

Abg. Grad (Els.): Ich will über diesen Gesetzentwurf keine größere Debatte herbeiführen. Ich muß aber bei dieser Gelegenheit dagegen protestiren, daß bei den letzten Reichstagswahlen in Elsaß-Lothringen sich eine ausländische Agitation geltend gemacht habe. Ich bestreite dies ganz entschieden, so lange uns nicht das Gegentheil bewiesen wird. Mit dem Gesetzentwurf selbst kann man soweit einverstanden sein, als er eine Vereinfachung des Geschäftsganges herbeizuführen geeignet ist. Da er für unsere Beamten von großer Wichtigkeit ist — ich erinnere z. B. an die Relictengesetzgebung —, so muß ich die völlige Gleichstellung der elsaß-lothringischen Beamten mit den Reichsbeamten verlangen, ehe ich dem Gesetze zustimmen kann. Die Vorwürfe, die man jetzt den Elsaß-Lothringern zu machen liebt, weise ich nochmals zurück, sie sind nicht so schlimm, wie man sie in der „National-Zeitung" anstreicht, sie sind ein arbeitsames, gesetzliches und ordnungsliebendes Volk. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an eine Commission.

Unterstaatssecretär v. Puttkamer: Es soll nicht der Wille des Landes-Ausschusses gebrochen werden, sondern umgekehrt hat gerade der Landes-Ausschuß in der besprochenen Relictenangelegenheit durch Hereinziehung einer ganz fremden Frage einen Druck auf die Regierung ausüben wollen. Die Wünsche des Landesausschusses hätten die Wirkung gehabt, daß die elsaß-lothringische Landeskasse sich bis Ende dieses Jahrhunderts um fünf Millionen bereichert hätte, worauf wir unmöglich eingehen konnten. Die Stellung der elsaß-lothringischen Landesregierung entsprach vollständig derjenigen, welche der Reichstag bei der letzten Relictenvorlage durch Annahme der Resolution Benda einnahm. Aus diesen Dingen kann also kein Einwand gegen die Vorlage hergenommen werden. Für eine Commissionsbehandlung scheint mir kein Grund vorzuliegen.

Abg. Dr. Windthorst (Centr.): Ich muß mich entschieden gegen die Vorlage aussprechen, welche nur ein Ausnahmegesetz ist. Wenn man so leichten Herzens aus Opportunitätsrücksichten Verfassungsänderungen vornehmen will, werden wir bald nichts mehr davon übrig haben. An der Verfassung dürfen wir nicht rühren, außer aus den allerschwerwiegendsten Gründen. In England würde man eine solche Vorlage stolz zurückweisen. Dort giebt es freilich auch keine Nationalliberalen (Heiterkeit), sondern nur Leute mit festen Grundsätzen. Dazu kommt noch, daß diese Vorlage gar nicht so eine rein formale ist, wie die Regierung behauptet. Wir haben ja gehört, daß zwischen Landesregierung und Landesausschuß ein materieller Streit über die Relictenbeiträge besteht, und die Regierung will nun diese Vorlage benutzen, um den Willen des Landesausschusses zu brechen. Die Vorlage will aber nicht nur die Rechte des Landesausschusses, sondern auch die des Reichstags schmälern, indem dieser in wichtigen Fragen umgangen werden soll. Ich bitte Sie daher um Ablehnung der Vorlage.

Unterstaatssecretär Back: Ich werde dem Vorredner nicht auf das Gebiet der hohen Politik folgen, die Donnerstag bereits genug behandelt worden ist. Im Uebrigen hat allerdings dem Landesausschusse bereits ein Beamtengesetz vorgelegen, das aber nicht zur Erledigung kam, weil über die Relictenbeiträge eine Einigung nicht erzielt wurde. Wie man darin eine Schmälerung der Rechte des Reichstages sehen will, verstehe ich nicht. Es handelt sich nur darum, bei Reichsgesetzen, die in Elsaß-Lothringen eingeführt sind, die Landesgesetzgebung mit der Reichsgesetzgebung in Uebereinstimmung zu erhalten, da ja für uns Grundsatz ist, daß die Reichsgesetze zugleich elsaß-lothringische Landesgesetzgebung sein sollen. Es liegt hier also in der That nur eine formale Frage vor, die nach meiner Ansicht keinerlei höhere Bedeutung hat. Wir wollen nur eine Vereinfachung des Geschäftsganges herbeiführen. Bei dem jetzigen Zustande ergiebt sich zwischen der Abänderung eines Reichsgesetzes und deren Einführung in Elsaß-Lothringen eine höchst unerwünschte Uebergangszeit und dem wird durch dieses Gesetz abgeholfen. Es handelt sich ja auch nur darum, Maßregeln, die der Reichstag als wünschenswerth und nützlich erklärt hat, auch in Elsaß-Lothringen einzuführen. Was die Relictenfrage betrifft, so bemerke ich, daß die Landesregierung durchaus nicht daran festhält, daß die Beamten unter allen Umständen von der Zahlung der Relictenbeiträge befreit sein sollen.

Der Antrag des Abg. Grad auf Verweisung der Vorlage an eine Commission wird hierauf abgelehnt.

Die zweite Berathung wird an einem späteren Tage im Plenum stattfinden.

Es folgt die zweite Berathung des Branntweinsteuergesetzes.

§ 1 lautet:

Der im Gebiete der Branntweinsteuergemeinschaft hergestellte Branntwein unterliegt vom 1. October 1887 ab einer Verbrauchsabgabe und zu diesem Zwecke der steuerlichen Controle. Die Verbrauchsabgabe beträgt von einer Gesammt-Jahresmenge, welche 4,5 Liter reinen Alkohols auf den Kopf der bei der jedesmaligen letzten Branntweinsteuergemeinschaft gleichkommt, 0,50 M. für das Liter reinen Alkohols, von der darüber hinaus hergestellten 0,70 M. für das Liter reinen Alkohols. Die Gesammt-Jahresmenge, von welcher der niedrigere Abgabesatz zu entrichten ist, sowie der Betrag des niedrigeren Abgabesatzes selbst sollen alle drei Jahre einer Revision unterliegen.

Von der Verbrauchsabgabe befreit und bei Feststellung der nach dem Vorstehenden maßgebenden Jahresmenge außer Ansatz bleibt: 1) Branntwein, welcher ausgeführt wird, 2) Branntwein, welcher zu gewerblichen Zwecken einschließlich der Essigbereitung zu Heil-, zu wissenschaftlichen oder zu Putz-, Heizungs-, Koch- oder Beleuchtungszwecken verwendet wird, nach näherer Bestimmung des Bundesraths. Die Brennereibesitzer sind gegen Uebernahme der Kosten berechtigt, die amtliche Denaturirung ihres Branntweins in ihren Brennereien zu verlangen."

Hierzu beantragen die Abgg. Rickert und Genossen:

1) Dem § 1 am Schluß folgenden Satz hinzuzufügen: „Mit dem 1. April kommt der Zoll auf Kaffee (Nr. 25 M. 1 und 2 des Zolltarifs Anlage zu dem § 1 des Gesetzes vom 15. Juli 1879) in Fortfall." — 2) Im § 1 hinter Alinea 3 folgende Bestimmung aufzunehmen: „Wird

bei dieser Revision eine Einigung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage nicht erzielt, so tritt am 1. October 1890 für die gesammte Menge des von der Verbrauchssteuer nicht befreiten Alkohols der niedrigere Abgabesatz in Kraft."

Die Abgg. Dr. Lieber und Spahn beantragen die Herabsetzung der Abgabesätze auf 0,35 und 0,55 M. von 0,50 und 0,70 M.

Außerdem beantragen die Abgg. Grad und Simonis zu § 1 Steuerfreiheit für als Haustrunk lediglich zum eigenen Bedarf des Brenners bereiteten Branntwein.

§ 2 lautet:

Für die einzelnen am 1. April 1887 bereits vorhanden gewesenen Brennereien wird die Jahresmenge Branntwein, welche sie zu dem Abgabesatze von 0,50 M. für das Liter reinen Alkohols herstellen dürfen, nach dem Durchschnitt der von ihnen in den Etatsjahren 1879/80 bis 1885/86 einschließlich gezahlten Steuerbeträge unter Weglassung der geringsten und der höchsten Jahresziffer bemessen, wobei jedoch die Steuerbeträge der Hefenbrennereien nur zur Hälfte, die der sonstigen Getreidebrennereien nur zu sieben Achteln in Ansatz kommen. Den gemischten (Preßhefe und dickmaischenden) Brennereien werden bei dieser Bemessung die für jede der beiden Arten des Betriebes gezahlten Steuerbeträge verhältnißmäßig angerechnet. Für Brennereien, welche am 1. April 1887 zwar vorhanden waren, aber in den Etatsjahren 1879/80 bis 1885/86 einen regelmäßigen Betrieb nicht gehabt haben oder welche am 1. April 1887 erst in der Herstellung begriffen waren, wird die Jahresmenge Branntwein, welche sie zu dem Abgabesatze von 0,50 Mark herstellen dürfen, nach dem Umfange ihrer Betriebsanlagen entsprechend bemessen. Nach Ablauf von je drei Jahren wird für die einzelnen bisher betheiligten Brennereien und für die inzwischen entstandenen landwirthschaftlichen (§ 38 1a) oder Materialsteuer entrichtenden Brennereien die Jahresmenge Branntwein, welche § 95 zu dem niedrigeren Abgabesatze herstellen dürfen, neu bemessen. Die Bemessung derselben erfolgt nach Maßgabe der in den letzten 3 Jahren durchschnittlich zum niedrigeren Abgabesatz hergestellten Jahresmengen. Die inzwischen neu entstandenen Brennereien, sowie diejenigen, welche während der letzten drei Jahre einen regelmäßigen Betrieb nicht gehabt haben, sind hierbei nach dem Umfange ihrer Betriebsanlagen und unter Berücksichtigung der landwirthschaftlichen Verhältnisse nach Anhörung zweier Sachverständigen der Brennereigenossenschaft zu veranlagen. Für die Bemessung der von solchen Brennereien zum niedrigeren Abgabesatze herzustellenden Branntweinmenge wird dasjenige Verhältniß zu Grunde gelegt, nach welchem die bisher bestandenen Brennereien an der zum niedrigeren Abgabesatze herzustellenden Jahresmenge im Verhältniß zur Maischbottichsteuer betheiligt werden. — Landwirthschaftliche Brennereien, welche nach dem 1. April 1887 in gewerbliche (§ 39 1. Absatz 1) umgewandelt werden, dürfen Branntwein zu dem niedrigen Abgabesatze nicht mehr herstellen. — Materialsteuer entrichtenden Brennereien kann nach näherer Bestimmung des Bundesrathes gestattet werden, ihr gesammtes Erzeugniß zu dem niedrigeren Abgabesatze herzustellen.

Hierzu liegt folgender Antrag des Abg. Rickert und Genossen vor:

1) § 2: Hinter Alinea 2 einzuschalten: Das Kataster, aus welchem die Vertheilung der mit 0,50 Mark zu versteuernden Jahresmenge auf die einzelnen Brennereien ersichtlich ist, wird dem Reichstage zur Kenntniß gebracht. 2) § 2 Alinea 3 dahin zu fassen: „Nach Ablauf von je 3 Jahren wird für die einzelnen Brennereien die Jahresmenge Branntwein, welche sie zu dem niedrigeren Abgabesatze herstellen dürfen, nach Verhältniß der von ihnen in den letzten 3 Jahren hergestellten Branntweinmengen neu bemessen. Brennereien, welche dann noch nicht 3 Jahre im Betriebe sind, oder während der letzten 3 Jahre einen regelmäßigen Betrieb nicht gehabt haben, sind hierbei nach dem Umfange ihrer Betriebsanlagen entsprechend zu berücksichtigen.

Berichterstatter Abg. Gamp empfiehlt die Annahme der Commissionsbeschlüsse und Ablehnung der gestellten Anträge.

Präsident v. Wedell schlägt vor, die Discussion über die §§ 1 und 2 zu verbinden.

Abg. Rickert (deutschfr.): Wir werden uns an der Berathung des Gesetzentwurfs nur insoweit befassen, als es unsere Pflicht erheischt, die großen Gesichtspunkte der Vorlage zu beleuchten. Ich möchte daher bitten, die beiden ersten Paragraphen nicht, wie es der Herr Präsident vorschlug, in der Discussion zu verbinden, damit nicht die principielle Debatte mit technischen Gesichtspunkten vermischt werde.

Präsident v. Wedell-Piesdorf ist bereit, den Wünschen des Abg. Rickert stattzugeben, wenn das Haus keinen Widerspruch erhebt.

Abg. v. Mirbach (cons.) wünscht die Zusammenfassung der §§ 1 und 2 in der Discussion, da sie materiell zusammengehörten.

Abgg. Richter und v. Huene schließen sich dem Wunsche des Abg. Rickert an, worauf Abg. v. Mirbach seinen Widerspruch gegen die Trennung der §§ 1 und 2 zurückzieht.

Das Haus tritt hierauf zunächst in die Besprechung des § 1.

In der materiellen Debatte erhält zunächst das Wort

Abg. Rickert (dfr.): Die Arbeit der Commision ist ein nie geahnter Triumph agrarischer Agitation. Mit diesem Gesetz machen Sie (nach rechts) einen Schritt nach vorwärts in Ihren Bestrebungen, den sie selbst vor einem Jahre nicht für möglich gehalten hätten. Ueberschaute das Volk die Tragweite dieses allen staatsmännischen Grundsätzen widersprechenden Gesetzes, so würden Sie nicht so weit gekommen sein. (Lachen rechts.) Wenn man dem Landmann das Gesetz so begründet: „Das Reich braucht Geld und der Branntweinpest muß entgegengewirkt werden", so ist ja beides richtig und die Sache läge sehr einfach. Aber in Wirklichkeit ist sie es nicht. Herr Oechelhäuser hat noch vor kurzer Zeit selbst erklärt, daß dies Gesetz Dinge enthalte, die in unserer Steuergesetzgebung noch nie vorgekommen sind. Aber sehr bald kam die nationalliberale Partei so weit, das Gesetz sogar für eine wirthschaftliche, sociale und finanzielle Nothwendigkeit zu erklären. An dieser ganzen Entwickelung hat die nationalliberale Partei schuld. Wer hätte vor zehn Jahren geglaubt, daß diese Partei, die damals den Zolltarif ablehnte, jetzt ein solches Gesetz annehmen würde! Wir sind ja jetzt an Diplomatie gewöhnt im politischen Leben, und ich wünsche daher den Nationalliberalen und auch Herrn Windthorst Glück zu ihrem jetzigen Vorgehen. Ob sie freilich ihre Rechnung finden werden, wird die Zukunft zeigen. Es handelt sich bei diesem Gesetze gar nicht um die Deckung nothwendiger Bedürfnisse, sondern um die Zuwendung großer Summen an gewisse Privatpersonen. Im Vordergrunde stehen die Schutzberechtigten, wie Sie (rechts) sagen, völlig unberechtigten, wie ich sage, Interessen der Landwirthschaft. Sagte doch auch Finanzminister v. Scholz, daß diese Zuwendungen die Brenner vom Untergange schützen sollten (hört! hört! links), und Herr von Wedell erklärte diese Zuwendung in seiner Offenheit für eine Liebesgabe. Eine schöne Liebesgabe von 34 Millionen: 1877 freilich hat Herr von Wedell hier noch nach guter, alter conservativer Anschauung sich gegen alle Interessenbestrebungen ausgesprochen, da wir sonst zu einer reinen Interessenvertretung werden würden. Das aber ist jetzt ganz neu, daß man die Steuergesetzgebung nicht benutzt zur Deckung der Bedürfnisse, sondern zur Unterstützung einzelner. Schon darum ist das Gesetz für uns unannehmbar. Aber selbst von dem Standpunkte des Finanzministers aus muß man doch fragen, wie kommt man dazu, diese Dotation so generell zu geben? Der Finanzminister kann doch nicht leugnen, daß unter den 4000 betroffenen Brennern sehr viele sind, die diese Unterstützung absolut nicht brauchen und sie auch gar nicht wollen. Mir hat wenigstens mehr als einer erklärt, daß er die ihm in Folge dieses Gesetzes aus der Staatskasse zufließenden Gelder wohl der Armenkasse werde überweisen müssen. (Unruhe rechts.) Warum legen Sie nicht einfach ein Gesetz vor „zur Unterstützung nothleidender Brenner"? Ein solches Gesetz, wie das vorliegende, widerspricht aller Staatsraison. In Preußen wäre eine solche Kasse Bevorzugung von Privatpersonen auf Kosten der übrigen einfach verfassungswidrig. Trotzdem nimmt der preußische Finanzminister daran Theil. Das ist nicht conservativ und nicht freisinnig, das ist staatsgefährlich. Wenn Sie so die alten bewährten preußischen Grundsätze aufgeben, wir halten an denselben fest, Sie glauben, durch die dreijährige Revision eine Abhilfe gegen die Nachtheile des Gesetzes getroffen zu haben. Aber gerade dadurch wird nach 3 Jahren das Gesetz eine Agitation herbeiführen, schlimmer als alle, die wir bisher gehabt haben. Die Industrie wird in Unruhe gerathen. Eine wilde Speculation wird entstehen. Da wäre es doch besser, definitive Bestimmungen zu treffen. Für uns ist mit allen derartigen Bestimmungen § 1 unannehmbar.

Ich komme nun zu einem anderen finanziellen Gesichtspunkte. Noch im vorigen Jahre erklärten die Nationalliberalen ein solches Gesetz für untrennbar von der Bedürfnißfrage. Diesesmal aber hat Herr Oechelhäuser schon das Bedürfniß einfach für notorisch erklärt. Man macht ein so wichtiges Gesetz, ohne sich um die finanziellen Grundlagen desselben viel zu kümmern, ohne zu fragen, wie viel Ertrag brauchen wir aus dieser Steuer? Vielleicht giebt uns der Finanzminister jetzt die Berechnungen, die er dem Gesetze zu Grunde legte. Aber es kommt eben nur darauf an, möglichst viel Geld zu bewilligen — ob 50 Millionen mehr, was thut das? Die Bedürfnißfrage wird ganz außer Acht gelassen. Das Bedürfniß sei notorisch, sagt der Finanzminister. Notorisch? Ich weiß nichts davon. (Lachen rechts.) Ich werde Ihnen die Rechnung aufmachen. Man spricht von der nothwendigen Entlastung der Communen, von Ueberweisung von der halben Grund- und Gebäudesteuer an dieselben Haben Sie aber schon in Preußen ein brauchbares Gesetz über diese Ueberweisungen gesehen? Auch Herr von Bennigsen hat früher erklärt, eine Entlastung der Communen sei freilich wünschenswerth, aber das „Wie" sei die Frage. Man kommt dabei eben in die größten Schwierigkeiten. Also man zeige uns auf dem Papier die ziffermäßige Zusammenstellung der Ausgaben, für welche wir diese großen Einnahmen brauchen. Der Finanzminister hat herausgerechnet, daß wir in der nächsten Zeit 52 Mill. mehr Ausgaben brauchen werden. Wenn man alles zusammenzählt, was er aufgestellt hat, ist ja das richtig. Aber wo bleibt denn die Gegenüberstellung der Minderausgaben, der Steigerung der Einnahmen? Und sind nicht unter jenen Ausgaben so manche, die erst nach vielen Jahren an uns herantreten werden? Aber wenn wir die 52 Millionen auch gelten lassen, entspricht das den hier geforderten Summen? Es werden sich freilich nachher auch noch andere Ausgaben finden, die man jetzt nicht will. Wird dann der Abg. Windthorst auch so für die neuen Ausgaben stimmen, wie jetzt für die Einnahmen? Jedenfalls aber frage ich: „Wo bleibt denn der Nachweis der nothwendigen Ausgaben?" Die Mehrausgaben für die Militärverstärkung waren wir bereit zu bewilligen, wir haben auch den Weg zu ihrer Deckung gezeigt, indem wir auf die Reform der Zuckersteuer, auf eine Reichseinkommensteuer verwiesen. Aber gegen diese fortwährende unmäßige Erhöhung der indirecten Steuern müssen wir protestiren. Immer mehr belastet man die ärmeren Klassen, ohne einen gerechten Ausgleich der Steuern herbeizuführen. „Nebendinge" nannte der Finanzminister unsere Bedenken, „Nebendinge" sollen es sein, wenn man Hunderte von Millionen den ärmeren Klassen wieder auferlegt, ohne dafür eine gerechte Anspannung der wohlhabenden herbeizuführen? Auch die ärmeren Klassen sind von der Nothwendigkeit der Steuern überzeugt, aber nicht, wenn dabei solche Privilegien für die Brenner aufgenommen werden. Ist das etwa ein Aequivalent für das Socialistengesetz, für das Puttkamer'sche Regiment in Preußen? Im Gegentheil, die Erbitterung wird dadurch noch wachsen. Herr Miquel tritt jetzt als Freund der Agrarier auf, aber 1884 hat er sich noch „unter donnerndem Applaus der Nationalliberalen" gegen alle diese Bestrebungen ausgesprochen, und das Programm, welches er damals aufstellte, ist dasselbe, welches wir jetzt vertreten. Wollen Sie uns daraus einen Vorwurf machen? Auch die Herren v. Bennigsen und Beseler haben früher den von uns vertretenen Standpunkt eingenommen. Beim Zolltarif verlangte Herr v. Bennigsen finanzielle Garantien, und nur weil diese fehlten, stimmten die Nationalliberalen gegen das ganze Gesetz. Was zwingt sie jetzt, dem Reiche ohne jede Garantie diese kolossalen Mittel zu überlassen? Ohne jeden Grund sind sie jetzt bereit, das zu gewähren, wozu sie sich früher durchaus nicht verstehen wollten. Dabei ist dies Gesetz nur der Anfang zu weiteren Bewilligungen. Hat doch der Finanzminister mehr wie einmal erklärt, daß damit die Steuerreform noch lange nicht beendet sei. Eine Biersteuer, eine Weinsteuer werden nachfolgen, wie dies aus Aeußerungen des Finanzministers unzweifelhaft hervorgeht. Eine Erhöhung der Kornzölle wird, wie ich befürchte, auch noch von diesem Reichstage vorgenommen werden. Wenn wir gegenüber den Mehrbelastungen dieses Gesetzes den Fortfall des Kaffeezolles verlangen, so entspricht das einer Anregung des Abg. Miquel, der früher erklärte, er könnte einer Erhöhung der Branntweinsteuer zustimmen unter der Voraussetzung, daß der Kaffeezoll fortfalle. Dieses Gesetz mit seiner Belastung der Armen, seinen Privilegien für die Brenner, ist ein solches, wie es in keinem absoluten Staate möglich wäre. Fürchten Sie denn gar nicht die Consequenzen dieses Gesetzes? Was soll daraus werden, wenn diejenigen, die gerade die Macht in der Hand haben, sie so rücksichtslos ausbeuten, wenn sie wie die Sieger gegenüber den Besiegten auftreten? Die Parteien sollen nur im Dienste des Vaterlandes stehen, und ich meine nie mehr im Dienste des Vaterlandes gestanden zu haben, als indem ich Sie bitte, diese Vorlage abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Mirbach (cons.): Den größten Theil der Einwendungen des Abg. Rickert haben wir bereits bei anderen Steuervorlagen gehört. Er sagte u. a., wir Agrarier feierten hier einen Triumph unserer Bestrebungen. Davon ist gar keine Rede. Die conservative Partei will nichts als einen Schutz berechtigter Interessen. Wie weit diese Interessen berechtigt sind, darüber besteht eben die Meinungsverschiedenheit zwischen uns und dem Abg. Rickert. Ich persönlich würde keinen Schritt weiter gehen, als ich diese Interessen für berechtigt halte. Der Abgeordnete Rickert hat ein neues bon mot erfunden, wozu ich ihm gratulire. Er nannte diese Vorlage staatswidrig. Nun, wir und die Parteien, die die Mitte des Hauses einnehmen, könnten dies ja acceptiren, wir könnten uns staatswidrige Parteien nennen. (Heiterkeit.) In Bezug auf die Bedürfnißfrage sagte der Abg. Rickert, eine wirkliche Volksvertretung würde sich ein solches Gesetz nicht gefallen lassen. Wir sind aber in den Augen des Abg. Rickert nur darum keine wirklichen Volksvertreter, weil wir nicht seiner Meinung sind. Der Abg. Rickert bezog sich auch heute wieder auf die Reichseinkommensteuer. Den Gedanken halten ich und meine Freunde für nicht so ganz verwerflich. Eine Einkommensteuer vom beweglichen wie unbeweglichen Vermögen halte ich für durchaus gerechtfertigt. Nur müßte für das mobile Capital Declarationszwang und Confiscation des Vermögens bei unrichtiger Declaration eingeführt werden. Was den Vorschlag betrifft, den Kaffeezoll aufzuheben, so haben mich meine politischen Freunde beauftragt, zu erklären, daß sie gegen den Antrag stimmen werden. Dieser Zoll ist einer der besten Finanzzölle. Dagegen könnte ich für meine Person der Aufhebung der Salzsteuer zustimmen, für den Fall, daß der Staat den Verkauf des Salzes übernähme. Das würde dem kleinen Manne mehr helfen. Die Provinz Ostpreußen, die ich vertrete, hat meist nur Brennereibetriebe von geringerem Umfang. An sich ist es ja zu beklagen, daß in dem Moment einer schweren Krisis der Landwirthschaft jetzt eine hohe Steuer auferlegt wird, die gerade die landwirthschaftlichen Consumenten am schwersten betrifft. Nehmen wir nun an, daß allein die Consumenten betroffen würden und die Producenten alles auf diese abwälzen könnten. Wenn der Preis nach Einführung dieser Steuer sich auf 100 M. stellen würde, würde die Herstellung des Glases Branntwein meiner Rechnung nach immer noch zu drei Pfennig möglich sein. Die Belastung wird durchaus keine so hohe werden, wie befürchtet wird, nur Diejenigen werden es empfinden, welche unmäßig Branntwein trinken. In den letzten Jahren haben übrigens die Brenner meist mit großen Verlusten producirt. Die Wrede'schen Berechnungen leiden an zwei Fehlern: Erstens nimmt er durchschnittlich 100 Centner Kartoffelertrag pro Morgen an und zweitens durchschnittlich 21 Procent Stärkegehalt der Kartoffel. Die Brennereien können aber nur zu einem Preise von 50 Mark mit Vortheil arbeiten. Kommen die 20 Mark Differenz voll zur Erscheinung, so würde sich nur ein Preis von 56 Mark ergeben. Von einem Geschenk an die Brenner kann gar keine Rede sein. In Folge des Consumrückganges werden wir sogar genöthigt sein, viel zu exportiren und dadurch den Preis des Weltmarktes herabzudrücken. Zweifellos steht fest: entweder wird die Preisbildung günstig durch die Differenz, dann wird die Concurrenz schon dafür sorgen, daß durch Ueberproduction alle Vortheile verloren gehen, oder die Preisbildung wird, wie ich glaube, ungünstig, dann ist das Unglück gleich da. Der Abg. Richter hat das Alles ganz klar erwiesen. Trotzdem hat er maßlose Anklagen gegen die Agrarier und Brenner geschleudert. Ein großer Theil seiner Thätigkeit besteht ja darin, Zufriedenheit im Reiche zu verbreiten. (Heiterkeit.) Diese seine Angriffe streifen beinahe an Schürung des Klassenhasses. Herr Richter ist ein Mann des Wortes und der Feder und hat hier Bedeutendes geleistet. Gegenüber so scharfen Beleidigungen gegen die Agrarier und Brenner sollte man doch aber auch nöthigenfalls mit Thaten eintreten. Von unserer Seite wird ihm hier ein Jeder zur Verfügung stehen. Herr Richter schlug vor, die Agrarier auszukaufen. Der Abg. Richter sagte, er hätte den Gedanken, die Grundbesitzer auszukaufen, in einer katholischen Zeitung gefunden. Ich wünschte, er schöpfte seine Belehrung über diese Dinge lieber aus einem anderen Theil der katholischen Presse, z. B. aus den vortrefflichen Ausführungen des Frhrn. von Schorlemer über landwirthschaftliche Angelegenheiten. Ich bin ein gut conservativer Mann, halte jedoch auch den liberalen Gedanken für durchaus berechtigt. Ich verkehre freundschaftlich mit meinen Erwerbsgenossen in meiner Heimath, die der älteren fortschrittlichen Richtung angehören. Diese haben der Fortschrittspartei neuer Observanz den Rücken gekehrt. Es sollte denn doch wirklich diese Art, den politischen Gegner mit Schmutz zu bewerfen und seine Person zu verdächtigen, unseren Verhandlungen fern bleiben. Auch meine Partei hat hier gefehlt, aber was von jener Seite an Angriffen derart geleistet ist, geht über alles Maß hinaus.

Ich kehre zum § 1 zurück. Auch Herr Richter giebt zu, daß unsere Spiritus-Industrie zu einem bedeutenden Factor für die Landwirthschaft und für den Weltmarkt geworden ist. Sollte da die Regierung bei solch neuem Gesetz die Interessen dieser Industrie ganz und gar vernachlässigen? Wenn wir die Landwirthschaft schützen wollen, dann müssen wir die einzelnen Landwirthe schützen, sonst tritt eine vollständige Devastation des Immobilienbesitzes ein. Die Landwirthschaft ist jetzt so todtkrank, daß sie vielleicht gar nicht einmal das hier gemachte Experiment wird aushalten können. Gerade unsere schwächeren und kleineren Erwerbsgenossen werden schwer zu leiden haben. Diese kleinen Landbautreibenden sind nun gar nicht in der Lage abzukommen und hier ihre Interessen zu vertreten. Da ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, für sie einzutreten, deren Existenz schwer bedroht ist. Ich würde pflichtvergessen handeln, und meine Wähler hätten ein Recht, von mir die Niederlegung des Mandats zu fordern, wenn ich nicht im Interesse der Landwirthschaft alles thäte, was mir möglich ist. Ich erblicke in diesem Gesetz gar kein Geschenk, sondern eine schwere Belastung des Brennereibetriebes durch die Belastung des Consums. Ich meine daher, wenn die Regierungen hier mit Schonung vorgehen, so sind wir Ihnen zu großem Dank verpflichtet. (Beifall rechts.)

Inzwischen haben die Abgg. Grad, Dr. Simonis und Gen. ihren Antrag wie folgt modificirt:

Dem § 1 unter 3 folgenden Zusatz hinzuzufügen:

„Branntwein bereitet als Haustrunk, wenn die Bereitung lediglich zum eigenen Bedarf eines Haushaltes von nicht mehr als 10 Personen über 16 Jahre geschieht."

Abg. Spahn (Centrum): Auf die allgemeinen Gesichtspunkte gehe ich nicht ein, sondern will nur meinen Antrag vertheidigen. Ich verweise darauf, daß die Vorlage den Consumenten zu stark belastet, und ich meine, daß auch ein geringer bemessener Steuersatz den finanziellen Interessen des Reiches vollkommen Rechnung trägt. Ein Steuersatz von 35 und 55 Pf. ergiebt im Ganzen eine Einnahme von 109 515 000 Mark, also gegen früher mehr 81 365 000 Mark. Man spricht nun so viel von den ethischen Wirkungen dieser Steuer. Ich bin gern bereit, alle Bestrebungen zur Bekämpfung der Branntweinpest zu unterstützen. Aber ich kann einer Steuer keinen ethischen Werth zuerkennen, die den Arbeiter geradezu zwingt, sich des Branntweingenusses auch in mäßigen Grenzen zu enthalten. Der Branntweinsäufer wird sich dadurch in seinem Treiben nicht beirren lassen. Gewisse Kreise der Bevölkerung können den Branntwein gar nicht entbehren, und gerade diese ärmeren Klassen des Volkes werden den Steuerzuschlag voll und ganz zu tragen haben. Ich bitte Sie daher, meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Dr. Miquel (natl.): Ein Politiker muß seinen Entschluß fassen aus der gegenwärtigen Lage, nicht aus der Erinnerung der Vergangenheit und aus ganz verschiedenartigen Situationen, aus denen er früher concludirte. Beispielsweise verarge ich es meinem verehrten Gönner, dem Abg. Rickert, durchaus nicht, daß er im Jahre 1879 mit großer Beredsamkeit im preußischen Abgeordnetenhause eintrat für die Ueberweisung der gesammten Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden. (Hört! Hört!) Indem er sich sogar darauf berief — und mit Recht —, daß die gesammte liberale Partei Preußens schon 1865 diese Forderung aufgestellt hat und derselbe Abgeordnete 1880 gegen diese Ueberweisung sich erklärte. Wahrscheinlich, weil damals die gesammte Lage eine andere geworden war. Was mich selber betrifft, so habe ich für derartige Ueberweisungen an die Communen gerade umgekehrt, wie Herr Rickert mir nicht bestreiten wird, von jeher eine große Sympathie gehabt und füge hinzu: „Diese Sympathie ist von Jahr zu Jahr geringer geworden." Also dafür kämpfe ich überhaupt hier gar nicht, daß wir solche große Summen aus Reichsmitteln auf die Einzelstaaten überweisen, daß beispielsweise in Preußen die gesammte Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden immer bedenklich geworden ist. Eine Uebernahme von Lasten stetiger Natur, die bis dahin vom Staate auf die Gemeinden abgewälzt sind, wenigstens die theilweise Uebernahme solcher Lasten scheint mir im Ganzen weit rationeller als beispielsweise die Schullasten. Ich würde es für eine wahre Wohlthat halten, wenn wir uns dahin verständigten, daß etwaige Ueberweisungen verwendet werden müßten zur Aufhebung des Schulgeldes, wo es noch besteht, beziehungweise zur Befreiung der unteren Volksklassen von der Communalbesteuerung. Das ist bereits in einer Reihe von größeren Gemeinden geschehen, aber in dem weit überwiegenden Theil der deutschen Gemeinden nicht. Diese Ueberweisungsfrage wollte ich nur streifen, ich glaube, die erste Frage, die wir zu stellen haben, ist doch wohl die: „Wie steht das Reich mit seinen Finanzbedürfnissen?" Allerdings bin ich der Meinung, wenn man Steuern bewilligt, ist die natürliche Frage die: „Sind diese Steuern eine Nothwendigkeit? Wir haben von jeher in der gemäßigt liberalen Partei den Grundsatz festgehalten und darnach gestrebt — darüber ist nie ein Streit gewesen —, daß das Reich seine Ausgaben ausschließlich durch eigene Einnahmen bestreiten soll. Nun sind wir aber jetzt schon in diesem Etat an einer Steigerung von 47 000 000 M. Matricularumlagen gegen das Vorjahr, und außerdem hat der Finanzminister nach meiner Meinung unwiderleglich nachgewiesen, daß unmittelbar in den nächsten Jahren eine Steigerung der Ausgaben von 42 Millionen M. etwa eintreten wird. Dabei lasse ich noch ganz auch dem Spiel die doch für jeden erfahrenen Kenner der Entwickelung der Dinge zweifellos nachtheilige Steigerung der Ausgaben in allen großen Staatswesen, ich lasse dabei aus dem Spiel, daß wir heute im Reiche eine sehr große Anzahl von Ausgaben durch Anleihen die ganzen Jahre hindurch gedeckt haben, die den Charakter von regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben haben und durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden sollten (Sehr richtig!), ein System, was auf die Dauer zu den größten finanziellen Bedenken Anlaß geben muß, aber das kann mir doch nicht widersprochen werden, daß, wenn man dies System noch obendrein beibehalten will, man doch wenigstens an eine Tilgung der Schulden gehen muß, wie das alle solide Staatsverwaltungen thun. Wir haben im Reich fortwährend neue Schulden gemacht, wir tilgen aber nichts. Welches schließliche Ende soll solche Finanzpolitik nehmen? Nun, gehe ich weiter. Es ist von dem Collegen Rickert uns vorgeworfen worden, daß wir einen solchen Betrag, vielleicht von 50 Millionen Mark, aus Reichsmitteln würden zu zahlen haben zur Unterstützung der Arbeiterinvalidenpensionen. Ja, hier liegt, glaube ich, etwas im Hintergrunde, was die Abneigung des Collegen Rickert und seiner politischen Freunde gegen die Vermehrung der Reichseinnahmen verstärkt. Diese Art der Socialpolitik, die auch Mittel des Staates verwendet direct zur Verbesserung der arbeitenden Klassen, ist überhaupt bei den Herren nicht recht beliebt. Ja, meine Herren, ich bin doch der Meinung, daß die Frage, einmal gestellt, ernstlich von der Reichsregierung in die Hand genommen, von großen Fractionen unterstützt, nicht wieder von der Bildfläche verschwindet. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, sie wird nicht eher verschwinden, als bis sie in der einen oder andern Weise gelöst ist, und daß dann die Arbeitgeber und die Arbeiter nicht in der Lage sein werden, diese sehr bedeutenden Ausgaben, die hier entstehen, allein zu decken, daß es vollkommen berechtigt ist, die Reichskasse in der Beziehung zum Theil mit heranzuziehen. Das dies doppelt berechtigt ist, ja eine natürliche Verpflichtung des Reiches, wenn wir derartige Einnahmen bewilligen, die doch größtentheils die arbeitenden Klassen tragen, darüber kann kein Zweifel sein. Nun, meine Herren, rechne ich diese Summe zusammen, die ich als unmittelbar bevorstehend, aber als vorhanden annehme, so komme ich schon auf solche Summen, daß ich befürchte, mit den Ueberweisungen an die Einzelstaaten kann es schon sehr knapp gehen. Ob schließlich die Einzelstaaten viel davon direct überwiesen erhalten, abgesehen von der Verringerung der Matricularumlagen, ist mir außerordentlich zweifelhaft. College Rickert hat fortwährend exemplificirt auf Preußen. Ja, wir haben in Deutschland Staaten, deren finanzielle Situation noch viel schwieriger ist und fast unhaltbar wird, wenn wir fortfahren, in ungemessener Weise für die stets steigenden Ausgaben des Deutschen Reichs die Matricularumlagen zu erhöhen. Ich erinnere in dieser Beziehung an die Thüringer und andere kleine deutsche Staaten. Ein großer Staat, wie Preußen, könnte sich noch eher helfen, aber in diesen Staaten sind die Mittel, die College Rickert uns bietet, nämlich die schärfere Heranziehung mittels der Einkommensteuer selbst auf Grund der Declaration bereits erschöpft. (Sehr richtig! Ruf: Baden!) Baden ist genau in derselben Lage. Dort ist das mobile Capital in einer Weise herangezogen, daß man es kaum wird weiter treiben können. Jetzt haben wir Baden eine neue Ausgabe von zwei Millionen allein an Militärlasten auferlegt. Auch die Badenser werden in derselben Schwierigkeit sein. Hier haben wir also das punctum saliens. Der Minister für Baiern hat mit vollem Rechte gesagt, und seine Rede geschlossen: „Kräftigen Sie das Deutsche Reich und seine Glieder." Das Deutsche Reich darf nicht aus Wohlthat Gnade gewähren für die Einzelstaaten. Das halte ich für eine sehr bedenkliche Situation für die gesammte Reichsentwickelung und für die Zufriedenheit der Bevölkerungsklassen im Deutschen Reich und die Stellung der Einzelstaaten im Deutschen Reich. Sowohl das Parlament des Deutschen Reichs, als die Ständeversammlungen und Abgeordnetenhäuser aller Staaten Deutschlands haben das volle Ausgabebewilligungsrecht, und ich glaube, wenn man Mal aufrichtig sein will, sind doch in den letzten Jahren bei der knappen Lage der Finanzen eine Reihe von Ausgaben nicht gemacht worden, bezüglich welcher alle Theile und fast alle Parteien einverstanden waren, daß sie dringend wünschenswerth erschienen. Das wird gewiß immer sein, aber

es kann doch Zeiten geben, wo die Sachen dringlicher werden. Ich sage es beispielsweise ganz offen, daß ich zu solchen Ausgaben sowohl im Reich als in den Einzelstaaten die Aufbesserung der Gehalte und Bezüge der unteren Beamtenklassen rechne. (Abg. Rickert: Gewiß!) Das ist meine Ueberzeugung. Aus meiner Stellung in der Gemeinde weiß ich das. Ich halte es für ein dringendes Bedürfniß, nicht blos für eine humane Frage, sondern geradezu für eine Frage, die mit der ganzen geordneten und sicheren Verwaltung des Staates in engster Beziehung steht, daß man in dieser Beziehung im Reich und in den Einzelstaaten vorgehen muß. Wenn wir nun diese Mittel, die wir hier gewinnen, zu solchen Zwecken verwenden, so kann man allerdings mit Recht sagen, daß es sich hier nicht im wesentlichen um eine Bevölkerungsklasse handelt. Ich setze allerdings voraus — von mir kann ich das behaupten —, daß, wenn solche Ueberschüsse vorhanden sein werden, die wir nicht unmittelbar zu Reichszwecken gebrauchen, alle Parteien aus der Art und Weise, wie hier die Einnahmen entnommen werden, die moralische Verpflichtung herzuleiten haben, die Ausgaben auch thunlichst im Interesse der weniger bemittelten Klasse zu verwenden. (Abg. Rickert: Das wäre wünschenswerth, geschieht aber nicht!) Wenn es mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen wäre, und nicht einen schweren Eingriff in die Verfassung der Einzelstaaten enthielte, so würde ich gar kein Bedenken haben, diesem Gesetze solche Verwendungszwecke bei Ueberweisungen an die Einzelstaaten obligatorisch anzubieten (Hört! hört! im Centrum), aber dazu bin ich verfassungsmäßig nicht berechtigt, und es würde auch wirklich bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Staaten ungeheuer schwer sein, hier das Richtige zu treffen. Ich muß mich daher verlassen auf die verständige Verwendung der vom Reich an die Einzelstaaten überwiesenen Mittel. Als wir für die Verfassung des Norddeutschen Bundes stimmten, da hieß es: „Reactionäre, Ihr gebt die Freiheit preis, warten wir doch!“ Ja, hätten wir gewartet, so hätten wir damals überhaupt nicht das Deutsche Reich, sondern Militärconventionen bekommen. Im Jahre 1870 war es genau ebenso, mit den Justizgesetzen ebenso. (Zuruf des Abgeordneten Rickert.) Das ist ganz richtig, Herr Abg. Rickert, und ich bedauere, daß Sie das nicht mitmachen. Ich habe wirklich noch die Hoffnung, daß Sie in Zukunft doch wieder das und ähnliches mitmachen werden. (Abg. Rickert: Ich danke!) Nun haben verschiedene Redner, namentlich Herr Rickert, gesagt: „Die Revisionsklausel ist nichts werth. Ob die im Gesetz steht oder nicht, ist gleichgiltig; man könne ja doch alle drei Jahre Abänderungsanträge stellen.“ Ja, dieser Ansicht kann ich entfernt nicht beitreten. Regierungen und Parlament erkennen heute an, daß sie außer Stande sind, die volle Wirkung des Gesetzes auf die wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse zu beurtheilen. Sie sagen daher: Wir wollen erst einmal auf drei Jahre dies Gesetz in Kraft setzen, dann soll die Regierung eine Vorlage an das Parlament machen, wonach sie entweder sagt: „Aus den und den Gründen braucht nicht revidirt zu werden und darf an den bisherigen Bestimmungen nichts geändert werden!“ oder: „Aus den und den Gründen kann oder muß geändert werden!“ Es kommt also nach 3 Jahren die ganze Frage auf Grund der Erfahrungen, die wir dann gemacht haben, zur erneuten Discussion. (Abg. Dr. Windthorst: Nicht die ganze Frage!) Ja, die Höhe der Steuern und die Differenz, was ja in diesem Paragraphen die Hauptsache ist. Nun hat man gesagt: „Ja, die Regierungen werden nie in eine Ermäßigung der Differenz einwilligen.“ Der Ansicht bin ich auch nicht. Denn ich bin der Meinung, daß die Regierungen von ihrem Standpunkt, nämlich der hauptsächlichen Vertretung, der finanziellen Vertretung ihrer Staaten, wenn wirthschaftliche Bedenken nicht entgegenstehen, an der Höhe der Differenz nicht entfernt ein Interesse haben. Ich wende mich in dieser Beziehung an Baiern. Ich würde, da ich in allen solchen Fragen, namentlich die die Verhältnisse des Reichs zu den Einzelstaaten betreffen, wenn, wie ich mit Sicherheit annehme, der Antrag des Freiherrn von Gagern nicht angenommen wird, der dahin führen würde, die Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiet absolut lahm zu legen, nachdem doch das Reservatrecht von Baiern aufgegeben ist — ich würde, sage ich, vom Reichstage und vom Bundesrath erwarten, daß er mit Loyalität und im vollen guten Glauben die Revision vornimmt, und ich interpretire das dahin: Wenn sich zeigen sollte, daß, wie auch der Minister es hier ausgesprochen hat, nach welchem die Differenz gar nicht zum Vorschein kommen, sondern daß nur 10—15 M. in dem Preise zum Vorschein kommen, folglich der Schutz der bairischen Landwirthschaft auf eine andere Weise als durch Aufrechterhaltung der 20 Pfennig-Differenz nicht erzielt werden könnte, so würde das ein sehr starkes Incitament sein für den Reichstag und den Bundesrath, dabei stehen zu bleiben. Heute hat Baiern einen Schutz von 10 M. gegenüber der Concurrenz der norddeutschen Brenner. Wenn Baiern den Schutz von 15 M. in vollem Maße auf Grund dieses Gesetzes erhielte, so bin ich überzeugt, würden wir uns dann leicht mit der bairischen Regierung und mit den Abgeordneten aus Baiern verständigen können, die Differenz herabzusetzen. Das muß ein gegenseitiges loyales Verhältniß geben, und ich bin überzeugt, auf Grund der Erfahrungen wird es vielleicht leichter sein, als jetzt, wo der Eine das Eine sich in der Phantasie vorstellt, der Andere das Andere. Ich halte daher die Revisionsklausel, die eine Verpflichtung erneuter eingehender Prüfung öffentlich vor dem Lande hier im Parlament giebt, durchaus nicht für werthlos.

Was nun die Frage des Verhältnisses der gewerblichen Brennereien zur Landwirthschaft betrifft, so hängt diese Frage zusammen mit dem Schutze, den das Gesetz namentlich in § 1 den kleineren, weniger begünstigten Brennereien gegen die großen geben will. Ich kann mich ja jetzt, weil wir nicht in der Generaldebatte sind, nicht mit der Reihe sehr bedeutsamer Bestimmungen befassen, die namentlich auf Anregung der Herren Buhl und v. Huene in das Gesetz hineingekommen sind, welche alle die eine Tendenz verfolgen, die kleineren und mittleren landwirthschaftlichen Brennereien besser als bisher gegen die großen zu schützen. Während man degressiv nach unten die kleinen erleichtert, hat man progressiv nach oben die größeren und größten beschwert. Man hat das sogar soweit ausgedehnt, daß man nun auch die mittleren und kleinen gewerblichen Brennereien, die wesentlich Kornbrennereien sind, mehr begünstigt hat. Darauf will ich aber zur Zeit nicht eingehen. Nur den Satz will ich aussprechen, daß ich den Schutz, den in vollem Maße bei dem großen Landculturinteresse die Aufrechthaltung der Brennereien als landwirthschaftliches Nebengewerbe ganz ohne Rücksicht auf alle Personen thatsächlich involvirt, ich sage, daß ich den Schutz den mittleren und kleineren landwirthschaftlichen Brennereien sehr gern gewähre, ohne daß ich mir deswegen vorzuwerfen habe, ich vertrete hier agrarische Interessen oder wollte einzelne Personen begünstigen. Bei der Ansicht bleibe ich stehen, daß, indem man die großen landwirthschaftlichen Brennereien mit den großen gewerblichen Brennereien gleichstellte, man sie in der Steuer schärfer heranzog, wie man das heute bei den großen landwirthschaftlichen Brennereien gethan hat. Ich kann der Ansicht nicht beitreten, daß, was das Landescultur-Interesse betrifft, die gewerblichen Brennereien einen wesentlichen Unterschied zeigten gegenüber den großen landwirthschaftlichen. Aber jetzt bleiben doch thatsächlich alle gewerblichen landwirthschaftlichen Brennereien bestehen. Sie nehmen Theil an dem geringeren Steuersatz. Sie werden, da sie Kornbrennereien sind, von der Steuer von 28, die sie bisher thatsächlich getragen, auf eine Steuer von 20 reducirt. Wir haben die kleineren gewerblichen Brennereien, wie schon gesagt, noch weiter begünstigt, so daß sie in ihrem Bestande erhalten bleiben können. Wir werden sehen, welche Erfahrungen wir bezüglich ihrer weiteren Entwickelung in Zukunft machen. Dann hat es die Gesetzgebung bei der periodischen Revision immer in der Hand, auf diese Frage zurückzukommen. Da wir kein gegenwärtiges Interesse verletzen, da wir Vorhandenes nicht vernichten, so glaube ich, kann man allerdings sich eher bei dieser nach meiner Meinung nicht richtig entschiedenen Frage beruhigen.

Meine Herren, ich will hiermit schließen bei der vorgerückten Zeit. Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit des jetzigen Reichstages, wenn es ihr gelingt, in einer Session das Deutsche Reich militärisch zu befestigen und finanziell zu consolidiren; wenn es ihr gelingt, den Druck der Matricularumlagen zu vermeiden, mäßige Ueberweisungen an die Einzelstaaten zu machen; wenn die Ueberschüsse die vorhanden sind, vor allem zur Entlastung der weniger bemittelten Klassen gebraucht werden; wenn dadurch im Volke das Gefühl entsteht, daß gegenüber den vielleicht drohenden Stürmen der Zukunft das Deutsche Reich in seinem Innern wetter- und sturmfest steht, dann ist dies auch ein Schild in der Stimmung des Volkes für die Mehrheit dieses Parlaments, an welchem alle Angriffe zerschellen werden. (Beifall.)

Abg. Kräcker (Socialdem.): Als das Monopol auf die Tagesordnung kam, sollten die Erträge desselben das Patrimonium der Enterbten sein. Was aus dem Patrimonium geworden ist, haben die Ereignisse seitdem gezeigt und zeigt diese Vorlage. Aus dem Patrimonium ist eine Entschädigung für die Brenner geworden, und es scheint, daß die Regierung nicht weiß, wer die Enterbten sind, daß sie diese unter den Großgrundbesitzern sucht. Herr Miquel hat einmal gesagt, die Erträge der Branntweinsteuer müßten den Arbeitern zu gute kommen. Jetzt wird ein Gesetz gemacht, daß gerade die arbeitenden Klassen am meisten belastet. Ist das die versprochene Socialreform? Dadurch, daß man die Aermeren noch mehr zu Gunsten der Reichen belastet, steigert man nur die Unzufriedenheit im Volke. Wenn die Besitzenden eine Agitation betreiben, um ihre Lage noch zu bessern und ihre Interessen zu fördern, so ist es harmlos. Wenn die Arbeiter dies thun, so ist es gefährlich. Wir sind schon darum gegen das Gesetz, weil es die arbeitenden Klassen belastet zu Gunsten der Besitzenden, und meine Partei wird daher gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Frhr. v. Huene (Centr.): Die Socialdemokraten sind den Freisinnigen in der Kritik der Vorlage noch über. Aber auch den Abg. Rickert fordere ich auf, einen einzigen Punkt aus den Verhandlungen der Commission uns zu zeigen, wo von agrarischen Interessen die Rede sein kann. Dem Antrage des Abg. Spahn stimme ich nicht bei, wie denn in dieser Frage unsere Partei nicht einig ist. Es handelt sich dabei um verschiedene Ansichten über die Bedürfnisse des Reiches. Wir haben aber selbst die Uebernahme der Relictenbeiträge auf das Reich für wünschenswerth erklärt, ich halte auch Ueberweisungen an die Einzelstaaten für nothwendig, und außerdem meine ich mit dem Abg. Miquel, daß unsere Finanzwirthschaft auf keinen Fall so weiter gehen darf, wie bisher, daß gerade das den bewährten preußischen Traditionen widersprechen würde, die der Abg. Rickert immer erwähnt. Ich halte daher die Erträge, die aus diesem Gesetze resultiren werden, nicht für zu hoch. Immerhin wäre mir die Annahme des Antrages Spahn noch lieber, als die von den Freisinnigen verlangte Aufhebung des Kaffeezolls, da dieser mit dem Gesetze in gar keinem Zusammenhange steht. Wenn ich trotzdem nicht für den Antrag Spahn bin, so geschieht dies, eben weil ich meine, daß unsere Bedürfnisse die Steuersätze der Vorlage erheischen. Ich werde daher für die Vorlage stimmen. (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. von Scholz: Ich habe nicht die Absicht, bei Gelegenheit dieses Paragraphen 1 nochmals für die Vorlage einzutreten, da alles Nothwendige schon bei Einbringung der ursprünglichen Vorlage gesagt wurde. Ich beschränke mich deshalb nur auf wenige Bemerkungen. Zunächst kann der § 1 der Vorlage, wie er von der Commission gestaltet worden ist, von der Regierung acceptirt werden. Es handelt sich dabei blos um eine Ergänzung, die von den verbündeten Regierungen zugestanden werden kann. Was die heute erst gestellten Anträge betrifft, so freue ich mich namentlich, mich dem anschließen zu können, was der Freiherr v. Huene soeben gesagt hat. Zur Begründung des Antrages der Abgeordneten Lieber und Spahn hat der Abg. Spahn wiederum unsere Ertragsberechnungen in der Regierungsvorlage in Zweifel gezogen. Er sagt, der Branntweinconsum sei in der Vorlage erheblich zu niedrig angenommen und fragt: „Woher kommt der Durchschnitt der Ausbeute von 8 Procent, den die Regierungsvorlage angenommen hat?“ Ich möchte daran erinnern, daß für Preußen die Annahme einer Ausbeute von 8 pCt. durchschnittlich auf einer sehr eingehenden Enquête der landwirthschaftlichen Verwaltung beruht, und daß der baierische Herr Minister in der ersten Lesung gesagt hat: „Ich würde mich glücklich schätzen, wenn ich eine durchschnittliche Ausbeute von 8 pCt. auch für Baiern zugestehen könnte.“ Es soll von mir nicht bestritten werden, und es ist ja auch allgemein anerkannt, daß sogar 9, 10 und 11 pCt. herausgezogen werden können, aber es ist immer die Frage, wie sich die durchschnittliche Ausbeute verhält, und nur diese können wir bei der Ertragsberechnung zu Grunde legen. Gegenüber den früheren Anträgen der Regierung ist in der Vorlage von vornherein eine Selbstbeschränkung geübt worden, die auf das zurückgegangen ist, was im vorigen Jahre, wo wir noch keine solche Entwickelung unseres Militäretats hatten, in der Commission für das Branntweinsteuergesetz von einer großen Partei des Hauses offerirt worden ist. Soweit hat sich die Regierung selbst in dieser Vorlage beschränkt; und das ist auch das Geheimniß des Abg. Rickert, wenn er wünschte, über die Bedürfnisse Aufklärung zu haben. Er sagte: „Wir haben doch im vorigen Jahre Aufklärung erhalten, was für Bedürfnisse vorhanden sind, wo ist uns aber diesmal in der Commission darüber etwas gesagt worden, und was hat diese Aenderung herbeigeführt?“ Diese Aenderung ist daraus hervorgegangen, daß die Vorlage bei Weitem nicht mehr auf alle Bedürfnisse, sondern nur auf die dringendsten Theile sich erstreckt, so daß die große Mehrheit der Commission eine weitere Aufklärung nicht für nöthig fand, was die Verhandlungen auch so sehr gefördert hat. Ich hoffe also, daß Sie nicht nach dem Antrage Spahn entgegen den Commissionsbeschlüssen den Steuersatz der Vorlage herabsetzen werden. Ich hoffe auch, daß Sie auch nicht nach dem Antrage Rickert und Genossen den Kaffeezoll aufheben werden. Ich verzichte darauf, überhaupt dazu eine weitere Ausführung zu machen. Ich glaube, daß dieser Antrag nur den besonderen Zweck hatte, eine parlamentarische Erörterung herbeizuführen; eine praktische Bedeutung hat er aber wohl überhaupt nicht. (Sehr richtig!) Auch die Nummer 2 des Antrags, welche darauf hinausgeht, für die künftige Revision schon jetzt eine Bestimmung darüber zu treffen, was werden soll, wenn bei dieser Revision ein allgemeines Einverständniß nicht erzielt werden sollte, bitte ich recht dringend, abzulehnen. Der Herr Abg. Rickert hat es im allerübelsten Lichte erscheinen zu lassen gesucht, wenn ohne jede Garantie des Erfolges eine solche Revision vorgesehen werden soll, die Agitation dabei von neuem hervorgerufen wird und Niemand weiß, woran er sei. Die Bestimmung, daß im Falle der mangelnden Einigung über die Revision der niedrigere Steuersatz eintreten soll, ist nur eventuell gedacht. Für die ganze Agitation zur Erreichung niedriger Sätze hat ja auch die eigentliche Absicht dieses Antrages angedeutet. Er soll die Regierungen zwingen, den Wünschen einer Majorität ohne weiteres nachzugeben. Das ist eben ein starkes Mißtrauensvotum, welches der Regierung ausgesprochen werden soll, und die Regierung soll nicht das, was nothwendig ist, vereinbaren können, sondern sie soll durch die Drohung der Ablehnung gezwungen werden, alles, was ihr geboten wird, anzunehmen. An die Revision müssen wir mit voller Freiheit herantreten können, und deshalb bitte ich, es bei der Fassung des § 1 zu belassen. Im Uebrigen möchte ich noch im Vorbeigehen gegenüber den pathetischen Ausführungen des Abg. Rickert, daß dieses Gesetz etwas Unerhörtes enthalte, indem es sich den Schutz der Landwirthschaft zur Aufgabe mache, und daß lediglich die Füllung der Kassen der Reichen beabsichtigt sei, erwähnen, daß der Abg. Rickert dabei übersehen hat, daß jeder Schutzzoll in dieser Beziehung ganz dasselbe ist, insofern er der Landwirthschaft zu Hilfe kommt. Wenn der Abg. Rickert — ich weiß nicht, ob das in seinem politischen Katechismus steht — jeden Schutzzoll für etwas fluchwürdiges hält, so braucht er doch in diesem Gesetz nicht etwas besonderes zu finden. (Beifall.)

Abg. Dr. Simonis (Elf.) empfiehlt seinen Antrag, der für Elsaß-Lothringen ein Bedürfniß sei, und dessen Annahme es den Elsässern ermöglichen werde, für das Gesetz zu stimmen. Bei Ablehnung des Antrages würden dagegen der Redner und die meisten seiner Freunde gegen die an sich so wünschenswerthe Erhöhung der Branntweinsteuer votiren.

Die Discussion wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Richter (dtschfreis.): Der größere Theil der Rede des Abg. von Mirbach hat in Ausführungen bestanden, die sich gegen die Rede richteten, welche ich vor einigen Wochen bei der ersten Berathung der Branntweinsteuervorlage gehalten habe. Ich entnehme daraus, daß diese Rede ihre Wirkung auf den Abg. von Mirbach nicht verfehlt hat. Nachdem die Mehrheit des Hauses die Discussion geschlossen hat, hoffe ich im Laufe der weiteren Verhandlungen Gelegenheit zu finden, dem Abg. v. Mirbach zu antworten. Es hat ihm gefallen, seine Rede persönlich gegen mich zuzuspitzen.

Abg. Miquel: Gegenüber den vielen Citaten, die der Abg. Rickert verlesen hat, möchte ich doch auch einmal einige, die mir hier zugestellt worden sind und die Aeußerungen des Abg. Rickert enthalten, verlesen. Im Jahre 1880 hat er sich dahin ausgesprochen, daß es schon seit dem Jahre 1865 eine Forderung der liberalen Partei sei, die Grund- und Gebäudesteuer oder einen Theil derselben den Gemeinden zu überweisen. Am 1. März 1881 hat er sich dann gegen die Anträge auf Ueberweisung erklärt. Früher habe man mit Ueberweisung der Gebäudesteuer an die Gemeinden anfangen und dann mit der Grundsteuer fortfahren wollen; für die jetzigen Anträge aber könne er nicht stimmen.

Abg. Rickert: Ich erinnere den Abg. Miquel an das, was damals innerhalb der nationalliberalen Partei gesprochen worden ist. Wenn er sein Gedächtniß zu Hilfe nimmt, so wird er sich entsinnen, welche Stellung ich in dieser Frage eingenommen habe. Ich habe damals im Namen der nationalliberalen Partei für die Ueberweisung gesprochen, bin aber von dem Augenblick dagegen gewesen, als ich sah, daß die Durchführung derselben unmöglich sei. Hoffentlich ist einmal Gelegenheit, darauf weiter einzugehen, man wird sich da wundern, was damals für Vorgänge in der nationalliberalen Partei vorgekommen sind.

Abg. v. Mirbach: Der Abg. Richter hat meine Rede vollkommen mißverstanden, wenn er sagt, sie spitze sich in Angriffen gegen ihn zu. Ich habe weiter nichts gethan, als die sehr schwer wiegenden und verletzenden Angriffe, die er gegen uns geschleudert hat, abzuwehren, und im Uebrigen, habe ich seinen Schlußfolgerungen alle Gerechtigkeit widerfahren lassen und es ihm gegenüber an Courtoisie nicht fehlen lassen.

Abg. Dr. Miquel: Der Abg. Rickert sagt, er sei von demselben Augenblicke an gegen die Ueberweisung an die Communen gewesen, als er sie für unausführbar gehalten habe. Das glaube ich ihm aufs Wort, verlange aber, daß er auch anderen, die hinterher sich von der Undurchführbarkeit einer Idee überzeugen, gleiche Gerechtigkeit widerfahren läßt. (Sehr richtig!)

Abg. Richter: Ob die Schlußfolgerung, die der Abg. von Mirbach gezogen hat, zutreffend war, kann ich nur erörtern. Nachdem die Discussion einmal sachlich geschlossen ist, werde ich demnächst Gelegenheit haben, sachlich zu Worte zu kommen. Im Uebrigen wird es meine Aufgabe sein, darzulegen, ob es dem Abg. v. Mirbach gelungen ist, in seiner Rede die nach meiner Ansicht berechtigten Angriffe auf die Agrarier zurückzuweisen.

Abg. Grad zieht den Antrag Simonis vorläufig zurück und behält sich die Wiedereinbringung desselben vor.

In der Abstimmung wird hierauf der Antrag Lieber-Spahn abgelehnt, ebenso die Anträge Rickert.

Für den ersteren stimmen die Deutschfreisinnigen, die Socialdemokraten und die größere Hälfte des Centrums, für die letzteren die Deutschfreisinnigen, Socialdemokraten und einzelne Mitglieder des Centrums.

Die Abstimmung über § 1 im Ganzen ist auf Antrag des Abg. Dr. Meyer (Halle) eine namentliche.

Die Fassung der Commission wird mit 212 gegen 78 Stimmen angenommen. In der Minderheit befinden sich geschlossen die Deutsch-Freisinnigen und die Socialdemokraten, ferner, soweit sich der Namensaufruf auf der Tribüne verfolgen läßt, von den Polen der Abg. von Kalkstein, der Däne Johannsen, der Conservative Maubach, von den Nationalliberalen der Abg. Büsing, vom Centrum die Abgg. Aichbichler, v. Arnswaldt, Bock, Borowski, Braubach, Fritzen, Graf Galen, Gielen, v. Grand, v. Gruben, Gröber, Haberland, Horn, Klose, Lehner, Lieber, Lingens, Lucius, Metzner, Orterer, Pezold, Pfafferott, Racke, Reichert, v. Schele (Welfe), Senestrey, Spahn, Stölzel, v. Strombeck, Dr. Virnich, Wenzel, Wildegger, Dr. Windthorst, Wolf, Witzlsperger, Zach, sowie die keiner Fraction angehörenden Abgeordneten Deahna, Hildebrandt, Retemeyer. Von den Elsässern stimmt Abg. Grad mit ja, die übrigen Stimmen nicht mit ab.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dinstag 10 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung: Gesetzentwurf, betr. die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten.

Schluß 5 Uhr.

---

* **Berlin,** 13. Juni. Unter den Fractionen des Reichstags finden Besprechungen über die Zuckersteuervorlage statt, um die in der Commissionsberathung entstandene Lücke auszufüllen. Es wird dies wahrscheinlich auf Grund des Antrags Chamaré geschehen. Derselbe bezweckt nicht, wie nach den Berichten aus der Commission mehrfach angenommen worden, die Ausfuhrvergütung auf Grund eines Ausbeuteverhältnisses von 8,50 : 1 festzustellen, sondern jenes Zahlenverhältniß bezieht sich auf die Normirung des Steuersatzes (80 Pf. anstatt 1 M.) und der Ausfuhrvergütung. Der Antrag Chamaré hat die Bedeutung einer Vermittelung zwischen dem Antrag der Conservativen und der Vorlage.

* **Berlin,** 13. Juni. Im Reichstage wird demnächst ein Antrag eingebracht, nach welchem die Rückerstattung des Getreidezolls bei der Ausfuhr ohne Identitätsnachweis erfolgt, wenn der Exporteur nachweist, daß er auf das Getreidelager am selbigen Ort eine entsprechende Menge ausländischen Getreides eingeführt hat.

* **Berlin,** 13. Juni. Aus Rom wird der „Germania“ telegraphirt: „Der heilige Vater hielt eine wichtige Ansprache an die deutschen Jerusalempilger.“ Er ermahnte die deutschen Katholiken zum Vertrauen. Er versprach den vollständigen kirchenpolitischen Frieden. Der Papst wird gelegentlich seines Jubiläums den Pilgern in der Peterskirche bei verschlossenen Thüren Audienz ertheilen.“

* **Berlin,** 13. Juni. Bei der heute angefangenen Ziehung der dritten Klasse 176. Preußischen Klassenlotterie fielen 1 Gewinn von 10 000 M. auf Nr. 9657, 1 Gewinn von 1500 M. auf Nr. 14 177, 8 Gewinne von 500 M. auf Nr. 18 500, 31 493, 92 452, 98 738, 108 2?8, 124 825, 131 144, 178 763.

* **Berlin,** 13. Juni. Dem evangelischen Lehrer und Cantor Nickisch zu Nieder-Würgsdorf im Kreise Bolkenhain ist der Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

* **Lübeck,** 15. Juni. Die Bürgerschaft beschloß, das Apothekerprivilegium in Zukunft in Submission zu vergeben. Das ist der erste derartige Fall in Deutschland.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 13. Juni. Der Kaiser verließ heute Nachmittag 1¾ Uhr das Bett. Der Kronprinz und die Kronprinzessin, welche nach Verabschiedung vom Kaiser um 1 Uhr sich nach Potsdam zurückbegaben, fahren Abends 8¾ Uhr nach Spandau zu Wagen, besteigen dort um 10¼ die Eisenbahn zur Reise nach England. General Loë begleitet das Kronprinzenpaar.

Berlin, 13. Juni. Der „Reichsanzeiger“ meldet, daß das Befinden des Kaisers in den letzten Tagen in allmäliger Besserung begriffen sei. Der Kaiser brachte heute kurze Zeit außerhalb des Bettes zu. Die Augenreizung nähert sich ihrem Ende.

* **Berlin,** 13. Juni. Prof. Gierke, jetzt in Heidelberg, früher in Breslau, hat einen Ruf nach Berlin als Lehrer des Privatrechts erhalten. Er soll neben Beseler wirken.

* **Berlin,** 13. Juni. Director Possart hat in München die erbetene Entlassung erhalten und tritt in das Blumenthal-Theater in Berlin ein.

Leipzig, 13. Juni. Der Hochverrathsproceß gegen die Elsaß-Lothringischen Mitglieder der französischen Patriotenliga, welche angeklagt sind, Bestrebungen zur Losreißung von Elsaß-Lothringen von Deutschland unterstützt zu haben, hat heute begonnen. (Vergl. unser gestriges Abendblatt.) Fabrikant Köchlin (Mülhausen) bekennt sich nicht schuldig und erklärt, die Patriotenliga sei keine geheime Verbindung. Der Zweck bestehe nicht darin, Elsaß-Lothringen für Frankreich durch Gewalt wieder zu erobern, sondern den Patriotismus Frankreichs zu erhöhen, die französische Jugend durch Gründung von Turn- und Schießgesellschaften tüchtig zu machen. Angeklagter giebt zu, Beiträge an die Patriotenliga geleistet zu haben. Fabrikant Blech (Markirch) bekennt sich nicht schuldig. Er faßt den Zweck der Patriotenliga dahin auf, daß sie für den Patriotismus Propaganda machen solle. Er giebt zu, einige Male Beiträge geleistet zu haben, und betrachtet sich nicht als Mitglied der Liga. Er leugnet, enge Beziehungen zu hervorragenden politischen Staatsmännern Frankreichs unterhalten zu haben, obgleich er zugesteht, ein sehr guter Freund Gambettas gewesen zu sein und bei demselben öfter verkehrt zu haben. Er habe bei Gambettas Begräbniß eine Rede halten wollen, sei aber von der französischen Regierung daran verhindert worden. Deroulede will der Angeklagte einmal flüchtig gesehen haben. Bei den letzten Reichstagswahlen sei es ihm, weil er krank gewesen, nicht möglich gewesen, eine große Thätigkeit zu entfalten. Die anderen Angeklagten räumen, mit Ausnahme Freunds, der überhaupt jede Verbindung mit der Patriotenliga leugnet, ein, Beiträge an die Liga gegeben zu haben, sie wollen aber nicht gewußt haben, daß der Zweck der Liga ein verbotener war. Sie fassen den Zweck in gleicher Weise, wie die vorerwähnten Angeklagten auf und erklären sich für nicht schuldig, indem sie auf ihre französische Geburt und Erziehung hinweisen.

Leipzig, 13. Juni. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung erfolgte die Verlesung des sehr umfangreichen schriftlichen Beweismaterials der in der Patriotenliga gehaltenen Reden, der Statuten

der Liga, zahlreicher Artikel in Preßorganen derselben und der bei den Festen der Liga namentlich von Deroulède gehaltenen Reden. In den Schriftstücken wird die durchweg nochmalige Durchsicht des Frankfurter Friedensvertrages und die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich gefordert. Nach Verlesung des Beweismaterials wird die Verhandlung auf Dinstag vertagt.

Belgrad, 13. Juni. Durch einen heute erschienenen Königlichen Ukas wird das frühere Cabinet zur Disposition gestellt und das neue, wie folgt, zusammengesetzt: Ristic, Präsidium und Aeußeres; Mitojiovic Inneres; Waseljevic Unterricht; Avakunwoic Justiz; Milasavljevic Volkswirthschaft; Wuic Finanzen; Welimirovic Bauten.

Handels-Zeitung.

Breslau, 13. Juni.

ff. **Schutz des industriellen Eigenthums in Frankreich.** In Frankreich besteht eine Vereinigung von Fabrikanten zum internationalen Schutz des industriellen und künstlerischen Eigenthums („Union des fabricants pour la protection internationale de la propriété industrielle et artistique“), welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, ihren Mitgliedern, welche sich zu diesem Zwecke eines von der Vereinigung eingeführten Garantiestempels zu bedienen berechtigt sind, bei Nachahmung ihrer Handelsmarken, insbesondere auch im Auslande, die Rechtsverfolgung zu erleichtern und bezw. dieselbe für sie zu übernehmen. Die genannte Vereinigung, deren Sitz sich in Paris, Place de la Madeleine 11, befindet, ist durch Decret der französischen Regierung als eine im öffentlichen Nutzen liegende Anstalt erklärt worden. Nach ihren Statuten können auch Ausländer dieser Vereinigung beitreten. Ueber die Zulassung entscheidet der Verwaltungsrath.

ff. **Beschränkung der Frist für die Wiederausfuhr der zeitweilig zollfrei zugelassenen Halbseidengewebe in Frankreich.** Nach dem Journal officiel vom 23. April c. ist mittelst Decrets des Präsidenten der französischen Republik vom 20. April c. die Frist für die Wiederausfuhr der zeitweilig zollfrei zugelassenen Gewebe aus Seide, gemischt mit Baumwolle oder sonstigen Stoffen, von vier auf zwei Monate herabgesetzt worden.

* **Amerikanisches Gummi-Syndicat.** Aus Newyork wird dem „Stand.“ gemeldet: Die Gummifabrikanten, deren Gesammtcapital sich auf 35 Mill. Doll. beziffert, haben sich vereinigt, um den Handel in der Weise der Standard Oel- und Baumölsamen-Trusts zu monopolisiren. Drei Directoren sind ernannt worden, um Zufuhren anzukaufen, die Preise zu regeln, die Qualitäten der Waaren festzustellen und im Geschäft jeder Concurrenz Trotz zu bieten.

* **Preussische Hypotheken-Actien-Bank.** Die am 1. Juli d. J. fälligen Pfandbrief-Coupons werden vom 15. Juni ab von dem Bankhause Gebr. Guttentag hier, eingelöst. Näheres siehe im Inseratentheil.

* **Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank.** Der Status vom 31sten Mai 1887 befindet sich im Inseratentheil.

* **Posener Pfandbriefe.** Die am 1. Juli d. J. fälligen und bereits früher fällig gewesenen Coupons werden von jetzt ab bis Ende August von dem Bankhause Oppenheim & Schweitzer hier, eingelöst. Näheres siehe im Inseratentheil.

* **Hypotheken-Bank in Hamburg.** Die am 1. Juli d. J. fälligen Pfandbriefcoupons werden vom 15. Juni ab durch die Bankhäuser Gebr. Guttentag und B. M. Marck hier, eingelöst. Näheres siehe im Inseratentheil.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung

Berlin, 13. Juni. **Neueste Handels-Nachrichten.** Heute beginnen in Düsseldorf die erneuten Verhandlungen zwischen den schlesischen und rheinisch-westfälischen Walzwerken behufs Abschlusses der bekannten Convention. Durch dieselbe soll das Absatzgebiet für die schlesischen Walzwerke einerseits und die rheinisch-westfälischen andererseits abgegrenzt werden, während in den einzelnen Rayons wieder die bekannten Syndicate die Verfügung behalten. Die Vertreter der schlesischen Werke sind bereits gestern Abend von hier aus nach Düsseldorf abgereist. — Das bisher der Deutschen Grundcredit-Bank in Gotha gehörige Etablissement „Südende“ ist heute für den Preis von 700 000 M. in den Besitz des Herrn Paul Munk übergegangen. — Der Einlösungscours für die in Silber zahlbaren Coupons von österreichischen Eisenbahnwerthen beträgt bis auf Weiteres 60,25 M., derjenige für Coupons und verlooste Stücke der österreichisch-ungarischen Staatsbahn für die Zeit vom 13. bis 16. Juni 80,78 M. — Die nächsten Morgenblätter veröffentlichen den Prospect der 5procentigen Goldpfandbriefe der serbischen Staats-Boden-Credit-Anstalt, von denen der Betrag von 6 Millionen Mark am 16. c. hier und in Frankfurt a. M. zum Preise von 83½ pCt. zur Subscription gestellt wird. Die Pfandbriefe lauten auf 400 M. = 500 Frcs. in Gold, tragen halbjährliche am 2./14. Januar und 1./13. Juli in Belgrad, Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Paris und Wien in Gold frei von jeder serbischen Steuer zahlbare Zinscoupons und werden binnen 37 Jahren mittelst halbjährlicher Verloosungen al pari an den gleichen Einlösungs-Plätzen in Gold zurückgezahlt. Die einen Nominalbetrag von 9 600 000 Mk. umfassende Anleihe geniesst unbedingte Staatsgarantie. Als Specialfundirung dient dem Anlehen der gleiche Nominalbetrag hypothekarischer Forderungen, welche die Anstalt aus ihren Beständen als Faustpfand hinterlegt hat. Kündigung nicht vor 1897. Emissionshäuser sind Berliner Handelsgesellschaft, Erlanger und Sulzbach.

Frankfurt a. M., 13. Juni. Die „Frkf. Ztg.“ meldet: Der Schweizerische Bundesrath erklärt in einem Circular an die Moratoriums-Gemeinden, er wolle ungesäumt über den Bau der Linien entscheiden. — Das spanische Tabakmonopol wurde definitiv der Bank von Spanien zugesprochen. — Garemeyer's Zuckerraffinerie in Newyork ist abgebrannt. Der Schaden beträgt 800 000 Dollars.

Berlin, 13. Juni. **Fondsbörse.** Infolge der beruhigenden Nachrichten über den Kaiser und infolge günstiger Meldungen aus London und Wien eröffnete die Börse heut in fester Stimmung, die sich auch später trotz Realisationen nicht änderte. Creditactien gewannen 3 M., Disconto-Commandit-Antheile waren 2 Procent höher. Auch Deutsche Bank und Berliner Handelsgesellschaft erfreuten sich reger Beachtung. Die Cassatitres lagen im Ganzen ruhig. Inländische Eisenbahnactien fest und in Lübeck-Büchenern, Marienburgern und Ostpreussen belebter. Oesterreichische Eisenbahnactien in Duxern, Elbethal und Galiziern geschäftlich und tendenziell bevorzugt. Schweiz. Bahnen ziemlich belebt und ½ bis 1 pCt. höher notirt. Fremde Fonds reger umgesetzt und fester. Preuss. u. Deutsche Fonds, Pfand- u. Rentenbriefe etc. gut begehrt. — Am Montanmarkt herrschte ebenfalls eine günstige Disposition, die leitenden Devisen stellten sich sämmtlich höher: Bochumer zu 120¼ bis 120¾ circa 1⅜ pCt., Dortmunder zu 51⅜—52 circa ⅜ pCt. und Laurahütte zu 70½—70⅝ ca. 1¼ pCt. Am Cassamarkt gewannen Hagener Guss 2, Phoenix 0,50, Rositzer Kohlen 1. Niedriger waren Berzelius 1,25. Auch für Industriepapiere zeigte sich einiges Interesse zu besseren Coursen. Höher stellten sich Grusow 2, Hofmann 1,25, Keyling und Thomas 1, Nobel Dynamit 1,60, Norddeutsche Eisw. 1,25, Rathenower optische 1, Solbrig 1,75, Spinn 2, Sudenburger 1,25, Voigt und Winde 1,50. Dagegen verloren Stassfurter chemische 0,75.

Berlin, 13. Juni. **Productenbörse.** Auf Nachrichten über schlechten Stand der Felder war die Tendenz heute fest. — Weizen loco fest. Termine bei regem Deckungsbegehr 2½—3 M. höher. — Roggen loho unverändert. Termine für nahe Sichten ½, für Herbst 1 M. besser. — In Hafer war das Geschäft von keinem sonderlichen Umfang. — Mehl ist fest. — Rüböl bei guter hiesiger und auswärtiger Kauflust abermals steigend. — Auch Spiritus war heute in reger Frage und hat höchste bisherige Preise zurückerlangt. Nach wie vor ist der Hauptgrund der Steigerung die hohe Ausfuhrvergütung, wie sie im Commissionsbeschluss vorgesehen.

* **Hamburg**, 13. Juni, 5 Uhr 5 Min. Vorm. **Kaffee-Terminbörse.** (Telegraphischer Bericht von Lassally & Sohn, vertreten durch Salo Redlich in Breslau.) Good average Santos per October 89½ Pf., per December 90 Pf. bez. u. Gd.

Havre, 13. Juni, Vorm. 10 Uhr 30 Min. **Kaffee.** Good average Santos Juni 112,00, December 116, —. Unregelmässig.

Magdeburg, 13. Juni. **Zuckerbörse.** Termine per Juni 12,10 bis 12,12½ M. bez., per Juli 12,00 M. bez., per Juli-Aug., Aug. 12—11,95 M. bez., per September 11,85 M. bez. u. Gd., 11,97½ M. Br., per October-December 11,55 M. Br., 11,57½ M. Gd. Tendenz: Ruhig.

Paris, 13. Juni. **Zuckerbörse.** Rohzucker 88 pCt. ruhig, loco 28,50, weisser Zucker behauptet, Nr. 3 per Juni 32,50, per Juli 32,75 per Juli-August 32,80, per October-Januar 33,25.

London, 13. Juni. **Zuckerbörse.** 96proc. Javazucker 13⅜, ruhig, Rübenrohzucker 11⅞, ruhig.

Glasgow, 13. Juni. **Roheisen.** (Schlussbericht.) Mixed numbres warrants	10.	13.
	42 Sh. 1 P.	42 Sh. — P.

Berlin, 13. Juni. [Amtliche Schluss-Course.] Sehr fest.

Cours vom	11.	13.
Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Mainz-Ludwigshaf.	97 —	96 90
Galiz. Carl-Ludw.-B.	82 30	83 50
Gotthardt-Bahn	107 10	107 50
Warschau-Wien	295 10	297 50
Lübeck-Büchen	157 70	158 —
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		
Breslau-Warschau	— —	— —
Ostpreuss. Südbahn	103 70	104 20
Bank-Actien.		
Bresl. Discontobank	91 40	91 —
do. Wechslerbank	100 70	100 50
Deutsche Bank	161 10	162 25
Disc.-Command. ult.	199 70	201 60
Oest. Credit-Anstalt	455 —	457 50
Schles. Bankverein	108 —	107 90
Industrie-Gesellschaften.		
Brsl. Bierbr. Wiesner	59 50	59 50
do. Eisenb.Wagenb.	97 —	96 —
do. verein. Oelfabr.	66 70	66 70
Hofm.Waggonfabrik	88 50	90 75
Oppeln. Portl.-Cemt.	63 50	63 50
Schlesischer Cement	100 —	102 20
Bresl. Pferdebahn	133 —	133 —
Erdmannsdrf. Spinn.	56 70	56 —
Kramsta Leinen-Ind.	123 40	123 —
Schles.Feuerversich.	— —	1790 —
Bismarckhütte	102 20	102 25
Donnersmarckhütte	33 60	34 20
Dortm. Union St.-Pr.	51 70	52 70
Laurahütte	69 50	71 50
do. 4½% Oblig.	101 30	101 30
GörlEis.-Bd.(Lüders)	104 50	104 —
Oberschl. Eisb.-Bed.	45 20	45 30
Schl. Zinkh. St.-Act.	— —	— —
do. St.-Pr.-A.	128 70	128 70
Bochumer Gussstahl	120 —	120 70
Inländische Fonds.		
D. Reichs-Anl. 4%	106 —	106 —
Preuss.Pr.-Anl. de 55	154 —	154 —
Pr.3½%St.-Schldsch	99 90	99 90
Preuss.4% cons. Anl.	106 10	106 —
Prss. 3½% cons. Anl.	99 80	99 70
Schl.3½%Pfdbr.L.A	97 60	97 60

Cours vom	11.	13.
Schles. Rentenbriefe	103 70	103 70
Posener Pfandbriefe	101 60	101 50
do. do. 3½%	97 60	97 70
Goth. Prm.-Pfdbr.S.I	104 60	104 50
do. do. S.II	102 50	102 30
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Brsl.-Freib. Pr.Ltr.H.	102 10	— —
Oberschl. 3½% Lit.E.	99 30	99 40
do. 4%	— —	— —
do. 4½% 1879	105 20	105 30
R.-O.-U.-Bahn 4% II.	— —	— —
Mähr.-Schl.-Ctr.-B.	52 90	52 90
Ausländische Fonds.		
Italienische Rente	98 40	98 40
Oest. 4% Goldrente	90 50	90 50
do. 4⅕% Papierr.	65 20	65 20
do. 4⅕% Silberr.	66 10	66 10
do. 1860er Loose	114 20	114 20
Poln. 5% Pfandbr.	57 —	57 10
do. Liqu.-Pfandbr.	53 50	54 10
Rum. 5% Staats-Obl.	94 50	94 50
do. 6% do. do.	106 —	105 90
Russ. 1880er Anleihe	83 10	83 40
do. 1884er do.	97 50	97 60
do. Orient-Anl. II.	55 20	56 70
do. Bod.-Cr.-Pfbr.	96 90	96 60
do. 1883er Goldr.	109 90	110 —
Türk. Consols conv.	14 40	14 70
do. Tabaks-Actien	73 25	— —
do. Loose	30 40	30 50
Ung. 4% Goldrente	81 40	81 70
do. Papierrente	70 70	70 90
Serb. Rente amort.	80 40	80 20
Banknoten.		
Oest. Bankn. 100 Fl.	160 20	160 45
Russ. Bankn. 100 SR.	182 40	183 60
do. per ult.	— —	— —
Wechsel.		
Amsterdam 8 T.	168 85	— —
London 1 Lstrl. 8 T.	20 35	— —
do. 1 „ 3 M.	20 30½	— —
Paris 100 Frcs. 8 T.	80 80	— —
Wien 100 Fl. 8 T.	160 15	160 40
do. 100 Fl. 2 M.	159 50	159 65
Warschau 100 SR 8 T.	182 35	183 40

Privat-Discont 2⅝%.

Berlin, 13. Juni, 3 Uhr 15 Min. [Dringl. Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Ruhig.

Cours vom	11.	13.
Oesterr. Credit ult.	454 50	457 —
Disc.-Command. ult.	199 50	201 62
Franzosen ult.	367 50	370 —
Lombarden ult.	141 50	142 50
Conv. Türk. Anleihe	14 37	14 62
Lübeck-Büchen ult.	157 75	158 —
Egypter	75 50	75 87
Marienb.-Mlawka ult	46 50	46 75
Ostpr. Südb.-St.-Act.	61 25	61 87
Dortm. Union St.-Pr.	51 75	52 25

Cours vom	11.	13.
Mecklenburger ult.	137 12	137 50
Ungar.Goldrente ult.	81 12	81 62
Mainz-Ludwigshaf.	96 75	96 75
Russ. 1880er Anl. ult.	83 —	83 25
Italiener ult.	98 12	98 37
Russ. II. Orient-A. ult	56 —	56 50
Laurahütte ult.	69 75	71 12
Galizier ult.	82 62	83 50
Russ. Banknoten ult.	182 50	183 75
Neueste Russ. Anl.	96 87	97 37

Berlin, 13. Juni. [Schlussbericht.]

Cours vom	11.	13.
Weizen. Höher.		
Juni-Juli	190 25	192 50
Septbr.-Octbr.	174 75	176 75
Roggen. Besser.		
Juni-Juli	126 50	127 —
Juli-August	126 75	127 25
Septbr.-Octbr.	131 25	132 50
Hafer.		
Juni-Juli	95 —	95 50
Septbr.-Octbr.	100 —	100 75

Cours vom	11.	13.
Rüböl. Höher.		
Juni	51 30	52 20
Septbr.-Octbr.	51 50	52 50
Spiritus. Gestiegen.		
loco	62 90	63 80
Juni-Juli	61 90	64 60
August-September	61 90	64 30
Septbr.-Octbr.	61 40	63 70

Stettin, 13. Juni. — Uhr — Min.

Cours vom	11.	13.
Weizen. Höher.		
Juni-Juli	185 50	188 50
Septbr.-Octbr.	184 50	187 —
Roggen. Fest.		
Juni-Juli	124 —	125 —
Septbr.-Octbr.	129 —	130 50
Petroleum.		
loco	10 35	10 35

Cours vom	11.	13.
Rüböl. Fest.		
Juni	52 —	53 —
Septbr.-Octbr.	52 50	52 50
Spiritus.		
loco	60 —	62 50
Juni-Juli	60 —	62 —
August-September	60 —	62 —
Septbr.-Octbr.	59 70	61 50

Wien, 13. Juni. [Schluss-Course.] Fest.

Cours vom	11.	13.
Credit-Actien	283 —	284 70
St.-Eis.-A.-Cert.	228 75	230 50
Lomb. Eisenb.	87 50	87 75
Galizier	206 10	207 50
Napoleonsd'or	10 08½	10 06½

Cours vom	11.	13.
Marknoten	62 37	62 25
4% Ungar. Goldrente	101 80	102 27
Silberrente	82 80	83 —
London	127 —	126 90
Ungar. Papierrente	87 80	88 05

Paris, 13. Juni. 3% Rente 81, 95. Neueste Anleihe 1872 108, 90. Italiener 99, 75. Staatsbahn 468, 75. Lombarden —, —. Neue Anleihe von 1886 —, —. Egypter 379. Fest.

Paris, 13. Juni, Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Träge.

Cours vom	11.	13.
3proc. Rente	81 75	81 82
Neue Anl. v. 1886	— —	— —
5proc. Anl. v. 1872	108 85	108 75
Ital. 5proc. Rente	99 45	99 57
Oesterr. St.-E.-A.	465 —	465 —
Lomb. Eisb.-Act.	175 —	— —

Cours vom	11.	13.
Türken neue cons.	14 55	14 70
Türkische Loose	— —	— —
Goldrente, österr.	90 —	90⅜
do. ungar. 4pCt.	82 31	82 56
1877er Russen	— —	— —
Egypter	377 —	378 —

London, 13. Juni. Consols 101, 62. 1873er Russen 96, —. Egypter 74, 13. Heiss.

London, 13. Juni, 2 Uhr 35 Min. Russen 96¼.

London, 13. Juni, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont 1 pCt. Bankeinzahlung — Pfd. Sterl. Ruhig.

Cours vom	11.	13.
Consols	101¾	101⅝
Preussische Consols	106 —	106 —
Ital. 5proc. Rente	98⅞	98¾
Lombarden	7 —	7 —
5proc.Russen de 1871	97 —	96½
5proc.Russen de 1873	96⅝	96⅛
Silber	— —	— —
Türk. Anl., convert.	14¾	14⅝
Unificirte Egypter	75⅛	74⅞

Cours vom	11.	13.
Silberrente	66¾	67 —
Ungar. Goldr. 4proc.	81⅜	81¾
Oesterr. Goldrente	— —	— —
Berlin	— —	— —
Hamburg 3 Monat	— —	— —
Frankfurt a. M.	— —	— —
Wien	— —	— —
Paris	— —	— —
Petersburg	— —	— —

Frankfurt a. M., 13. Juni. Mittags. Credit-Actien 228, 37. Staatsbahn 184, 12. Lombarden —, —. Galizier 165, 12. Ungarn 81, 50. Egypter 75, 80. Laura —, —. Credit —, —. Fest.

Köln, 13. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per Juli 19, 40. per Nov. 18, 20. Roggen loco —, per Juli 13, —, per Nov. 13, 65. Rüböl loco 27, 60, per October 27, 20. Hafer loco 11, 75.

Hamburg, 13. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco fest, holsteinischer loco 185—190. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco ruhig, 132—138, russischer loco still, 98—102. Rüböl still, loco 47. Spiritus fest, per Juni 27¾, per Juli-August 27¾, per September-October 27¾, per November-December 27¼. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 13. Juni. [Schlussbericht.] Weizen loco unverändert, per November 226. Roggen loco flau, per October 123. Rüböl loco 28¼, per Herbst 28. Raps per Herbst —.

Paris, 13. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Juni 27, 10, per Juli 26, 80 per Juli-August 26, 40, per September-December 24, 75. Mehl behauptet, per Juni 58, 60, per Juli 58, 75, per Juli-August 58, 60, per Septbr.-December 54, 75. Rüböl fest per Juni 56, 00, per Juli 56, 50, per Juli-August 57, 25, per September-December 58, 50. Spiritus ruhig, per Juni 42, 25, per Juli 42, 25, per Juli-August 42, —, per September-December 40, 75. — Wetter: Schön.

London, 13. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Englischer Weizen sehr träge, ½ Sh. niedriger. Uebriges sehr träge zu Gunsten der Käufer. Fremde Zufuhren: Weizen 43 564, Gerste 1144, Hafer 40 928.

Liverpool, 13. Juni. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest.

Abendbörsen.

Wien, 13. Juni, 5 Uhr 30 Min. Oesterr. Credit-Actien 284, 40, Ungarische Credit —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Galizier —, —. Oesterr. Papierrente —, —. Marknoten —, —. 4procent. Ungarische Goldrente 102, 30. Still.

Frankfurt a. M., 13. Juni, 7 Uhr — Min. Creditactien 228, 25, Staatsbahn 183, 87. Lombarden 71⅛. Galizier 166, —. schl. —. —. Ungar. Goldrente 81, 45. Egypter 75, 80. Mainzer —, —. Portugiesne —, —. 4proc. russ. innere Anleihe —, —. Tendenz: Fest.

Marktberichte.

W. T. B. **Posen**, 13. Juni. [Zu dem beendeten Wollmarkt] waren zugeführt 216 Ctr. feine, 4315 Ctr. feinmittel, 8362 Ctr. mittel, 2541 Ctr. ordinäre Wolle, in Summa 15 434 gegen 17 443 Ctr. im Vorjahre. Bezahlt feine Dominialwollen mit 165—180 M., feinmittel 148—155 M., mittel 130—140 M., rustical 110—120 M., ungewaschene 48—58 Mark.

Trautenau, 13. Juni. [Garnmarkt.] Bei gutem Marktbesuch und Begehr unveränderte Preistendenz.

(Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank.

Status am 31. Mai 1887.

Activa.

		ℛℳ ₰
Kassen- und Wechselbestände		2 549 986. 58.
Effecten nach § 40 des Statuts	ℛℳ 1 821 430. 13.	
Anlagen des Reservefonds	„ 1 082 989. 50.	2 904 419. 63.
Unkündbare Hypotheken-Forderungen		52 163 710. 15.
Kündbare „ „		381 891. 43.
Darlehne an Communen und Corporationen		876 900. —.
Lombard-Darlehne		1 006 804. 15.
Bankgebäude Herrenstraße Nr. 26 in Breslau		252 000. —.
Sonstiger Grundbesitz		41 586. 69.
Pfandbriefzinsen	ℛℳ 220 137. 57.	
Davon noch nicht abgehoben	„ 131 340. 03.	88 797. 54.
Guthaben bei Banken und Bankhäusern		1 258 169. 49.
Verschiedene Activa		188 125. 97.
		ℛℳ 61 712 391. 63.

Passiva.

	ℛℳ ₰
Actien-Capital	7 500 000. —.
Unkündbare Pfandbriefe im Umlauf	50 549 800. —.
Schlesische Communal-Obligationen im Umlauf	694 200. —.
Unerhobene Valuta geloofter Pfandbriefe	176 550. —.
Reservefonds	1 082 758. 72.
Hypotheken-Amortisationsfonds	717 094. 60.
Hypothekenzinsen und Verwaltungs-Einnahmen	738 909. 87.
Verschiedene Passiva	253 078. 44.
	ℛℳ 61 712 391. 63.

Breslau, den 7. Juni 1887. [7087]

Der Vorstand.

Zur **ordentlichen Generalversammlung** des

Neurode-Braunauer Chaussee-Actien-Vereins

auf [3459]

Dinstag, den 28. Juni a. c.,

Vormittags 11 Uhr, in **Vielhauer's Hotel zum Deutschen Hause zu Neurode** ladet die Herren Actionaire mit Hinweisung auf § 42 des Statuts ergebenst ein

Neurode, den 11. Juni 1887.

Das Directorium.

Tietze.

Eisenbahn-Directions-Bezirk Breslau.

Ausschreibung

von rund 235 cbm kiefernen **Balken,**

1181 qm „ **Bohlen**

zur Ausbesserung von Wege-Unterführungen und Brücken im Bezirk des unterzeichneten Betriebsamtes.

Mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind versiegelt und gebührenfrei bis [7117]

Sonnabend, den 25. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr,

an uns — Bureau Zimmer 21 — einzureichen.

Bedingnißhefte liegen in dem bezeichneten Bureauzimmer zur Einsicht aus und können auch gegen Einsendung von 60 Pf. (in Briefmarken zu je 10 Pf.) ebendaher bezogen werden. Zuschlagsfrist 8 Tage.

Oppeln, im Juni 1887.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt.

Verdingung.

Die Ausführung der Maurer-, Asphalt-, Staaker-, Schmiede- und Eisenarbeiten für das Stationsgebäude auf Haltestelle Preiswitz soll im Wege der öffentlichen Verdingung in einem Loose vergeben werden. Die Zeichnungen, Massenberechnungen und Ausschreibungsbedingungen können im Bureau (Bahnhofstraße 26) während der Dienststunden eingesehen, letztere auch gegen portofreie Einsendung 1 M. von hier bezogen werden. Entsprechend bezeichnete und versiegelte Angebote sind bis zum **Dinstag, den 5. Juli 1887, Vormittag 11 Uhr,** hierher einzusenden. — Zuschlagsfrist 4 Wochen. [7091]

Gleiwitz, den 11. Juni 1887.

Die Eisenbahn-Bau-Abtheilung.

Die Ausführung der Erd- und Böschungsarbeiten zur Herstellung einer Haltestelle am Gerberdamm in Posen (78 000 cbm Erdtransport) soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Die Bedingungen liegen im Zimmer Nr. 22 unseres Verwaltungsgebäudes hierselbst zur Einsicht aus, auch können dieselben nebst dem erforderlichen Angebotsbogen gegen postfreie Einsendung von 50 Pfennigen bezogen werden.

Termin **am 20. Juni d. J.,** Vormittag 11 Uhr, bis zu welchem Angebote auf vorgeschriebenem Formular entsprechend beschrieben und versiegelt postfrei einzureichen sind.

Posen, den 10. Juni 1887. [7012]

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

(Directionsbezirk Breslau.)

Neubau der Vorgrabenbrücke und des Fluthwehres bei Kosel.

Die **Ausführung** von ungefähr 2900 cbm **Mauerwerk aus Kalk-, Granitwerk- und Bruchsteinen,**

1000 qm **Verblendung** der sichtbaren Außenflächen wird hiermit nochmal öffentlich ausgeschrieben.

Die besonderen Bedingungen, Formulare, Zeichnungen und Erläuterungen sind auf dem Bureau zu Kosel OS. während der Dienststunden einzusehen, auch für 5,5 M. daselbst zu beziehen.

Die an den unterzeichneten Regierungs-Baumeister versiegelt einzureichenden Angebote müssen die Aufschrift **„Maurerarbeiten** für die Vorgrabenbrücke und das Fluthwehr bei Kosel“ erhalten. Ihre Eröffnung wird auf dem Baubureau hierselbst am 20. Juni d. J., Mittags 12 Uhr, der Zuschlag innerhalb 3 Wochen darnach erfolgen. [7098]

Kosel, den 11. Juni 1887.

Der Königliche Wasser-Bauinspector.

In Vertretung: **Wegener,**

Königlicher Regierungs-Baumeister.

Concursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns

Max Guttmann

in Firma **Gebr. Guttmann**

zu Breslau, Wohnung: Matthiasstraße 93, Geschäftslocal: Salzstraße Nr. 30/32, ist heute,

am 13. Juni 1887,

Nachmittags 12¼ Uhr,

das Concursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Ferdinand Landsberger** hierselbst, Klosterstraße 1b, ist zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind

bis zum 31. August 1887

bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände

auf den 23. Juni 1887,

Vormittags 11 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen

auf den 6. October 1887,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte an Gerichtsstelle, am Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 2/3, Zimmer Nr. 47 im zweiten Stocke, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter

bis zum 22. Juni 1887

Anzeige zu machen.

Geisler,

Gerichtsschreiber

des Königlichen Amts-Gerichts

zu Breslau. [7113]

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Tischlermeisters

Rudolph Geisler

zu Jauer ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke der Schlußtermin [7086]

auf den 1. Juli 1887,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst, Zimmer Nr. 29 im II. Stockwerk, bestimmt.

Jauer, den 9. Juni 1887.

Kuschmitz i. V.

Gerichtsschreiber des Königlichen Amts-Gerichts.

Bekanntmachung.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Fleischermeisters und Gasthausbesitzers

Anton Botzian

in Bauerwitz ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen ein besonderer Prüfungstermin

auf den 7. Juli 1887,

Vormittags 11 Uhr,

anberaumt. [7082]

Bauerwitz, den 9. Juni 1887.

Hanisch,

Gerichtsschreiber

des Königlichen Amts-Gerichts.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Gutspächters

Karl Freytag

zu **Goslau** wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 29. März 1887 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 29. März 1887 bestätigt ist, hierdurch aufgehoben. [7085]

Kreuzburg OS., den 4. Juni 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung. (R.-A.)

In unser Gesellschafts-Register ist heute bei Nr. 2101 die durch den Austritt des Kaufmanns

Siegfried Bernhard

zu Breslau

aus der offenen Handelsgesellschaft

R. G. Leuchtag

hierselbst erfolgte Auflösung dieser Gesellschaft und in unser Firmen-Register Nr. 7223 die Firma

R. G. Leuchtag

hier und als deren Inhaber der Kaufmann [7080]

Richard Guttmann Leuchtag

hier eingetragen worden.

Breslau, den 3. Juni 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter laufende Nr. 633 die Firma

J. Hielscher

zu **Protschkenhain,** Kreis Schweidnitz, und als deren Inhaber der Kaufmann **Josef Hielscher** zu Protschkenhain am 10. Juni 1887 eingetragen worden. [7081]

Schweidnitz, den 10. Juni 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Abth. IV.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute eingetragen worden:

a. unter Nr. 305 die Firma

Hermann Kutzke

vorm. Kublick

zu Sagan und als deren Inhaber der Kaufmann **Hermann Kutzke** daselbst,

b. unter Nr. 306 die Firma

E. L. Mentzel

zu Sagan und als deren Inhaber der Kaufmann **Egon Mentzel** daselbst,

c. unter Nr. 307 die Firma

R. Weichert

zu Sagan und als deren Inhaber der Kaufmann **Robert Weichert** daselbst.

Sagan, den 8. Juni 1887. [7084]

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Gesellschafts-Register ist heute bei der unter Nr. 53 eingetragenen Handels-Gesellschaft

Bufe & Comp.

eingetragen worden:

Die Gesellschafter, Gutsbesitzer und Amtsvorsteher **Fritz Bufe,** früher in Deutmannsdorf, zuletzt in Hirschberg und der Stabsarzt Dr. **Paul Egermann** in Schweidnitz sind gestorben.

An Stelle des Gutsbesitzers **Fritz Bufe** ist dessen Wittwe, Frau **Auguste Bufe,** geborene **Schreiber,** zu Hirschberg und an Stelle des Stabsarzts Dr. **Egermann** dessen Wittwe, Frau **Anna Egermann,** geb. **Bufe,** zu Schweidnitz, in das Handels-Geschäft eingetreten. [7083]

Die Gesellschafter, nämlich:

a. die verwittwete Frau **Auguste Bufe,** geb. **Schreiber,** zu Hirschberg,

b. der Pastor **Martin Kühn,** früher in Nieder-Bielau, jetzt in Bogschütz, Kreis Oels,

c. die verwittwete Frau Stabsarzt **Anna Egermann,** geb. **Bufe,** zu Schweidnitz,

d. der Wirthschafts-Inspector Lieutenant **Georg Kunze,** zu Domanze, Kreis Schweidnitz,

e. der Lieutenant **Wilhelm Kunze** zu Löwenberg,

setzen die Gesellschaft unter der bisherigen Firma fort.

Eingetragen zu Folge Verfügung vom 6. Juni am 7. Juni 1887.

Löwenberg i. Schl., den 7. Juni 1887.

Königliches Amts-Gericht.

9000 Mark

werden auf ein Grundstück mit Gebäuden und Garten in bester Lage zur ersten Stelle per 1. Juli gesucht. Die Gebäude sind mit 17000 Mark versichert und wird nach Beendigung begonnenen Baues noch erhöht.

Offerten unter Chiffre H. W. 1/7 postlagernd Schweidnitz erbeten.

Eine in flottem Betriebe befindliche Fabrik, Consumartikel ist unter günstigen Bedingungen bei geringer Anzahlung billig zu verkaufen. Adr. sub **J. L. 8825** befördert **Rudolf Mosse, Berlin SW.** [3454]

Meine in **Königshütte** belegene **Besitzung**, Gebäude, Garten, Scheuer, Stallungen und circa 3 Morgen anschließendes Feld, schöne Lage, sehr zum Fabriketablissement, besonders zur Brauerei geeignet, unter soliden Bedingungen **zu verkaufen.**

J. A. Krisch, Schwientochlowitz. [6987]

Grundstück-Verkauf.

Ein Fabrik-Grundstück, Kreis Waldenburg, preiswerth **zu verkaufen.** Offerten sub H. 22826 an **Haasenstein & Vogler, Breslau,** Königsstraße Nr. 2. [1923]

Ein Fabrikgrundstück

in Pöpelwitz, an Berl. Chauss. geleg., 5 Mrg. Straßenfront, m. Dampfkr., zu jed. gewerbl. Anlage, bes. **Mühle, Brauerei, Mälzerei** pass., günstig. Hypoth., billigst zu verkaufen. Näh. **Carlsstraße 8.** [5696]

Eine

Färberei mit Dampfbetrieb

und **Badeanstalt**, sowie **Gastwirthschaft**, in bestem Betriebe, ist in hiesiger Stadt unter günstigen Bedingungen **zu verkaufen.** [336.]

Näheres ertheilt

Oswald Kirchner, Waldenburg in Schlesien.

Buchdruckerei Verkauf.

Familienverhältnisse halber bin ich willens, meine gut eingerichtete **Buchdruckerei** mit respectablem **Localblatte** zu verkaufen. Reingewinn jährlich 4500 Mk. Verkaufspreis Mk. 16000 bei Baarzahlung 15000 Mk.

Gef. Offerten an **Rud. Mosse, Berlin,** sub **A. K. 10.** [3456]

Günstige Gelegenheit für junge Anfänger.

Anderer Unternehmungen halber beabsichtigen wir unser am Markt **(beste Lage des Platzes)** gelegenes **Colonialwaaren-Geschäft** unter günstigsten Bedingungen zu verkaufen. Das Geschäft besteht circa 50 Jahre und bietet dasselbe für einen soliden, tüchtigen Kaufmann eine sichere Existenz bei nur mäßiger Capitalanlage. Uebergabe kann am 1. October c. event. auch eher oder später erfolgen. Nur Selbstreflectanten wollen sich melden. [7090]

Otto Bischoff & Co., Bunzlau i. Schl.

Ein altes Putz- u. Weißwaaren-Geschäft einer klein. Garnisonstadt Schlesiens ist **sofort zu verkaufen.** Näheres durch [7094]

M. Fraenkel in **Schweidnitz.**

Ein flottes Destillationsgeschäft mit Ausschank wird per bald **zu pachten** ev. **zu kaufen** gesucht. Adressen sub A. F. 60 an die Exped. der Bresl. Ztg. [7088]

Ein gangbares Colonialwaaren-Geschäft mit oder ohne Destillation wird **zu pachten gesucht.** [8581]

Gefällige Offerten P. 64 in der Exped. der Bresl. Ztg. erbeten.

---

6 Pf.-Cigarren,

prachtvolle Qualitäten, empfiehlt **Gustav Schulz, Nicolaistr. 24.**

---

1 Polis.-Stutzflügel neuest. Constr. ist umzugsh. **billig** zu verkaufen Museumsplatz 2, part. rechts. [8617]

Zum Verkauf

ein schön gearbeiteter **Secretär** (Rococo) **Schuhbrücke Nr. 62.**

Gebrauchte

Pianino's

billig zu verkaufen bei **Cohn,** Kupferschmiedestraße 17. [8588]

---

3 reinblütige Simmenthaler Bullen,

1 Simmenthaler Bastardbulle von bester Abstammung, 3/4 Jahr alt, zu billigen Preisen, sowie 4 reinblütige, englische Sprungböcke wegen Aufgabe der Schafzucht, fast zu Schlachtpreisen verkäuflich, offerirt Dom. **Peltschütz** p. **Koberwitz.** [8517]

Ein Paar gut eingefahrene, kräftige **Wagenpferde,** 7 Jahr alt, stehen zum Verkauf **Oels,** Herrenstraße 6, im Stall. Offerten unter v. B. Oels postlagernd fr. [7070]



Entöltes lösliches Cacaopulver, Hochfeine Tafel-Confecte. Alle Sorten Thees. Fabrik und Détailverkauf: Neue Graupenstrasse 12. [5676]

Empfehle hochfeine

Matj.-Heringe, Kartoffeln, fr. Spargel, ger. Lachs, Aal u. Flundern,

Delicatess-, Bouillon- und Thomaten-Heringe, russ. u. frz. Sardinen, Anchovis, Appetit-Sild,

Eis-Caviar.

20 Sorten wohlschmeckende

beliebte Käse, Pumpernickel, Schiffsbrot, rh. Aepfelkraut, Grünkern

empfiehlt [7108]

Eduard Scholz

9. Ohlauerstr. 9.

Lager aller Colonialwaaren nur gute Qualitäten.

Vorräthig in allen Spezerei- und Delikatesse-Läden sowie Conditoreien

CHOCOLAT MENIER

(Das beste Frühstück)

Vor Nachahmungen wird gewarnt

Preis per Pfund: 1.60 Mk.



Ew. Wohlgeboren

kann ich zu meiner Freude **meine vollkommene Zufriedenheit** mit dem Erfolg der Einreibung Ihres Compensations-Fluides *) aussprechen.

Eldenburg, 21. Novbr. 1886.

v. Wangenheim.

Ueber die Anwendung Ihres Compensations-Fluides *) kann ich **sehr günstig berichten.** Nachdem ich den ganzen Winter an Rheumatismus in den Schultergelenken gelitten hatte, **ist derselbe nach mehrmaliger Einreibung mit dem genannten Fluide jetzt gänzlich geschwunden.**

Lenthe b. Hannover, 9. Mai 1886.

Baron **v. Lenthe.**

*) Das Compensations-Fluide, vortreffliche Einreibung gegen **Rheumatismus, Gicht, Reißen, nervösen Kopfschmerz, Schwäche** und **Unbehagen in den Gliedern nach anstrengenden Arbeiten,** sowie nach **Erkältungsleiden aller Art,** ist allein echt zu haben, Flacon incl. Emball. 4 M., in der [6970]

Sonnen-Apotheke,

Berlin NO., Gr. Frankfurter-Str. 52.

Täglich frisch gebratene Gans, ganz und getheilt, bei **Bornstein,** Carlsstraße 27, Hof r. [8628]

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Die neuest. Vacanzen Berliner u. and. Zeitungen bringt d. **Kaufm. Stellen-Anzeiger** Berlin C. 45. P. 1 Monat 2,—, 1/2 Monat 1,10. Einzel-Nr. 30 Pf.

Eine junge Dame (mos.) aus achtb. Fam. wünscht Stell. als Reisebegleiterin oder Gesellschafterin anzunehmen. Gehalt wird nicht beansprucht. Gefl. Off. unt. D. J. 68 Exped. der Bresl. Ztg. erb. [8624]

E. gebild. Frl., israel., sucht Engag. als Gesellsch. o. als Leiterin eines Haush. Dieselbe besitzt die besten Zeugn. über bish. Thätigk. u. ist n. jed. Richtung als tüchtig zu empfehlen. Näheres d. Fr. **Friedländer,** Sonnenstr. 25.

Ein alleindastehendes anständiges Fräulein, Waise, Israelitin, wirthschaftlich erzogen, in Küche u. Häuslichkeit auf das Beste erfahren, sucht baldigst bei bescheidenen Ansprüchen Stellung als **Wirthschafterin,** od. zur **Unterstützung der Hausfrau** oder als **Reisebegleiterin.**

Offerten unter B. A. 59 an die Exped. der Breslauer Zeitung.

Eine tüchtige

Directrice

findet in meinem Putzgeschäft per 1. August dauernde Stellung.

Offerten mit Zeugnißabschrift und Gehaltsanspruch unter R. H. 61 an die Exped. der Bresl. Ztg. [7092]

Eine für das **Putzfach durchaus tüchtige Directrice** findet Engagement bei [7027]

Adolph Bloch, Kattowitz.

Suche für mein Putz- und Weißwaaren-Geschäft **tüchtige Verkäuferinnen** bei gutem Salair und freier Station. Bedingung: schöne Figur, angenehmes Aeußere.

Offerten mit Gehaltsansprüchen, Zeugnißabschriften u. Photographie sind unter A. J. 71 an die Exped. der Breslauer Zeitung. [7114]

Für mein Posament.-, Weiß- und Wollwaaren-Geschäft suche per 1. Juli bez. 1. August

2 flotte Verkäuferinnen, 1 flotten Verkäufer.

Carl Zweig, Oels i. Schles. [7065]

Eine gewandte

Verkäuferin

für mein Weiß- und Kurzwaaren-Geschäft pr. 1. Juli oder 1. August bei hohem Salair zu engagiren gesucht.

S. Pawel's Wwe., Lissa i. P. [7102]

---

3 tücht. Köch. m. g. Zeugn. empf. **Zolki,** Freiburgerstr. 25. [8614]

Vertrauens-Stellung!

Ein verheiratheter, zuverlässiger und cautionsfähiger Kaufmann, in sämmtlichen kaufmännischen und gerichtlichen Arbeiten bewandert, seit Jahren Leiter eines umfangreichen Geschäfts, sucht selbstständiges und dauerndes Engagement.

Gefl. Offerten durch die Exped. der Bresl. Ztg. unter C. A. M. 56 erbeten. [8576]

Ein **durchaus tüchtiger Buchhalter** und flotter Correspondent mit schöner Handschrift wird per sofort zu engagiren gesucht. Bewerber mit Prima-Referenzen wollen sich unter M. M. 18 Exped. der Bresl. Ztg. melden. [8612]

Ein junger tüchtiger Kaufmann,

seit mehreren Jahren u. gegenwärtig noch in **Warschau** in Stellg., außer der deutschen, auch d. **französ., russ.** u. **poln.** Sprache mächtig, wünscht Verhältn. halber wieder nach Deutschland zurückzukehren und **sucht Stellung** als **Correspondent** oder **Buchhalter,** gleichviel in welcher Branche. — Antritt n. Belieben **bald** oder **später.** Ia.-Referenzen zu Diensten. Anspr. bescheiden.

Näh. durch Herrn **Heinrich Scholim, Breslau,** Schweidnitzerstr. 28, oder durch Herrn **Adolf Fidelmann** i. F. **Orgler & Fidelmann** in Berlin, Kurstraße Nr. 47—48. [3453]

Ein tücht. Buchhalter,

gewandter Correspondent, der doppelten Buchführung mächtig, selbstständiger Arbeiter, zum sofortigen Antritt gesucht. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche erbitten sub Chiffre E. C. 66 Exped. der Bresl. Ztg.

In der **Lederbranche** wird als **Reisender** Stellung gesucht. Beste Referenzen. Offerten erbeten unter Chiffre B. 63 an die Exped. der Breslauer Zeitung. [8597]

Die Stelle eines meine Branche kennenden [8611]

Correspondenten

ist zu besetzen.

Moritz Ritter, Breslau.

Gütiger Beachtung

empf. sich ein Beamt., 40 J. alt, Christ, cautionsf., mit Ia.-Zeugn. u. Ref., d. ohne Verschulden Stellg. verlor.

Derselbe ist firmer Buchhalter, flotter Correspondent, auch in allen Zweigen des Verwaltungs-Wesens erfahren, selbstst. Arb., und **sucht** per bald od. spät. **Stell.** als **Buchhalter, Kassirer, Rechnungsführer, Rendant, Registrator, Verwalter** ꝛc. Gefl. Off. sub **E. 886** an **Rudolf Mosse, Breslau,** erb.

Für ein Modewaaren- und Confections-Geschäft in einer größeren Provinzialstadt wird ein tüchtiger **Verkäufer und Decorateur** per 1. Juli bei hohem Salair gesucht.

Näheres zu erfahren bei **Leopold Riess, Roßmarkt.** [8590]

Für mein Modewaaren- und Damen-Confections-Geschäft suche ich per 1. Juli ev. ersten October cr. einen besonders tüchtigen **Decorateur,** der auch flotter Verkäufer sein muß.

M. Behmack, Bunzlau i. Schl. [6956]

Ein jung. gut empfohl. **Specerist** sucht p. 1. Juli cr. anderweitig dauerndes Engagement. Gefl. Offert. erbet. unter H. T. 50 postl. Oppeln.

Ein mit der **Dest. u. Colonialw.-Branche** vertr., sol., militairfr. **j. Mann,** gegenw. noch in Stell., sucht, gestützt a. g. Empf., pr. 1. Juli anderw. dauernde Stell. als Lagerist, Comptoirist ꝛc.

Gefl. Offerten erb. unt. A. Z. 25 postlag. Ratibor. [8579]

Ein j. Mann, gelernt. Specerist, 20 Jahre alt, der polnischen Sprache mächtig, sucht per sofort oder 1. Juli anderweitige Stellung.

Gefl. Offerten unter F. T. 20 erbeten postlagernd Zabrze OS.

Ein junger Commis sucht per sofort Comptoir-Stellung unter besch. Ansprüchen. Pr.-Refer.

Gefl. Offert. sub G. K. 10 hauptpostlagernd hier erbeten. [8592]

Ein junger Mann, Israelit, der kürzlich in einem **Manufacturwaarengeschäfte** seine Lehrzeit beendet hat, durchaus **flotter** Verkäufer ist, der poln. Sprache mächtig, sowie mit der Buchführung u. Comptoirarbeiten vertraut, sucht, gestützt auf gute Referenzen, per 15. August Stellung in ein. Geschäfte ob. Branche, wo Sonnabend geschlossen ist.

Gefl. Off. erbeten unter J. S. 123 postlagernd Kattowitz. [8580]

Ein junger Mann, seit 6 Jahren in der Schuhmacher-Artikel- und Schäfte-Branche thätig, sucht, gestützt auf Ia Referenzen, per bald eine Stellung als **Lagerist oder fürs Comptoir,** eventuell auch für kleine Reisen. Offerten unter M. M. 67 erbitte an die Exped. d. Bresl. Ztg.

Wir suchen für unser technisches Bureau einen jüngeren

Ingenieur

mit guten praktischen und theoretischen Kenntnissen. [7101]

Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- u. Kohlenwerke Actien-Gesellschaft.

Gutgeübte Steinsetzer, sowie ein **Steinsetzpolier** finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn bei **G. Werner,** Steinsetzmeister, **Gnesen,** Brombergerstraße Nr. 516.

Ein junger Mann von auswärts, 20 Jahre alt, kath., wünscht in ein Colonial- u. Delicatessen-Geschäft von sogleich **als Volontair,** woselbst er nach der Zeit als Gehilfe weiter conditioniren kann, einzutreten.

Gefl. Offerten unter A. H. 65 in den Briefkasten der Breslauer Ztg.

Einen Lehrling

suche für mein Kunst- und Luxuswaaren-Geschäft. [8616]

David Kanter, Stadttheater.

Für meine **Lederhandlung** suche zum sofortigen Antritt **einen** [8582]

Lehrling,

Sohn anständiger Eltern.

Moritz Tichauer, Ratibor.

Lehrling.

Für meinen Sohn, 16 Jahre alt, mos., ans., einj. Zeugn., suche eine Lehrlingsstelle in einem größeren Modewaaren- oder Damen-Confect.-Geschäft resp. Fabrikwesen bei möglichst freier Station. [3455]

Schwerin a./Warthe. **S. J. Hanff.**

Bereiter-Eleve

wird angenommen im **Bernhardt'schen Reit-Institut Gartenstraße 22a.** Bedingungen: gute Figur, leichtes Gewicht, nicht unter 18 Jahre alt, Schulbildung, anständiges Exterieur. Meldungen in den Vormittagsstunden. [8571]

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pfg.

Ohlauerstraße 20

Laden mit event. auch ohne 1. Etage billig zu vermiethen. [7111]

J. Fuchs jun., Ohlauerstraße 16.

Zu vermiethen:

Ohlauerstraße 43 elegante Wohnung, 2. Etage, 7 Piecen, Zubehör, 1800 Mark, ev. getheilt, 4 u. 3 Piecen, Zubehör, 1000 u. 800 Mark.

Ohlauerstraße 45, an der Promenade, elegante Wohnung, 1. Etage, 5 Piecen, Zubehör, Balcon u. Gartenbenutzung, à 1500 Mark. [8603]

Auskunft Ohlauerstraße 45, 1. Etage im Comptoir.

Höfchenstraße 35, Sadowastraße 75,

herrschaftliche Wohnung von 760—1600 Mark per bald zu verm. [8602]

Moritzstraße Nr. 18

hochherrschaftl. 1. Etage von 6 gr. Zimmern, extra Mädchen- und Badestube u. s. w. u. s. w., mit Garten, bald oder später zu vermiethen.

Näheres beim Portier oder Nr. 16, parterre. [3304]

Tauentzienstr. 72b ist das Hochparterre per 1. October eventuell auch früher zu vermiethen.

Die in **bester Geschäftsgegend Berlins (Leipzigerstr. 95,** Ecke Charlottenstr.) gelegenen, grossen **Localitäten der Confections-Firma** Heiman & Rose (Ateliers für 100—130 Personen) sind vom 1. Juli od. 1. October a. cr. ab **zu vermiethen.** [7022]

Die Einrichtung wäre event. ganz vortheilhaft zu erwerben, ebenso würden eine 21 Jahre lang gepflegte, feinste, zahlreiche Engros-Kundschaft und beste Arbeitskräfte nutzbar zu machen sein. Näheres: **Berlin,** Leipzigerstr. 95 bei **C. Weber.**

Mein seitheriges **Bureau,** bestehend aus 2 Zimmern, im Parterre mit separatem Eingang, ist p. ersten Juli od. 1. October c. **billig** z. verm.

Adolph Bruck, General-Agent, **Gräbschnerstr. 4,** parterre.

Reuschestraße 52 [7083]

per 1. October die 3. Etage, best. aus 5 Stuben, Cabinet, Küche u. Entree zu vermiethen. Näheres 2. Etage.

Breitestr. 42 3 St., 2 Cab., K., Entree.

Grünstr. 25 [8598]

herrsch. Wohn. mit Gartenben. p. bald od. später zu verm. Näh. b. Portier.

Wohnung

zu vermiethen 1. Etage **Paradiesstraße 23.** Preis 160 Rthl. [8601]

Nicolaistadtgraben 15

ist eine **herrschaftliche Wohnung** (parterre) per 1. Juli zu vermiethen. Näh. bei Herrn **Reimann** das.

Friedr. Wilhelmstr. 3a

(Postamt 6) halb. I. St., halb. II. St. bald, eleg. renov., für 850 M. [3448]

Tauentzienplatz 9

die Hälfte der 2. Etage per October zu vermiethen. [3457]

Herrenstr. 31 ist 1. Et. rechts d. Wohn. f. 400 Thlr. z. v., Johanni zu beziehen. Näh. im Eisengeschäft.

Die halbe erste Etage,

renovirt, 4 Zimmer, Cab., Küche u. Beigelaß, **Neue Taschenstr. 30** per 1. Juli d. J. zu vermiethen.

Laden [8600]

zu vermiethen **Junkernstr.** vis-à-vis der „Goldenen Gans" Ecke Schuhbrücke 81. Näheres daselbst 1. Etage.

Schloßohle 22

ist ein heller Laden mit großem Schaufenster per 1. Juli zu verm. Näh. b. Wirth Carlsstr. 13. [8618]

---

2 Läden, Carlsstr. 8

Ecke Schloßohle 1. October z. verm.

Gr. Laden u. Comptoir z. verm. Schuhbrücke 53.

---

1 Laden, Cabinet, Breitestraße 42.

Riesengebirge.

Für den Sommeraufenthalt habe noch einige freundlich **möblirte Wohnungen** mit entzückender Aussicht zu vermiethen. Pensionären empfohlen. [6957]

Hermann Schmidt, Giersdorf, Riesengebirge.

Telegraphische Witterungsberichte vom 13. Juni.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temper. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullagmohre	762	14	SSW 4	bedeckt.	
Aberdeen	760	16	WNW 3	wolkig.	
Christiansund	749	10	WSW 6	bedeckt.	
Kopenhagen	758	14	W 3	bedeckt.	
Stockholm	753	13	S 2	bedeckt.	
Haparanda	750	11	W 2	bedeckt.	
Petersburg	756	10	WSW 1	bedeckt.	
Moskau	754	9	SW 1	bedeckt.	
Cork, Queenst.	766	13	WSW 4	bedeckt.	
Brest	767	15	OSO 3	wolkenlos.	
Helder	764	16	W 1	wolkenlos.	
Sylt	760	15	W 3	h. bedeckt.	
Hamburg	762	17	W 3	heiter.	
Swinemünde	761	15	WSW 3	bedeckt.	Nachts Regen.
Neufahrwasser	760	13	W 3	bedeckt.	
Memel	759	11	SW 4	bedeckt.	
Paris	768	15	still	wolkenlos.	
Münster	765	17	S 4	wolkenlos.	
Karlsruhe	767	18	SO 3	Dunst.	
Wiesbaden	767	17	NW 1	wolkenlos.	
München	769	17	NW 1	bedeckt.	
Chemnitz	766	15	W 2	wolkig.	Morgens Regen.
Berlin	763	15	SW 2	wolkig.	Gest. f. ununterbr. R.
Wien	765	14	NW 2	h. bedeckt.	
Breslau	764	13	W 4	bedeckt.	Nchm. u. Nachts Reg.
Isle d'Aix	767	19	NW 3	wolkenlos.	
Nizza	765	16	still	wolkenlos.	
Triest	765	21	O 2	h. bedeckt.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = leichter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

An der mittleren norwegischen Küste ist ein neues Minimum erschienen, während der Luftdruck über Mittel- und Südeuropa zugenommen hat. Ueber ganz Frankreich und den westlichen deutschen Grenzgebieten ist das Wetter heiter, trocken und ziemlich warm, im übrigen Deutschland bei schwacher westlicher Luftströmung trübe und ziemlich kühl. In Mittel-Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist fast überall Regen gefallen. In Norddeutschland ziehen die oberen Wolken meist rechts vom Unterwinde.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles; für das Feuilleton: Karl Vollrath; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau.
Druck von Grass, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.